

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, — Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Reit“ mit „Stellung und Kleinpartien“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 21. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Abgeordnete der Mordanstiftung verdächtig

Kubes und Wulles Auslieferung bei Reichstag und Landtag beantragt.

Die gestrige Verhandlung des Falles Grütze-Lehder im Preussischen Gemeindefusschuss hat die moralische Katastrophe der völkischen Wulle, Kube und des ehemaligen Abgeordneten Ahlemann besiegelt.

Vor Herrn Wirth hatte Ministerialrat Schönner als Vertreter des preussischen Innenministeriums das Ergebnis der Polizeiermittlungen in der Sache gegen Ahlemann und Genossen vorgetragen.

Die Aussagen der Zeugen sind deswegen von besonderem Wert, weil sie schon vor den Enthüllungen Grütze-Lehders im Untersuchungsausschuss gemacht wurden.

Wenn die Herren Wulle und Kube in ihrer öffentlichen Erklärung ihre intime Bekanntschaft mit Grütze-Lehder verleugnen und auf ein einziges flüchtiges Gespräch beschränkt haben, so ist das als Lüge entlarvt.

Fest steht, daß das Attentat auf Severing wirklich geplant und seine Vorbereitung schon in Angriff genommen war. Fest steht, daß Herr Ahlemann diese Vorbereitungen zum mindesten gekannt, wenn nicht gefördert hat.

Fest steht ferner, daß der Spiegel Dammers deswegen erschossen worden ist, weil er sich im Besitz von Papieren und Briefen über das geplante Severing-Attentat gefehlt hatte.

Ebenso steht fest, daß Herr Wulle, der behauptet hat, den Grütze-Lehder nach der Mordtat nicht mehr gesehen zu haben, zwei Tage nach der Tat persönlich ihm einen Ausweis ausgestellt hat.

Kein Bestreiten der Herren Wulle, Kube und Ahlemann kann mehr aus der Welt schaffen, daß sie — wofür nicht im strafrechtlichen — zum mindesten im moralischen Sinne als die Begünstiger und Förderer eines geplanten und eines vollendeten Fememordes entlarvt sind.

Ihre Katastrophe darf aber eine zweite Katastrophe nicht übersehen lassen, die in der gleichen Verhandlung zutage trat: eine neuerliche Katastrophe der Justiz.

Am Schluß gab es in nichtöffentlicher Sitzung ein Satyrspiel. Herr Kube, der vor wenigen Wochen — in einer anderen Sache vom Ausschuss als Zeuge geladen — in einem unflätigen Schreiben an den Ausschuss sein

Erkennnen verweigert hatte, ließ jetzt durch seinen Mundwart, den völkischen Abgeordneten Körner den von ihm beschimpften Ausschuss ansehen, ihn, Wulle und Ahlemann, sofort am nächsten Tag als Zeugen zu vernehmen.

Der Gemeindefusschuss des Landtags trat gestern zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um die Vernehmung des Robert Grütze-Lehder fortzusetzen.

Robert Grütze-Lehder hat keine letzte Aussage an verschiedenen Punkten bekräftigt. Früher hatte er u. a. ausgesagt, Ahlemann hätte erklärt: „Diese ganze Bande (Severing, Regierungsdirektor Weich usw.) müßte gehängt werden und es werde auch geschehen“.

„Ahlemann sagte, diese ganze Bande müßte gehängt werden.“ Vorf.: Die berichtigte Aussage ist viel schärfer gefasst!

Zeuge Grütze-Lehder: Ich halte meine berichtigte Aussage aufrecht. Weiter hat der Zeuge berichtet seine frühere Aussage: „Natürlich müßte so etwas gut ausgedacht werden“ (das Attentat auf Severing), die er jetzt präzise dahin abändert, daß Ahlemann selbst gesagt habe: „So etwas müßte gut durchgedacht werden“.

Der Zeuge hat noch seine Aussage dahin bekräftigt, daß er nur im Frühjahr 1923 zu der von ihm früher erwähnten militärischen Ausbildung im Fort Hahnberg war, wo, wie er sich ausdrückte, „Soldat gespielt werden sollte!“

In seinen weiteren Berichtigungen zu seiner Aussage hat der Zeuge Grütze-Lehder zweimal an Stelle des früher erwähnten Namens Wulle den des Ahlemann gesetzt.

Früher hatte er auch bekundet: „Schon sechs Wochen vor meiner Ankunft sollte das Rollkommando Ehrhardt unter Leutnant Rosenbergh (Severing) umbringen.“ Jetzt lautet diese Aussage: „Schon sechs Wochen vor meiner Ankunft sollte das Rollkommando Ehrhardt ihn umbringen, das sagte mir Leutnant Rosenbergh.“

Abg. Syllat (Soz.): Ist die Bildung der Spezialeinheit für den Severing-Mord, von der Sie sprachen, erfolgt?

Zeuge: Es verblieb bei der Auftragserteilung, weil Dammers dann gleich als Späher entlarvt wurde.

Abg. Kuffner (Soz.): Bei Severing und Dammers sind Sie immer gleich auf die Idee des Mordes gekommen. Sprach man denn in dieser Weise ständig in Ihren Kreisen?

Zeuge: Es wurde in dieser Weise in den Organisationen gesprochen. Auch bin ich der festen Überzeugung, daß die Abgeordneten

Explosion einer Pulverfabrik.

10 Tote, 100 Verletzte.

Werkheim, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Heute früh um 10 Uhr ereignete sich in der Pulverfabrik Hahloch eine große Explosion. Von der 220 Mann zählenden Belegschaft wurden 100 Mann verletzt. Die Zahl der Toten beträgt 10, davon vier Frauen.

Die von WTB. verbreitete Nachricht hat folgenden Wortlaut: Am Donnerstag vormittag gegen 11 1/2 Uhr flog in dem etwa vier Kilometer von Werkheim entfernten bayerischen Ort Hahloch a. M. die Pulverfabrik in die Luft.

Es scheint sich also glücklicherweise zufolge unserer eigenen Drahtberichte und auch dem des WTB. die Sensationsmeldung eines Berliner Abendblattes von 41 Todesopfern nicht zu bestätigen. An der furchtbaren Schwere des Unglücks wird allerdings dadurch nichts geändert.

Werkheim, 20. Mai. (Zl.) Zu dem Explosionsunglück in der Pulverfabrik Hahloch werden folgende Einzelheiten bekannt: Die gesamten Anlagen der Pulverfabrik sind durch die Explosion von Grund auf zerstört worden.

Die Stätte des Unglücks wurde bald nach Bekanntwerden der Explosion von einer dichten Menschenmenge besetzt. Die Sicherheitspolizei traf sofort energische Absperrmaßnahmen. Durch die Explosion ist der umliegende Wald bis zur halben Höhe total umgelegt worden.

Hahloch, 20. Mai. (WTB.) Wie die Pulverfabrik Hahloch am Rain mittelt, sind bisher als Opfer des Explosionsunglücks festgestellt: 7 Tote, 1 Vermisster und eine große Anzahl Schwerverletzte. Vom Bezirksamt in Markt Heidenfeld wird zu dem Explosionsunglück mitgeteilt: Die Zahl der Schwerverletzten beträgt zwölf. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts Genaues bekannt.

Trauerkundgebung des bayerischen Landtags. München, 20. Mai. (Zl.) Im bayerischen Landtag wurde heute abend eine Trauerkundgebung anlässlich des Explosionsunglücks in Hahloch veranstaltet.

München, 20. Mai. (Zl.) Zu dem Explosionsunglück in der Pulverfabrik Hahloch werden folgende Einzelheiten bekannt: Die gesamten Anlagen der Pulverfabrik sind durch die Explosion von Grund auf zerstört worden.

nein nichts anderes im Sinne hatten als das, was ich nachher aussprach.

Innerhalb der Organisationen wurde sehr oft über „Ermorden“ und „Befesseln“ gesprochen. Es herrschte die Ansicht, daß jeder Beteiligter bestraft werden müsse.

Bei den Akten muß sich noch eine Schwurformel, die von Dammers entworfen wurde, befinden. Diese Schwurformel galt für die Beteiligten am Severing-Attentat. Die Beteiligten sollten auf Ludendorff vereidigt werden. Beteiligte sollten mit dem Tode bestraft werden. Die Morde an Erberger und Rathenau wurden gebilligt. Es wurde gesagt, es sei eine Gemeinheit, daß man die Täter im Zuchthaus sitzen lasse, anstatt sie herauszuholen.

Auf Fragen bestritt Grütze-Lehder in längeren Ausführungen, homologuell veranlagt zu sein.

Abg. Steger (Z.): Sie sagten, die vaterländischen Verbände hätten Waffen gehabt?

Zeuge: Sie hatten alles Kriegsmaterial, was sich denken läßt. Abg. Eichhoff (D. Sp.): Welche vaterländischen Verbände hatten Waffen?

Zeuge: Die Organisation Reinhardt, Sturmabteilung Westfalen, Olympia und Bataillon Ehrhardt.

Abg. Eichhoff (D. Sp.): Haben Sie diese Waffen gesehen?

Zeuge: Die der Organisation Reinhardt und Olympia befanden sich im Fort Hahnberg. Von den Führern wurde gesagt, wenn es losgehe, hätten sämtliche Verbände sich im Fort Hahnberg einzufinden, wo sie Waffen bekommen würden. Von den anderen Organisationen ist mir zweckmäßig mitgeteilt, daß sie Waffen hatten.

### Schwere Vorwürfe gegen die Justiz.

Nach der Mittagspause werden die Vorwürfe erörtert, die Robert Grütze-Lehder gegen den Oberstaatsanwalt Jäger erhebt. Der Zeuge erklärt dazu: Der mir vom Landtagsauschuß zugeordnete Korrekturabzug meiner Aussage ist vom Gericht zensuriert worden. Eines meiner Schreiben an den Landtagsauschuß in den letzten Tagen wurde vom Landgerichtsrat Bornbaum uneröffnet zurückgewiesen, nachdem andere Schreiben vorher passieren durften. Der zum Tode verurteilte Fememörder Eschenkamp hat mir erklärt, ein völkischer Verteidiger habe sofort Zulassungserlaubnis zu ihm bekommen, während sie einem sozialdemokratischen Anwalt verweigert wurde. Eschenkamp sagte weiter, im Falle Banner hätten die völkischen Anwälte abgekartetes Spiel getrieben. Eschenkamp erhielt auch nur die „Deutsche Zeitung“ zu lesen, andere wurden ihm abgelehnt. Zu seinem eigenen Prozeß erklärt der Zeuge, das Gericht habe dabei eine außerordentliche Abneigung gegen alles, was völkisch ist, befundet. So wurde z. B. die Vernehmung des Zeugen Dr. Heinze, der über das Severing-Attentat Befehd wußte, verweigert. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bombe, habe den Zeugen mit einer Handbewegung unterbrochen, als er selbst den Dr. Heinze zur Aussage über die politischen Zusammenhänge des Severing-Attentats veranlassen wollte. Im Bothmer-Prozeß sei wegen 400 M. wochenlang verhandelt worden. In seinem Prozeß, so betont der Zeuge, wo es sich um einen Mord und schwere Vorwürfe gegen Abgeordnete handelte, war die Verhandlung in zehn Stunden heruntergehoppelt.

Das Gericht hat die Vernehmung der völkischen Abgeordneten als Zeugen abgelehnt mit der Begründung, es sei ja jetzt schon zwei Jahre her, da könnten sich diese Abgeordneten nicht mehr so genau erinnern. Ich möchte nur wissen, ob für die anderen Zeugen die Sache weniger als zwei Jahre her war.

In der Urteilsbegründung wurde dann ausgeführt, daß mir zugebilligt werde, daß ich mich subjektiv angegriffen fühle. Wenn Wulle sagt: „Solche Leute müssen bestraft werden!“ und Rube mir einen Ausweis in dieser Sache gibt, dann nennt das Gericht das subjektiv angegriffen! Ich möchte wissen, was objektiv angegriffen ist. Das Verhalten des Gerichts ist in meinen Augen ein ganz feiger Rückzug gewesen.

Oberstaatsanwalt Dr. Jäger hat auf alle Arten versucht, mich einzuschüchtern. Immer wieder sagte er bei den Vernehmungen, ich sei an freien Ideen, wenn ich die völkischen Abgeordneten beschuldige, und ich mache doch diese Leute für ihr ganzes Leben unglücklich, wenn ich die Beschuldigungen aufrecht erhalte. Ich war damals schon zwei Jahre in Einzelhaft und solche Einschüchterungsvorhaltungen lähmten natürlich meine geistige Widerstandskraft.

Schließlich fragte mich Oberstaatsanwalt Jäger, ob ich denn wünsche, daß die völkischen Abgeordneten bestraft würden. Ist denn das

nicht gleichgültig, was ich wünsche, muß denn der Staatsanwalt nicht von selbst so schweren Vorwürfen nachgehen? Ich habe mich darauf verlassen, daß das Gericht seine Pflicht tun würde und deshalb die Abgeordneten selber nicht rechtzeitig geladen. Der Oberstaatsanwalt hat mich in der Gerichtsverhandlung gefragt, ob ich mich moralisch angegriffen fühle. Ich habe ihm erwidert: Jawohl.

Demals wußte ich noch nicht, daß der Oberstaatsanwalt einen Unterschied zwischen moralischer und strafrechtlicher Anklage machte, denn ich bin ja nicht Jurist. Trotzdem habe ich mit einem glatten Ja auch die Frage beantwortet, ob ich mich durch die Abgeordneten angegriffen fühle. Der Oberstaatsanwalt Jäger hat dann aber behauptet, ich hätte in der Hauptverhandlung zugegeben, daß ich nicht angegriffen wäre.

Der Oberstaatsanwalt ist, wie er gesagt hat, bereit, 1000 Eide darauf zu leisten, daß ich erkläre, ich hätte mich nicht angegriffen gefühlt. Diese 1000 Eide würden keine Eide sein.

Abg. Schöne (Wirtsch. Vereinig.): Diese Aussage wird allmählich unerträglich.

Vorsitzender: Wir wollen den Zeugen erst im ganzen berichten lassen, weil wir ein ungetrübtes Bild wünschen. (Zustimmung links.)

Auf Fragen des Abg. Dr. Deereberg (Dnat.) gibt Grütze-Lehder an, er habe vor dem Untersuchungsrichter Dr. Gras die Aussage über die Motive zum Mord an Müller-Dammers verweigert. Der Untersuchungsrichter habe darauf erklärt, es habe den Anschein, als ob hinter der Tat des Grütze-Lehder noch ganz andere Persönlichkeiten steckten. (Hört, hört! links.) Seinem Verteidiger will Grütze-Lehder aber von Anfang an die Vorwürfe gegen die Abgeordneten der völkischen Freiheitspartei mitgeteilt haben. Damit ist die Vernehmung Grütze-Lehders beendet. Der Zeuge wird von Kriminalbeamten in die Haft zurückgeführt.

### Das Ermittlungsverfahren gegen Ahlemann, Wulle, Rube.

Der Ausschuß hört dann einen Bericht des preussischen Innenministeriums über den Gang und Stand des Ermittlungsverfahrens gegen Ahlemann und Genossen. In diesem Bericht wird zunächst das Geständnis Grütze-Lehders aus der Hauptverhandlung seines Prozesses am 13. Dezember 1925 erwähnt, in dem Grütze-Lehder erklärte, aus politischen Gründen gehandelt zu haben. Er erhob gegen die Abgeordneten Wulle und Rube den Vorwurf, daß sie ihn zur Ausführung der Tat angegriffen hätten. Aus der Vernehmung des unvereidigten Adoptivvaters ging hervor, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei, wie es in dem Bericht weiter heißt, nach der Tat, als es sich um die Unterdrückung des Morders handelte, bereitwilliges Entgegenkommen zeigte. Ein politisches Ermittlungsverfahren gegen die völkischen Führer wegen der erhobenen Beschuldigungen auch im Falle des Severing-Attentats sei eingeleitet worden. Gegenüber dem Oberstaatsanwalt Dr. Jäger habe Grütze-Lehder unter Berufung auf den § 54 der Strafprozeßordnung zunächst jede Aussage verweigert, aber zugleich erklärt, daß er seine Beschuldigungen im vollen Umfange aufrecht erhalte. Den Standpunkt der Zeugniserweiterung habe Grütze-Lehder bis zur Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß sehr zum Nachteil der politischen Ermittlungen aufrecht erhalten. Der Oberstaatsanwalt Dr. Jäger habe zum Ausdruck gebracht, daß eine Anklage gegen Ahlemann und Genossen wegen Anklage zum Mord auf das Zeugnis des Grütze-Lehder allein nicht erhoben werden könnte.

In seinem weiteren Vortrage des Berichts führt Ministerialrat Schöner u. a. aus: Ende März 1926 sind seitens der Berliner Polizei umfangreiche Erhebungen an verschiedenen Orten wegen der Beschuldigungen des Grütze-Lehder vorgenommen worden. Die Herren Wulle und Rube sind bisher nicht vernommen, da sie unter dem Schutze der Immunität stehen. Das Ergebnis der sonstigen Ermittlungen stellt sich wie folgt dar: Für die Frage nach dem Vorliegen einer

#### Anklage des Grütze-Lehder zum Mord

sind beachtlich die übereinstimmenden Aussagen dreier Fernsdorfer Jugendfreunde des Täters, u. a. des Zeugen Böttcher. Ihnen hat Grütze-Lehder kurz vor der Tat ausdrücklich gesagt, er habe von seiner Partei den Befehl, einen kommunistischen Spieß, der politische Geheimpläne an die „Rote Fahne“ verkaufen wolle, zu befestigen. Der Zeuge Böttcher hat den Grütze-Lehder nach der Tat wieder getroffen. Dabei erzählte Grütze-Lehder abermals, daß er von Wulle den Auftrag für den Mord bekommen habe. Ähnliche Angaben machten noch drei andere Zeugen aus Karlsruhe, mit denen Grütze-Lehder

zusammentraf. Der Zeuge Brandau erinnerte sich, von Grütze-Lehder gehört zu haben, daß dieser bereits nach dem fehlgeschlagenen Erschießungsversuch auf dem Parteibureau der Deutschvölkischen in Berlin, Dönhofsstraße 6, gemieden sei und von dem Besuche Mitteilung gemacht habe. Dort sei ihm zu verstehen gegeben, daß man die Dammerschen Papiere unbedingt zurück haben müsse. Beachtenswert sind weiter die beiden Ausweise, die Grütze-Lehder vor der Tat erhielt. Der erste trägt das Datum des 13. November 1923 und ist im Auftrage von Wulle von Rube gezeichnet. Grütze-Lehder erklärte, dies sei der Auftrag zur Tat an Dammers gewesen. Auf Grund dieses Ausweises hat dann der Zeuge Jizow, wie er befundet, dem Grütze-Lehder eine Schusswaffe gegeben. Der Zeuge Zahnarzt Dr. Heinze in Uckermünde sagte aus, daß er im Besitze des Grütze-Lehder einen von Ahlemann unterschriebenen Ausweis zur Organisierung Vorpommerns gesehen habe. Er habe dieserhalb Ahlemann nach Bekanntwerden der Tat Grütze-Lehders befragt. Ahlemann soll dem Zeugen erklärt haben, er hätte einen solchen Ausweis nicht ausgestellt. Bei seiner polizeilichen Vernehmung hat Ahlemann gesagt, daß er sich der Ausstellung eines solchen Ausweises nicht erinnere. Er gab aber zu, noch vor der Tat mehrere Briefe Grütze-Lehders aus Vorpommern erhalten zu haben, in denen der Briefschreiber Spießveracht gegen Dammers äußerte. Ahlemann habe aber diese Briefe, die mit roter Tinte geschrieben und sehr blutrünstig gehalten waren, unter seinen Umständen für ernst halten können und habe sie demzufolge, nachdem er sie nach dem Abgeordneten Rube vorgehalten habe, logisch im Ofen auf dem Parteibureau verbrannt. (Bewegung links.)

Ueber die Frage der

#### Begünstigung

wird in dem Bericht u. a. ausgeführt: Der Adoptivvater Grütze-Lehders gibt an, gelegentlich einer Unterhaltung mit dem Syndikus der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Rechtsanwalt Herold, von einem Schreiben des Abgeordneten v. Graefe an diesen Rechtsanwalt Kenntnis erhalten zu haben, in dem der Briefschreiber die Bemerkung macht, der Rechtsanwalt solle sich der Sache sehr annehmen, da der Briefschreiber ein böses Gewissen habe. Der Zeuge Rechtsanwalt Herold selbst gibt an, daß diese Bemerkung des Herrn v. Graefe nicht etwa mit der Tat Müller-Dammers zusammenhänge, sondern nur das Bedauern Graefes zum Ausdruck bringe, daß er den Grütze-Lehder so lange auf Antwort habe warten lassen. (Gelächter links.) Weiter seien in diesem Zusammenhang beachtlich die eidlichen Befundungen deutschvölkischer Abgeordneter gegenüber den ungarischen Polizeibehörden, daß die Tat des Grütze-Lehder eine politische sei. Der Zeuge Horst von Röhl habe ausgesagt, daß Grütze-Lehder vom Abgeordneten Wulle ein Schreiben erhielt, in dem dieser beauftragte, daß Grütze-Lehder bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei laßig ist. Dieses Schreiben trägt das Datum des 20. November 1923 (am 17. November geschah der Mord an Müller-Dammers) und ist auf Reichstagspapier ausgestellt. Diesen Ausweis will Grütze-Lehder als eine Art Belohnung für seine Tat angesehen haben. Bezüglich der

#### Uffentatspläne

besagte der Bericht: Einem namhaft gemachten Zeugen in Wien hat nach dessen Aussage Grütze-Lehder mitgeteilt, die ihm von Müller-Dammers entwendeten Papiere hätten Pläne für ein Attentat auf Severing enthalten. Diese Angabe wird unterstützt durch eine gleiche des Zeugen Böttcher. Als Auftraggeber für die geplanten Attentate hat Grütze-Lehder den Zeugen gegenüber den Abgeordneten Wulle genannt. Der Zahnarzt Dr. Heinze in Uckermünde hat befundet, er erinnere sich, daß der (später ermordete) Dammers in Uckermünde erzählt habe, er hätte von der Deutschvölkischen Freiheitspartei einen Auftrag, den Minister Severing zu ermorden. Der Zeuge Heinze will dem Dammers abgeraten haben, dies zu tun. Dammers habe aber mehrfach damit renommiert, er sei dazu ausersehen, gewisse führende Persönlichkeiten zu beseitigen, wobei besonders die Namen des Ministers Severing und des Innenministers Stresemann von ihm angegeben wurden. Weiter sei in diesem Zusammenhang beachtlich ein Vorfall, der sich im Zimmer des Oberleutnants a. D. Ahlemann im Parteibureau der Deutschvölkischen abgespielt hat. Als Grütze-Lehder dort mit ihm eine Unterredung hatte, stellte er, nach den eigenen Angaben des Zeugen Ahlemann, ganz eruptiv (Der Berichtserstatter unterstrich diese Ausdruckweise als besonderes Merkmal.) die Frage an Ahlemann, ob er, Grütze-Lehder, Severing umbringen solle. Ahlemann will ihn scharf zurückgewiesen und mit ihm nie mehr darüber gesprochen haben. Grütze-Lehder selbst habe die im „Berliner Tageblatt“ in einem Artikel als seine Aussage gegen-

## Die verschlossene Tür.

Von Hanns H. Kamm.

Man trifft sie neuerdings häufiger denn einst, die verschlossene Tür. Wertwürdig häufig. Und wenn man nach aller Gewohnheit zum zweiten Male etwas länger und kräftiger läutet, weil man glaubt, das erste Klingeln sei, weil es zu kurz und bescheiden war, nicht gehört worden, dann — Ja, dann kann es sein, daß man durch das Milchglasfenster Schatten zu sehen meint, daß man eine Tür irgendwo leise, ganz leise zumachen zu hören glaubt, so daß man annehmen muß, es sei hinter der verschlossenen Tür dennoch wer zu Hause, der nur nicht öffnen wolle. Und während wir überlegen, ob wir nicht noch zum dritten Male läuten, ist es uns plötzlich, als ob aus den Räumen hinter der verschlossenen Tür ein mühsam verhaltenes Atmen stöhne, und bang und dumpf ein Herz klopfte, das unter Klingeln ängstigt wie böser Spuk am lichten Tage...

Während du deshalb betreten und verwundert langsam die Treppe hinabsteigst, fannst du es nun zuweilen erleben, daß die mit unfrohem Amtsgesicht ein Mann begegnet, der eine Aktenmappe trägt, die unguenig Inhalt ahnen läßt: Gasrechnungen, Steuerquittungen, Vollstreckungsurteile. Und wenn du — neugierig und chnungsvoll — die auf dem Treppenaufgang etwas umständlich eine Zigarette heraussucht und anzündest, fannst du hören, wie dieser Mann geschäftsmäßig kurz zwei-, dreimal an der verschlossenen Tür ebenfalls erfolglos läutet, wie er dann rasch einen bereitgehaltenen Zettel durch den Briefschlitz steckt, um darauf sachlich die Treppe wieder herabzusteigen, nicht verdrossener als zuvor. Denn er ist nicht verstimmt wie du ob des erfolglosen Ganges. Ja, wenn er deine schlecht verdeckte Reugier bemerkt, kann es sein, daß er bitter lächelnd mit leinem Widen deine Ahnung bestätigt. Denn er weiß es längst, weshalb so viele Türen heute verschlossen bleiben. Und weiß es besser als du viele andere, daß sie Zeichen sind, die von der Not und Sorge unserer Zeit künden. . . .

### Gefängnisreform.

Das soeben erschienene Protokoll des im vorigen Sommer in London veranstalteten Internationalen Gefängnis-Kongresses, auf dem 50 Staaten vertreten waren, verdient auch von den weitesten Kreisen der Bevölkerung beachtet zu werden. Die Kongresse, die seit fünfzig Jahren alle fünf Jahre stattfanden, haben immer ungenügend befruchtend auf die Entwicklung nicht allein des Gefängniswesens, sondern des Strafrechts überhaupt gewirkt. Die Beileidenschaft der bestmöglichen Strafrechtslehrer aus den verschiedensten Ländern brachte es mit sich, daß auch allgemeine Strafrechtsprobleme erörtert und die modernsten Forderungen auf diesem Gebiet in die Kongressbeschlüsse einbezogen wurden.

Die Beratungen des Kongresses standen im Zeichen der unerlässlichen Individualisierung in der Behandlung des Angeklagten wie des Strafgefangenen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung sich unaußhaltbar in den Ländern bewegt, die im

den Beschlüssen des Kongresses festgelegt sind. So wird für den künftigen Strafrichter ein Spezialstudium auf allen Gebieten der Kriminalistik und Kriminalpsychologie gefordert. Ferner muß der Richter in die Lage gebracht werden, sich in allen Fällen durch besondere Organe auf das genaueste über die persönlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse des Angeklagten zu unterrichten, und ebenso muß das Gericht berechtigt sein, von sich aus Personen zur Befestigung dieser Tatsachen und Ärzte und Psychologen zur besseren Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten heranzuziehen. Des weiteren wird eine erhöhte Anwendung der Geldstrafe, in erster Linie an Stelle der kurzfristigen Freiheitsstrafe und der Ausbau der Schutzaufsicht durch spezielle Organe verlangt.

Daneben laufen Forderungen, die sich mit den Strafgefangenen befassen. Es wird verlangt, daß in den Gefängnissen besondere wissenschaftliche Untersuchungen an den Angeklagten und an den verurteilten Gefangenen vorgenommen werden, um die biologischen und soziologischen Ursachen der Rechtsverletzungen und die richtige Behandlung der Inhaftierten zu ergründen. Dann beschäftigen sich die Beschlüsse mit der Frage der Gruppierung der Gefangenen nach Charakter, Schwere der Tat, Art der Strafe usw. In jedem Gefängnis sollten nicht mehr als 500 Gefangene Aufnahme finden. Unter den übrigen Beschlüssen sind noch diejenigen hervorzuheben, die den Schutz der Jugend vor den verderblichen Einflüssen gewisser bildlicher Darstellungen und Filme betreffen, ferner die Maßnahmen gegen Anormale mit gefährlichen Reigungen, schließlich die Unterbringung von fütlich verwahrlosten Kindern in Familien und dergleichen mehr. Der Gesamtindruck der Verhandlungen ebnet in der Erkenntnis, daß das Verbrechen als soziale Erscheinung zu seiner Bekämpfung sozial abgestimmter Vorbeugungs- und Erziehungs- und Sicherungsmittel bedarf. E. R.

Zur Frage des Umbaus des staatlichen Opernhauses nahm der Bund Deutscher Architekten in einer stark besuchten Versammlung im Flugverandshaus Stellung und verurteilte den in aller Stille vorbereiteten Eingriff in den künstlerischen Bestand dieses einzigartigen Juwels deutscher Baukunst auf das schärfste. Der Bund, dessen Mitglieder auch auf dem Gebiete des Theaterbaus als Sachverständige in Frage kommen, erklärt die von der Bauverwaltung geplante Lösung als unmöglich, weil sie dem Knobelndorffschen Opernhausbau den Charakter nimmt, weil sie die Hedwigskirche in den Winkel drückt und weil sie das Bild des Franz-Joseph-Platzes sowie der Linden in schlimmster Weise schädigt. Außerdem erscheint die Anwendung der erbschaftlichen Geldmittel für den Umbau als eine unerantwortliche Verschwendung, weil die Anzahl der brauchbaren Zuschauerplätze in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Baukosten steht. Der BDA erklärt, daß eine andere Lösung durchaus möglich ist, die sowohl der Sicherheit des Betriebes wie den Ansprüchen in ästhetischer Hinsicht Rechnung trägt, und fordert sofortige Aufgabe des Planes, der als eine Richtschnur aller kulturellen und künstlerischen Anschauungen bezeichnet werden muß.

Der durchgeführte Akademiker. Der Ernennung von fünf Mitgliedern der neuen Sektion in der preussischen Akademie der Künste ist von der Öffentlichkeit mit größter Teilnahme bedacht worden. Ein Beweis, wie überflüssig die ganze bereits vom alten

Regime geplante Einrichtung ist. Die „Literarische Welt“ hat unter ihren Lesern eine Abtinnung über die würdigsten Anwärter veranstaltet. Dabei sind ganz andere Resultate herausgekommen. Immerhin kommen vier der Ernannten unter den Vorgesprochenen vor, aber nur Thomas Mann und Hauptmann an hervorragender Stelle. Ludwig Fulda dagegen hat keine einzige Stimme bekommen.

Das neue amerikanische Urheberrecht. Unter dem Druck der Verhältnisse sah sich die amerikanische Regierung gezwungen, an die Regelung der längst fälligen Copyright-Frage zu gehen. Eine ganze Reihe von Industrien ist seit der letzten Regelung der Autorenrechte entstanden, die Hunderte von Millionen Dollar wert ist. Die Film-, Grammophon- und Radioindustrie wollen eine klare juristische Lage vor sich haben. „Famous Players“ wollen z. B. wissen, ob sie, indem sie Theodore Dreifers letzten Roman „An American Tragedy“ um 90 000 Dollar zur Verfilmung erworben haben, nunmehr tatsächlich über diese Rechte verfügen? Die bisherigen amerikanischen Copyrightbestimmungen sind derartig konfus, daß jeder Tag jede mögliche Ueberraschung bringen kann. Der neue Gesetzentwurf, der Bestal-Bill, nach dem Kongressmann Bestal so benannt, liegt, wie Rowohlt's „Literarische Welt“ mitteilt, dem amerikanischen Parlament bereits vor. Im Laufe der Debatte werden noch einige unwesentliche Änderungen vorgenommen werden. In den großen, wesentlichen Zügen aber wird das Gesetz den internationalen Bestimmungen ziemlich genau angepaßt sein. Vor allem wird dem Autor ohne Rücksicht auf Sprache und Nationalität der gesetzliche Schutz auf sein Manuskript automatisch zuerkannt. Das erscheint dem europäischen Leser als etwas Selbstverständliches. In Amerika aber empfindet man diese Bestimmung als eine wahre Revolution, während bisher ein amerikanischer Schriftsteller, der seinen Roman zuerst in London erscheinen ließ, dadurch in Amerika vogelfrei wurde. Seinen Roman durfte jedermann nachdrucken. Solchen patriarchalischen Zuständen wird nun ein Ende bereitet. Das Gesetz ermächtigt die Regierung der Vereinigten Staaten, der Berner und der Südamerikanischen Konvention beizutreten. Eine andere wichtige Bestimmung erlaubt es dem Autor, über Teile seines Werkes und über die verschiedene Verwendung desselben verschieden zu verfügen.

Am die Autorenanklagen im Radio. Die bisher ergangenen Prozeßurteile im Falle Hauptmann, Hofmannsthal und Kadelburg haben nur die prinzipielle Frage geklärt, daß Tantiemen gezahlt werden müssen. Ueber die Höhe der Tantiemen sind bestimmte Vereinbarungen noch nicht getroffen. Der Reichsintendant wird sich daher mit dem Verband deutscher Bühnenautoren, dem Schriftsteller-Schutzverband und den Vertretern der Bühnenertritte in Verbindung setzen, um Richtlinien aufzustellen, nach denen die Höhe nach abgestuften Sätzen geregelt werden kann.

Die amerikanische Volkskammerwahl ist dank dem starken Besuch bis zum 27. Mai verlängert worden. Die kann bei freiem Eintritt täglich Nordenbergstr. 28 befristet werden.

Erung eines russischen Gelehrten. In Leningrad wurde das Jubiläum 50-jähriger wissenschaftlicher Tätigkeit des Professor Dr. Wladimir I. Schmalzoff gefeiert. Die Universität und die Akademie der Wissenschaften feierten den Gelehrten als den ältesten Vertreter seines Faches in Russland und als einen Forscher, dessen Arbeiten in der ganzen Welt Anerkennung gefunden haben.

über einen anderen Gefangenen aufgestellte Bemerkung bestätigt: „Den Nordplangegen Severing können die Abgeordneten nicht bestreiten, da Verbindungen bestehen und ich sie benutzen kann. Die Papiere, die von Dammers entnommen wurden, sind zwar verbrannt, aber die Zeugen sind noch vorhanden.“

Schließlich beschäftigt sich der Bericht noch mit den Beziehungen Grüte-Lehders zu deutschpölistischen Führern. Er verweist dabei auf die parteiamtliche Erklärung der Abgeordneten Wulle und Kube, daß Wulle nur eine Unterredung mit Grüte-Lehder gehabt habe. Diese Behauptung habe Wulle in mündlicher Unterredung im Februar 1926 vor dem Oberstaatsanwalt Sethe wiederholt. Nach Angaben Ahlemanns ist dieser, während er Wulle vertrat, zweimal von Grüte-Lehder besucht worden. Der Adipitopater des Grüte-Lehders erklärt, sein Sohn habe ihm öfter erzählt, daß er mit den Abgeordneten Wulle und Kube nicht nur im Parteibureau, sondern auch im Reichstagsgebäude zusammengekommen sei. Der Zeuge Böttcher behauptet, Grüte-Lehder sei im Parteibureau der Deutschpölistischen gut bekannt gewesen und wurde, wie Böttcher selbst erlebte, immer direkt aus dem Parteizimmer in das Zimmer des Abgeordneten Wulle geführt, während Wulle nach Meinung Böttchers dort anwesend war. Der Zeuge Zahnarzt Heinze bekennt von einer Unterredung, an der er und Grüte-Lehder mit Wulle teilnahmen. Dabei sei ihm die Auffassung entstanden, daß Wulle den Grüte-Lehder gut kennen müsse. Auch nach der Tat müsse Grüte-Lehder einmal im Parteibureau gewesen sein oder Herrn Wulle im Reichstag besucht haben, denn der schon erwähnte X u s w e i s, den er als Belohnung für die Tat aufsticht, trägt das Datum des 20. November, ist also drei Tage nach dem Mord ausgefertigt.

Ein Vertreter des Justizministeriums äußert sich eingehend über die Bemühungen der Justizbehörden zur Aufklärung der Angelegenheit. Dabei kommt

#### Der Rastber vom 7. November 1925

zur Verlesung, den Grüte aus dem Untersuchungsgefängnis verführt hat, auf illegalem Wege herauszubringen. Er war gerichtet an die Nationalsozialistische Freiheitspartei, zu Händen der Herren Wulle, Kube und Ahlemann. In diesem Rastber wird ausgeführt, es sei geradezu töricht, die Partei jetzt noch vor Schaden bewahren zu wollen. Ich will es aber, so heißt es weiter, tun, aber nur noch unter bestimmten Bedingungen. Von einer Verpflichtung gegen Sie ist keine Rede, weil Sie selbst pflichtvergessen gegen mich handeln. Das Verbrechen der Anstiftung, dessen Sie schuldig sind, haben Sie noch überboten durch rücksichtslose Preisgabe meiner Person. Meine Verteidiger sehen für mich in einer Verbindung mit Ihnen nur Schaden. Ich erkläre, daß ich die Anstiftung umgehen werde, aber nur unter der Bedingung, daß die Partei mir annehmbare Vorschläge macht, nach denen ich nicht schlechter fahren würde, als wenn ich die Wahrheit sage. Ich hätte vielleicht Opfer gebracht, wenn Sie nicht so schändlich gegen mich gehandelt hätten. Mich anstiften zu lassen, war Ihre Schuld. Nachher haben Sie mich fallen lassen. Ich tötete einen Menschen, weil er Verrat begehen wollte. Ich will nicht viel Worte darüber verlieren, daß Sie nicht unschuldig daran sind, daß ich mich in allen möglichen Gefängnissen herumdrücken muß. Sie müssen einen Ausweg suchen! Sie müssen nicht vergessen, daß der Gerichtshof Ihre Mißsicht vielleicht nicht unsprechen können. Zum mindesten würden Sie in einen Skandal verwickelt. Ich werde durch Sie gezwungen, Parteimitglieder, die meine Freunde waren, als Täter des Mordes anzugeben. Sowohl die Anstiftung als die Severing-Sache will ich verschweigen, wenn ich annehmbare Vorschläge von Ihnen erhalte.

Oberjustizrat Wirth führt weiter aus: Die Verteidiger des Grüte-Lehders haben sich die Behauptung des Angeklagten, daß er in krimineller Weise zum Mord angestiftet worden sei, vor der Hauptverhandlung nicht zu eigen gemacht. Sie haben zwar in einem Schriftsatz am 7. Dezember 1925 die Ladung der Ahlemann, Wulle, v. Graefe, Graf Reventlow und Kube beantragt, aber nur zum Beweise dafür, daß Grüte-Lehder aus politischen Motiven gehandelt habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Bombe hat diesen Antrag abgelehnt, weil die in ihr Wissen gestellten Tatsachen als wahr unterstellt werden können. Die Glaubwürdigkeit des Angeklagten wird in der Urteilsbegründung des Landgerichtsrats Vormbaum als nicht einwandfrei bezeichnet. Politische Beweggründe seien dem Angeklagten bei seiner Tat nicht abzuspüren. Daher habe man auf seine Beweisanträge in diesen Punkten nicht einzugehen brauchen. (Bewegung links.) Ein Ermittlungsverfahren für das geplante Severing-Attentat ist auf Veranlassung des Justizministeriums bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Es seien nach mehreren Richtungen hin Anhaltspunkte dafür gefunden, daß an den Aussagen Grüte-Lehders etwas sei. Die freiwillige Darstellung der Abgeordneten Wulle und Kube, daß sie mit Grüte-Lehder nur einmal gelegentlich zu einer Besprechung zusammengekommen seien, erschienen, wie der Redner weiter ausführt, durch die Ermittlungen im Falle Ahlemann als nicht richtig. Es sind in diesem Ermittlungsverfahren bisher mindestens drei Besprechungen festgestellt. Der Abgeordnete Wulle soll auch in Sachen Severing als Anstifter in Frage kommen. (Abg. Dr. Körner (Bölk.): Das ist mir ganz neu!)

#### Verfahren gegen Wulle und Kube.

Die Staatsanwaltschaft ist der Auffassung, daß zur Aufklärung dieser Beschuldigungen eine strafrechtliche Untersuchung auch gegen den Abgeordneten Wulle erforderlich geworden sei, und es wird deshalb der Antrag auf Aushebung der Immunität gegen den Abgeordneten Wulle möglichst noch heute, vielleicht aber auch erst morgen, dem Landtag vorgelegt werden. Ein entsprechender Antrag wird wegen des Abgeordneten Kube an den Reichstag gerichtet werden.

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß in dieses zu gewöhnliche Verfahren der Ausschuss möglichst schonend eingreifen wird.

Abg. Dr. Körner (Bölk.): Ergibt sich aus den Akten, daß Wulle immer im Zimmer anwesend war, wenn Grüte-Lehder, wie der Zeuge Böttcher behauptet, zu ihm heringing?

Oberjustizrat Dr. Wirth: Der Zeuge Böttcher bekennt darüber: „Wenn die Abgeordneten angingen, sie hätten nur ein einziges Mal mit Grüte-Lehder gesprochen, so kann das nach meiner Kenntnis der Dinge unmöglich wahr sein. In meiner Gegenwart ist Grüte-Lehder an drei verschiedenen Tagen zu dem Parteizimmer des Parteibureaus unangemeldet in das Zimmer Wulles hineingegangen. Wulle war damals auf der Geschäftsstelle anwesend.“

Damit hatte die öffentliche Sitzung ihr Ende erreicht. Der Gemeinderat beschloß in seiner nächsten Sitzung, die nächste Sitzung am 31. Mai, vormittags 11 Uhr, abzuhalten, um den Bericht des Berichterstatters entgegenzunehmen. Ein Antrag auf sofortige Vernehmung der pölistischen Abgeordneten Wulle und Kube wurde abgelehnt.

#### Der Verbindungsmann bei der Reichswehr. Nicht Zedlitz-Wartenberg, sondern Lütjow-Frankenber.

In seiner am Mittwoch vor dem Reichstagsgebäude gehaltenen Erklärung hat der stellvertretende Reichswehrminister Dr. Kütz behauptet, einen Major von Zedlitz-Wartenberg, der auf Privatdienstvertrag bei der Reichswehr angestellt sei, gäbe es in der Reichswehr überhaupt nicht.

Genosse Heilmann hatte in seiner Landtagsrede am Montag von einem Hauptmann a. D. von Lütjow-Frankenber gesprochen, doch war im Pressebericht daraus ein Major v. Zedlitz-Wartenberg geworden, vermutlich weil infolge des Obstruktionslärms der Rechten der betreffende Name auf der Journalistentribüne von den Berichterstattern falsch verstanden wurde.

Dr. Kütz wird sich jetzt über den Fall des Hauptmanns a. D. v. Lütjow-Frankenber äußern müssen, nachdem seine Beamten aus dem Wehrministerium ihm eine Erklärung in die Hand gespielt haben, die sich nicht auf das amtliche Stenogramm, sondern auf einen irrtümlichen Zeitungsbericht stützt.

#### Demokraten und Volksentscheid.

##### Freigabe der Stimme.

Der Parteivorstand der Demokraten beschäftigte sich am Donnerstag mit der Haltung der Partei zum Volksentscheid und kam dabei zu dem Ergebnis, daß der Partei nichts anderes übrig bleibt, als es dem Parteimitgliedern zu überlassen, ihrem Gewissen entsprechend ihre Stimmen beim Volksentscheid abzugeben. In der Entschliebung, die zu dieser Frage angenommen wurde, heißt es:

„Als das Volksbegehren stattfand, konnte die Deutsche Demokratische Partei noch hoffen, daß auf Grund der Verhandlungen mit der Regierung und den anderen Regierungsparteien die Auseinandersetzungen in annehmbarer Form auf gesetzlichem Wege vor dem Volksentscheid geregelt werden konnte. Diese Hoffnung ist heute beinahe vernichtet. Es scheint, daß diejenigen, die im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Partei alles auf den Volksentscheid setzen, ihren Willen durchgesetzt haben. Hierbei ließen sich die einen von der Hoffnung leiten, der Volksentscheid werde mißlingen und hinterher ein Entgegenkommen bei der gesetzgeberischen Regelung nicht mehr nötig sein, während sich die anderen von der Hoffnung leiten ließen, der Volksentscheid werde um so eher gelingen, je weniger es zu einer gesetzgeberischen Regelung kommen würde. Unsere maßvollen Vorschläge zu einer rechtzeitigen gesetzlichen Regelung haben sich nicht durchsetzen lassen.“

Auch der Versuch der Deutschen Demokratischen Partei, die Fragestellung beim Volksentscheid dadurch zu verbessern, daß durch ein Gesetz zum dem begehrteten Gesetz die Länder zu einer angemessenen Entschädigung der Fürstlichen Familien verpflichtet werden sollten, ist im Reichstag gescheitert.

Auslandsdeutsche, Vertriebene, Sparer, Kriegsanzahlbehalter, Hypothekengläubiger, Abgeltungsbehalter, Besitzer von ausländischen Wertpapieren, Kriegsbeschädigten und die große Zahl all der anderen durch Krieg oder Kriegsfolgen beschädigten haben durch Kriegsanleihen und Eingriffe des Staates fast alles verloren. In einer solchen Zeit den Fürsten die großen Vermögen zu lassen, die sie nur als Herrscher annehmen konnten, und die sie auch nur als Herrscher zu repräsentativen Zwecken gebrauchen, betrachtet der Parteivorstand als Unrecht. Das hierin liegende Unrecht durch eine gerechte Regelung zu beseitigen, hat die Deutsche Demokratische Partei von ihrem ersten Antrage an durch die ganzen Verhandlungen sich bemüht und wird sich weiter bemühen.

Auf der anderen Seite vermag der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei zur Durchführung einer entschädigungslosen Enteignung nicht seine Hand zu bieten, da die Deutsche Demokratische Partei das Privateigentum als die Grundlage jeder produktiven Wirtschaftsform betrachtet und als verfassungsmäßiges Eigentum anerkennt. Bei dieser nicht durch die Schuld der Partei bewirkten Sachlage lehnt die Deutsche Demokratische Partei es ab, eine Parole für den Volksentscheid auszugeben. Sie muß es jedem einzelnen ihrer Wähler überlassen, sich nach gewissenhafter Prüfung zu entscheiden. Die Parteileitung erwartet, daß auch die Parteioptionen im Lande die Gewissensfreiheit ihrer Mitglieder in dieser Frage durch keinerlei Beschlüsse beeinträchtigen.“

#### Volkspartei und Volksentscheid.

Die Volkspartei gibt zum Volksentscheid folgende Parole aus: „Keine Beteiligung am Volksentscheid! Jeder bleibe am 20. Juni der Abstimmung fern! Die Zustimmung zu dem kommunistischen (!) Gesetzesentwurf ist mit den Grundlagen der Deutschen Volkspartei unvereinbar.“

Der Aufruf der Volkspartei, in dem diese Parole ausgegeben wird, erklärt, eine entschädigungslose Enteignung der Fürstlichen Häuser verstoße gegen Moral, Recht und Verfassung, sie sei ein Rechtsbruch, ja der Anfang einer neuen Revolution.

#### Keine Anerkennung der Vorkriegsbanknoten

Leipzig, 20. Mai. (W.B.) Der 4. Zivilsenat des Reichsgerichts hat heute unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Meyer als Revisionsinstanz die Klagen des Oberfeuerwehrmannes Jänsch-Dortmund und des Betriebsanwaltes Winter-Leipzig, hinter denen der Reichsbankgläubigerverband steht, gegen die Reichsbank auf Anerkennung der Vorkriegsbanknoten abgewiesen. Die Kosten der Revisionsinstanz werden den Revisionsklägern anferlegt. Die Entscheidungsgründe werden später bekanntgegeben.

#### Panikstimmung in Paris.

##### Die Großindustrie für Inflation.

Paris, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bis Ende der vergangenen Woche konnte man in französischen Blättern sowohl der Linken als der Rechten Hinweise auf die verhältnismäßig große Ruhe und Stabilität finden, deren sich Frankreich in den letzten Monaten erfreue, verglichen mit den schweren politischen oder wirtschaftlichen Krisen, die eine ganze Reihe europäischer Staaten durchzumachen hatten. In Frankreich wurde diese Ruhe lediglich hier und da durch immer noch glimpflich verlaufende Ministerkrisen unterbrochen. Da die Krisen jederzeit wieder verhältnismäßig leicht eingelenkt wurden, legte die breite Masse des Volkes diesen politischen Zwischenfällen keine allzu große Bedeutung bei. Das Ausbleiben einer tiefergehenden Erregung im Volk war in der Tat eines der charakteristischsten Merkmale für die innerpolitische Lage in Frankreich. Trotzdem der Franken ständig abgibt, war eher ein Abflauen der Panikstimmung festzustellen, wie sie etwa Anfang 1923 ausbrach, als das englische Pfund zum erstenmal über 100 Franken kostete. Selbst das ständige Steigen der Preise, das in den letzten Wochen in rascherem Tempo vor sich ging als bisher, hatte die verschiedenen Schichten der französischen Bevölkerung noch nicht aus ihrer vertrauensvollen Gleichgültigkeit aufzurütteln vermocht. Nur dünne Schichten waren es, die dem Lauf der Dinge auf finanziellen und wirtschaftlichem Gebiet sorgenvoll ihre Aufmerksamkeit widmeten. Auch unter diesen bildeten diejenigen, die an eine Katastrophe, an einen Bankrott, an eine „Wiederholung der Kart-Tragödie“ glaubten, nur eine verschwindende Zahl. Die Rechtspresse machte zwar verzweifelte Anstrengungen, das sogenannte „Vertrauen“ des französischen Volkes zum Franken als durch die Politik des Linkstextes erschüttert hinzustellen; in Wirklichkeit hatte nur die Hochfinanz und die Großindustrie das Vertrauen verloren, aber vor allem jenes Vertrauen, das sie bisher erfüllte, nämlich sich auf die Dauer um die Opfer drücken zu können, die eine systematisch durchgeführte Sanierung der französischen Finanzen unbedingt von ihnen verlangen muß. Denn darüber, daß die notwendige Sanierung sich nicht mit den Palliativmitteln, die man bisher angewandt, verwirklichen läßt, sind sich heute auch die Leute im Lager der Rechten klar.

Die Ereignisse, die in den letzten Tagen auf dem Geldmarkt eingetreten sind, haben endlich klärend und aufrüttelnd gewirkt. Der ungewöhnlich starke Sturz des Franken und das Emporschnellen

der Preise, die sich als Folge der erfolglosen Rückkehr des Finanzministers aus England, wo eine Regelung der Schulden zustandekommen sollte, einstellen, haben allen Kreisen die Augen geöffnet, welche Gefahr der französischen Währung und damit dem Volke selbst droht. Bisher hatte man sich in schönen Hoffnungen gewiegt: die französisch-amerikanische Schuldenfrage betrachtete man als geregelt; das Dawes-Abkommen brachte die darin vorgesehenen deutschen Zahlungen voll und ganz; die Bilanz der Bank von Frankreich stellte sich in der vergangenen Woche mit einem Rückgang von fast einer halben Milliarde ihrer Vorschüsse an den Staat, mit einem Rückgang von über einer halben Milliarde des Frankenumlaufs als die günstigste seit Monaten dar; das Gleichgewicht im Haushalt konnte, so schien es, durch das Abgleiten des Franken nicht erschüttert werden; der Steuerüberschuss in den ersten vier Monaten des Jahres 1926 beliefert sich auf fast 1% Milliarden; die sogenannten Voucher-Steuern im Betrage von annähernd drei Milliarden waren beinahe vollständig eingegangen. Nun stellt sich plötzlich ein jähes Erwachen ein. Der erneute, nahezu katastrophal empfundene Frankenschwung läßt die bisherige Hoffnungsstimmung wieder einer regelrechten Panikstimmung weichen.

Das schwere Ringen zwischen den verantwortungsbewußten Politikern, die vom Standpunkt der Allgemeinheit aus eine Stabilisierung des Franken unter allen Umständen zu erzielen suchen, und den Vertretern der Großindustrie, die die Inflationstendenz auszunutzen, wird infolge dessen, angesichts des neuen Frankenschwunges, eine Neuaufgabe erleben. Eine rasche Entscheidung tut abermals not. Die sozialistische Kammerfraktion hat infolge dessen die umgehende Einberufung der Kammer gefordert, um zu der gefährlichen finanz- und innerpolitischen Lage Stellung zu nehmen. Es gilt, das französische Volk vor der größten Not zu bewahren. Das Beispiel Deutschlands schreckt.

#### Genfer Abrüstungsdebatte.

##### Eindrucksvolle Rede Bernstorffs.

Genf, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag sprachen auf der Abrüstungskonferenz zum erstenmal drei Vertreter von Nachbarstaaten Russlands: Rumänien, Finnland und Polen, die sämtlich mehr oder weniger deutlich auf ihre besondere Lage hinwiesen, die ihnen keine oder keine weitgehende Abrüstung erlaube. Sozial-Polen meinte ferner, daß vorerst die Sicherheitsgarantien weiter ausgebaut werden müßten, was durch eine Vermehrung der Kompetenz des Völkerbunds zum sofortigen Vorgehen gegen Friedensbrecher geschehen könnte.

Eine einheitliche Stellungnahme trugen die Vertreter Chiles, Argentiniens und der Vereinigten Staaten vor:

Amerika sei freiwillig auf Grund gegenseitiger Verträge auf ein Minimum abgerüstet und Europa müsse das gleiche tun.

Das Abrüstungsproblem könne nur regional oder kontinental gelöst werden.

Darauf folgte eine englische Rede von Graf Bernstorff-Deutschland. Er führte im wesentlichen aus, die deutsche Delegation sei der Diskussion mit größtem Interesse gefolgt, doch glaube sie, daß dieser bisher ein festes Ziel fehle. Die Abrüstung werde wohl nur schrittweise erfolgen können, — doch müsse dazu einmal der erste Schritt getan werden. Die vorgetragenen Befürchtungen verschiedener Redner übergingen die durch den Völkerbund geschaffene Lage; danach gebe es

nur noch solche Kriege, die der Völkerbund gegen Angreifer auf seine Mitgliedstaaten führe.

In bezug auf die Sicherheit sei es nach Beschluß der letzten Völkerbundversammlung ausdrücklich in die Hand des Völkerbunds gegeben, zu erklären, wann die Sicherheit einen solchen Grad erreicht hat, daß mit der praktischen Abrüstung begonnen werden soll. Zur Frage des Luft- und Gaskrieges überraschte Graf Bernstorff mit der Erklärung: So fangen wir doch unsere Arbeit mit seiner Abrüstung, d. h. mit seiner Unmöglichkeit an. Der deutsche Delegierte betonte dann nochmals, daß Deutschland vollständig abgerüstet ist und nunmehr auch die anderen Staaten das ihrige tun sollten. Was die Kriegsfähigkeit angehe, so sei Deutschland nicht so beginnig, weil seine Industrie zum großen Teile nahe an den Grenzen liegen und es in bezug auf seine Ernährung und die Zufahrt zum freien Meere stark von der übrigen Welt abhängig ist. Der Diskussionsentwurf der Konferenz sei zum Teil sehr detailliert, wogegen andere sehr wichtige Fragen, wie gerade die des Luft- und Gaskrieges und der schweren Artillerie, deren Deutschland keine mehr hat, darin vollständig fehlen. Graf Bernstorff schloß seine eindrucksvolle Rede mit der Feststellung, daß

die Abrüstung absolut notwendig und von ihr ein gutes Stück Prestige des Völkerbundes abhängig ist.

Als letzter Redner sprach Lord Robert Cecil seine Freude über die Ausführungen des deutschen Delegierten aus und erklärte keine Zustimmung zu dessen Vorschlag eines Verbots des Luft- und Gaskrieges. Cecil hält es für ausgeschlossen, daß England jemals noch einen Krieg gegen zivilisierte Nationen führen werde, es sei denn im Rahmen einer Völkerbundaktion. Gegen jede Kontrolle der Kriegsfähigkeit bleibt Lord Cecil sehr skeptisch. Er schlug schließlich vor, die allgemeine Aussprache und die erste Lesung der Diskussionsgrundlage zu schließen und den Redaktionsausschuss an die Arbeit gehen zu lassen zur Ausarbeitung und Ueberweisung der einzelnen Fragen an die beiden eingesetzten Kommissionen.

Am Freitag vormittag wird der Redaktionsausschuss über die Ausarbeitung der einzelnen Fragen des Diskussionsentwurfes und ihre Ueberweisung an die militärische und wirtschaftliche Kommission beraten.

#### Die Budapest Anklage.

##### Vom Staatsanwalt aufrechterhalten.

Budapest, 20. Mai. (W.B.) In einer mehr als vierstündigen Rede hat Oberstaatsanwalt Dr. Sztrach die Anklage gegen sämtliche Angeklagten im Frankenscherprojek im Sinne der ursprünglichen Anklageschrift aufrechterhalten; hinsichtlich des Generaldirektors der Postspartasse, Baroch, wurde die bisherige Anklage noch ergänzt. In seiner Rede bezeichnete der Staatsanwalt die Berufung der Angeklagten auf patriotische Beweggründe als gravierendes (belaßendes) Moment, da sie den dem Vaterlande zugefügten Schaden hätten vorhersehen müssen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das zu erwartende gerechte Urteil des Gerichts im In- und Auslande Bewürdigung hervorrufen und zeigen werde, daß die ungarische Nation ihre Anerkennung nicht durch Abenteurer erschaffe.

Neue Faschistenüberfälle. Wie die „Boce Republicana“ mitteilt, ist der Führer der republikanischen Abgeordneten, Conti, vom Kammergebäude aus von einigen Faschisten aus Parma bis in eine Druckerei verfolgt worden, wo sie ihn mit einem Stein einen Schlag versetzten und eine Wunde oberhalb des linken Auges beibrachten, so daß er sich ins Krankenhaus begeben mußte. — Ebenso ist der sozialistische Abgeordnete Bizelli auf dem Pantheonplatz von zwei Faschisten angegriffen und leicht verletzt worden.



# Leimruten für Erwerbslose.

Die Krise nimmt kein Ende. Was für ein überalterter Begriff ist das: „Er hat sein sicheres Brot.“ Sicheres Brot? — Hat es so etwas überhaupt mal gegeben? Gab es wirklich eine Zeit, in der nicht jeder Gehalts- oder Lohnempfänger, vom Profuristen bis zur kleinen Tippeuse, vom ersten Chemiker bis zum letzten ungelerten Arbeiter vor dem Schreckenswort „Abbau“ zittern mußte? — Ach, was für Wandlungen haben wir alle erlebt! Eines Tages ist es aus. Man liegt auf der Straße. Und dann geht der ewig gleiche Jammer an: Das noch zaghast hoffende Herumlauern, die Bewerbungsschreiben, das intensive Studium des „Arbeitsmarktes“ einiger bürgerlicher Blätter; erfolglos, erfolglos, bis man endlich resigniert begriff: in deiner alten Branche ist für dich keine Chance mehr. Ach, die alte Branche! Man kennt sie so genau, man weiß, alles ist pleite. Aber da gibt es ja andere Dinge, andere Berufe. Vielleicht kann man da ein Paar willige Hände, einen offenen Kopf brauchen! Noch mal wird der Arbeitsmarkt vorgenommen. Man würde ja auch umfahen. Wichtig! Hier ist schon was! Zwar — es scheint, eine kleine Ausbildung ist nötig. Aber dafür würde man sich das Geld schon ebdarben. Denn die Aussichten scheinen doch tatsächlich sehr gute zu sein!

## 160 M. Anfangsgehalt!

Ein Vierteljahr schon ist sie arbeitslos! Sie, die fröhliche, flotte kleine „Klapperschlange“, die auf ihre 190-Silben-Geschwindigkeit so stolz war, die bisher so glatt immer gute Stellen fand! Sie war schon ein bißchen verwöhnt. Mutter war recht nachsichtig mit dem Koffgeld, sie konnte sich allerlei nette Dinge, seine Schuhen, moderne Handtaschen, einigermaßen feine Kleidung leisten. Und nun — ach! Die Schuhen sind schief gelaufen auf vergeblichen Vorstellungsgängen, es ist wie verheert, wieviel arbeitslose Stenotypistinnen es heute gibt! Noch mal den Arbeitsmarkt lesen! Was steht da? „160 M. Anfangsgehalt!“ — Ja! Eine kleine Bedingung, eine kurze Ausbildung ist nötig, aber sonst ist alles so aussehensreich; da steht es doch:

**Lehrerin**  
unserer unerschütterlichen Vorführbühnen versehen bestmögliche Leistungen der Konfession. Einjährige Ausbildung führt beinahe zur Ausbildung: . . . . .

Elegante Erscheinungen; na, gut gewachsen war man ja. Und in dem grauen Complet lag man überhaupt sabelhaft elegant aus! Man müßte man bloß noch Mutter dreifachlagen, daß sie ein bißchen Geld rausbrachte. Vorsichtshalber ging Grete vorher noch mal selbst zum Institut. Der Redaktionschef der „Zeitung des Mannes“ betäubte sie sicher. „Glänzende Aussichten haben Sie, Fräulein, bei Ihrer Figur!“ Und Mutter kratzte das letzte Geld zusammen, verfolgte noch die Uhr von Vater. Aber so eine aussehensreiche Sache darf daran nicht scheitern. Mutters letzte Groschen werden zusammengeholt. — Und nach wenigen Wochen ist die Ausbildung beendet. — Doch hängt der Himmel voller Geigen. Unsere Arbeitsjüngferin wurde ja bei der eigenen Modenschau des Instituts sogar prämiert! — Aber die nächsten Wochen vergehen, sonderbar, sie findet trotz ihrer blendenden Figur, trotz ihrer Prämierung keine Stelle! Es ist, als ob es Vorführbühnen gäbe — bei jeder Bewerbung trifft sie dieselben Gesichter. Und endlich geht ihr die Erkenntnis auf: Namohl, die Ausbildung zur Vorführbühnen ist ein blendendes Geschäft für den Inhaber des „Mannes-Salons“. Und endlich denkt sie daran, bei den Kolleginnen Umfragen zu halten. Dann erzählt sie, daß sie sich jetzt irgendwo organisieren wollen, um sich einigermassen ihrer Haut zu wehren. Die von den zahllosen Instituten massenhaft gezeigten Vorführbühnen haben ihren Beruf den Rest gegeben; ohnehin hätten sie schon schwer unter der Krise der Textilindustrie zu leiden. Selbst gute Kräfte verlieren ihre Stellungen. Untenweg aber laßt die Notensängerin des „Instituts“: „Hunderttausendjährig Markt Anfangsgehalt“. Und hoffnungsfreudig trägt manches erwerbslose Mädel ihr letztes Geld hin . . .

## Film und Bühne.

Man sollte es nicht glauben: es ist schon so unendlich viel über das Elend des Film- und Schauspielereprouletariats geschrieben worden,

den, aber es finden sich immer noch Menschen, die da hoffen, gerade in diesen überfüllten Berufen noch eine Existenz erringen zu können. Es gibt noch „Filmschulen“. Und um den Bissen verlockender zu machen, inserieren sie dann etwa so:

**Filmstudien**  
Stell' dir vor, du bist ein Maler  
Kunstler, Dichter u. d. h. 666 Rebenhelle  
d. H. Villenstraße 12.

Die Reklamantinnen erfahren dann, daß sie selbstverständlich ja „die besten Aussichten“ haben, aber es müßte doch das Siehen und Gehen vor der Kamera gelernt sein. Gegen eine Vergütung wäre der Herr Regisseur aber gern bereit . . . Der Herr Regisseur! Er wird sie dann natürlich glänzend unterbringen! Und gern wird die Summe für die Ausbildung gezahlt. Nachher bringt der Herr Regisseur, der in Wirklichkeit Hilfsregisseur irgendeiner kleinen Gesellschaft ist, seine Schülerin wirklich noch ein- bis zweimal als Statistin an. Danach ist es aus mit der Arbeit, und man sitzt in das beschäftigungslose Gros der Kinokompariererei. — Aber es sind durchaus nicht nur Frauen, auf deren Verdingungsbildigkeit hier spekuliert wird. Mit diesem Inserat z. B.:

**Bekanntes**  
Schonleiten abt. Robertunterricht. Gebüh-  
renangabe. Entb. 177 Rebenh. d. H. Villen-  
straße 12.

wendet sich der findige Behrer auch an junge Leute, die da glauben, in einigen Wochen schon als Conferencier, Salonhumorist, Rezitator in erstklassigen Engagement gehen zu können! Nach dieser Zeit werden die jungen Leute aber nur um die Erfahrung reicher sein, daß die Arbeitslosigkeit der Schauspieler gerade im Sommer am größten ist.

## Allerlei: Vom Auto bis zum Federhalter.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß das Feld dieser „wilden Schulen“ gerade auf dem Gebiet der Berufe liegt, die keine vorgeschriebene Lehrzeit, keinen festen Lehrgang haben. Die arbeitslosen Chausseure rekrutieren sich z. B. zumeist aus den Schülern der „Autofachschulen“, die im Schnellkurs die dürftigsten Kenntnisse errungen haben und dann, nach Erlangung des polizeilichen Fahrscheins (die eine Zeitsang sehr leicht war) mit gänzlich unzureichenden Straßen- und Maschinenkenntnissen auf die Menschheit losgelassen werden. Dann kommen die „Modellschneiderraketen“ usw. die aber in den letzten Jahren erheblich abgenommen haben. Und man sollte nicht denken, daß es Leute gibt, die unter den sogenannten Intellektuellen gleichfalls nach denen suchen, die nicht alle werden! Aber doch inserieren erst vor wenigen Wochen ein „prominenter Redakteur“ einen „journalistischen Ausbildungskurs“ für Reklamefachleute, Berichterstatter, Gelegenheitsmitarbeiter usw. — Nun, auf dieses Inserat fällt sicher mancher herein, der die Presse nur als fertige aufgemachte Zeitungsbillette kennt. Die Arbeitslosigkeit unter den geistlichen Arbeitern ist groß. Vielleicht hofft mancher, wenn er in diesem Kurs schon nichts lernen kann, doch Beziehungen zur Presse zu bekommen, Beziehungen, die ihm Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bedeuten. Zu spät erfährt er denn, daß der „prominente Herr Redakteur“ höchstens für Gratisbeiträge Verwendung hat. Charakteristischerweise zieht es sowohl Sr. Prominenz der Herr Redakteur wie auch der bekannte Schauspieler und die Filmgesellschaft vor, sich nicht zu frühzeitig zu demastrieren, d. h. sie inserieren unter Chiffren. Die ernsthaften Organisationen dieser Berufe könnten sich sonst leicht einmal liebend mit der Persönlichkeit dieser Herrschaften beschäftigen, und die haben wohl selbst das Bemühen, dabei nicht allzu günstig abzuscheiden.

Allen Erwerbslosen ist eines dringend zu raten: Werft nicht eure letzten Notgroßen derartigen Instituten in den Rachen. Erfundigt euch vorher bei den Berufsorganisationen der Berufe, zu denen ihr unfähig seid, glaubt nicht all den schönen Versprechungen, die euch von Leitern derartigen Institute gemacht werden. Es gibt genügend städtische und staatliche Ausbildungsmöglichkeiten für alle Berufe, bei denen eine schulmäßige Ausbildung oder Fortbildung überhaupt in Frage kommt. Sie kosten für billigeres Geld erheblich mehr als die martischreierlich angepriesenen „Privat-

schulen“. Nur eine kleine Zahl von denen gibt ihren Schülern wenigstens annähernd daselbe. Eine bessere Chance für das Berufsleben aber bietet keine, und die meisten sind nichtsnutzige Schmarozker an den im Elend verfallenden Erwerbslosen.

## Autobuslinie 20.

Die Berliner Straße in Charlottenburg hat bisher noch keine Autobuslinie gesehen. Seit gestern aber wird sie von den Wagen einer ganz neuen Linie 20 befahren, die am Krankenhaus Westend beginnt, durch die Berliner Straße zum Zoo läuft, von dort die Joachimsthaler Straße und die ganze Kaiserallee entlang, so daß die Steglitzer Schloßstraße, die Väterfelder Straße, Unter den Eichen und schließlich die freie Chaussee nach Zehlendorf, wo sie an der Hauptstraße endigt.

An einem so schönen Tag wie dem gestrigen auf dem Dach dieser Omnibusse quer durch den ersten rechten Berliner Westen zu fahren, ist ein besonderes Vergnügen. Noch ist der Bus Nr. 20 etwas unbekanntes. Die Damen des Westens sehen ihm ein wenig verwundert nach. In der Berliner Straße in Charlottenburg ihn zu erreichen, ist nicht ganz leicht, denn dort fahren die Straßenbahnen unmittelbar am Bürgersteig entlang, und um zum Bus zu kommen, muß man stets die Straßenbahnsteige überqueren. In fast schnurgerader Fahrt geht es die Joachimsthaler Straße und die Kaiserallee entlang. Der hübsche Grünplatz am ehemaligen Joachimsthaler Gymnasium macht einen ganz angemessenen Eindruck: Pflanzliches ruhendes Publikum. Fehlt nur das Brunnenhäuschen und die Kurmuffel. Die Kaiserallee des Wilmersdorfer Anteils sieht, seitdem ihr der prachtvolle Baumschmuck geraubt wurde, fast wie eine gerupfte alte Henne aus. Vom Zoo aus wird der Kaiserplatz mit dem neuen Bus in 10 Minuten erreicht. Der Friedebauer Anteil prangt hingegen wieder im Schmad seiner prächtigen Platanen und Ulmen. In weiteren fünf Minuten ist man an der Ecke der Rheinstraße. Nun geht es die durch ihre vier Baumreihen sehr schöne Steglitzer Schloßstraße entlang. Es ist die große, auf Potsdam gehende Berliner Ausfallstraße, deren Fahrbahn aber, man merkt es mit Schrecken, für den modernen Verkehr bereits zu eng ist. In vier Minuten ist das Steglitzer Rathaus erreicht, in weiteren vier Minuten der Eingang zum Botanischen Garten. Man fährt jetzt eine lange, aus Eichenkronen gotisch gewölbte Landstraße unter den Eichen entlang, bis zum Bahnhof Väterfeld in vier Minuten. Hinter Väterfeld, wo sich auch die Berliner Straßenbahn ausbaut, ist plötzlich freies Feld. Richtige Landwirtschaft. Wogende Weizenfelder, eine Wähe. Wirtshausbau baut sich im Hintergrund der dunkle Wald des Grunewalds auf, und davor die jädigen Giebel des Dörfel-Helms. Fern am Horizont — niemand weiß, was es ist — die Fuchberge jenseits der Havel bei Sätrom. Rechts über Charlottenburg der Berliner Eifelturm auf dem Wesegele. Dann aber ist Zehlendorf erreicht. Rein, Zehlendorfer. Hier ist man auf inniges Gemüt gestimmt. Der erste Haltestellenweiser trägt einen grünen Kranz mit einem Plakat: Herzlich willkommen! Auf einer Entfernung von 700 Metern hat man hier — einzigartig in Berlin — vier Haltestellen errichtet, damit nur jeder schlussfertige Zehlendorfer vom Bus Nr. 20 erfasst wird. Im Westen am Zoo ist man teils verwundert, hier draußen aber staunt man mit ehrlichen großen Augen. Hier bleibt man offenen Mundes stehen und starrt das neue Verkehrsmittel an. Es ist Zehlendorfer Tagesgespräch.

## Besuch dänischer Kinder.

Dieser Tage treffen 40 dänische Kinder zum Besuch in Deutschland ein. Die Kinder sind teils vom Württembergischen Landesverein vom Roten Kreuz in Stuttgart, teils von der Arbeiterwohlfahrt in Dresden eingeladen worden, um auf einer zehntägigen Wanderung die schönsten Gauen Deutschlands kennenzulernen. In Württemberg wird die Wanderung nach Tübingen gehen, durch das Donautal, zum Bodensee herunter und herüber nach Bregenz auf den Pfänder. Auch die Schillergegend bei Ludwigsburg und Wartburg soll besucht werden. Für die Gruppe nach der Sächsischen Schweiz sind Ausflüge nach Roritzburg, Weichen, auf den Königstein usw. vorgesehen. Sie

# Gamile unter den Zedern.

39) Von Henri Bordeaux.  
(Berechtigtes Uebersetzung von A. Runder.)

Mein Sohn war vorher kinderlos gestorben. Ich bin heute allein, wie vor 50 Jahren, und es scheint mir, daß ich mein Leben wieder dort beginne, wo es einst endete. Es ist nicht, als wenn ein halbes Jahrhundert auf mir lastete. Aber zu meinem Glück brauche ich jetzt nicht mehr lange zu leben. Alles drehte sich bei ihm um einen Gedanken, und er berichtete mir noch folgende Einzelheiten:

Ich habe erfahren, wie sie starb. Ich zwang mich, Tanus am andern Morgen zu befragen, denn ich wollte es wissen, und Elias war mir verhasst, denn ich ahnte, daß er der Henker war. Sind wir nicht die Empfänger mysteriöser Benachrichtigungen? . . . Hierhergeführt verlangte sie — durch ein Zeichen — ihren Schleier und kreuzte die Hände über der Brust in der ihr eigenen Weise.

Sie stand aufrecht da, Elias gegenüber, der sie durch einen Schuß ins Herz tötete. Sie fiel nach rückwärts um, ohne noch ein Lebenszeichen von sich zu geben. Der Tod muß unmittelbar eingetreten sein. Eine ihrer Hände war mit Blut bedeckt und ich bemerkte es. Butros hatte sich abgewendet; so hart er war, er konnte den Anblick nicht ertragen. Wie sie hinsank, war der Schleier vom Gesicht geweht worden; er deckte ihn wieder darüber und führte seine Leute weg. Gamile durfte weder bestattet, noch durfte für sie gebetet werden. Wie sie fortgingen, erschien Omar unter den Zedern. Da lehrte Butros noch einmal um, um ihn zu beobachten und ihn vielleicht herauszufordern, darum kam er als letzter an mir vorbei. Auch er hatte vor mir die Versuchung zum Mord an sich herantreten gefühlt; wie hatte er ihr widerstanden? Ich weiß es nicht. Wir sprachen nie darüber.

„Lebt Butros noch?“  
„Butros? Er hat eine Goldmine entdeckt; war ein ausgezeichneter Prospektor. Er heiratete eine Französin, die Schwester meiner Frau; hat viele Kinder, er ist ein Patriarch.“  
„Wird er nicht in den Libanon zurückkehren?“  
„Er hat ihn vergessen; er vergaß die Vergangenheit und sie ist es, die uns zurückführt.“

An den noch mit Schnee bedeckten Gebirgswänden zeichnete sich die Rote des Sonnenuntergangs ab. Auf der andern Seite des Waldes mochte die Sonne bald im Meer versinken. Wir wußten, ohne Zeit zu verlieren, hinabsteigen, wenn wir nicht von der Nacht auf dem Pfad überrascht werden wollten, der sich oberhalb der Rabischoquellen in den Felsen gräbt. Wir

kehrten unter die Zedern zurück, sammelten unsere Eskorte und stiegen wieder zu Pferde. Der voranreitende Khalil Khurru zeigte mir die Stelle, wo die Stute Omars zusammengebrochen war.

„Ihr Widerrist“, sagte er, „war blutbestekt; Omar, der keine Spuren trug, hatte sie mit dem Dolche gestriegelt, um sie zur Eile anzutreiben.“

Als wir den Aufstieg beendet hatten, war die Dämmerung hereingebrochen. Aber der scharlachrote Streifen, der sich längst des Meeres am Horizont hingog, genügte noch, um uns den Pfad zu zeigen. Khalil Khurru schlug mir vor, Muntaha aufzusuchen, woran ich erkannte, daß er ganz in seinen Ideen lebte, und daß man auf seinen Wunsch eingehen müsse. Trotzdem versuchte ich Einwendungen zu machen. Es war sehr spät. War Muntaha von seinem Kommen in Kenntnis gesetzt? Hatte sie ihn seit seiner Rückkehr in die Heimat wiedergesehen? Warum sollte man sie mit dieser alten Geschichte aufregen, die sie in ihrer frühesten Jugend miterlebte? Es konnte für sie nur schmerzhaft sein, wenn die Erinnerung daran wieder aufgefischt wurde. Und ich riet:

„Sie sind die einzige, der noch an Gamile denkt. Das Dunkel des Vergessens hat sich über sie gebreitet. Beschwören Sie die Vergangenheit nicht!“

Verwundert richtete er seine Augen auf mich, in denen eine Flamme jugendlicher Blut leuchtete, seitdem er im Sanktuarium seiner Liebe die Lichter neu entzündet hatte.

„Doch, ich will sie beschwören“, versetzte er, „ich habe Ihnen von ihr einen ganzen Tag erzählt, ich wünsche, daß sie in den Augen ihrer Schwester Muntaha wieder auflebe. Ich will in ihr die Erinnerung wecken. Es ist, als wäre Gamile da. Ich kann nicht länger warten.“

„Es ist besser, wenn Sie Muntaha allein aufsuchen.“

„Rein, nein. Sie dürfen mich nicht verlassen. Ich habe Ihnen mein Geheimnis erzählt; Sie kennen es nicht ganz; ja ich selbst auch nicht. Aber es soll mir sogleich enthüllt werden. Ich weiß, daß Muntaha ein Haus, das früher ein Kloster war, oberhalb Bescherres, in Der-Mar-Sareis bewohnt. Ich weiß auch, daß sie ihren Mann vor einigen Jahren verloren hat und mit ihrer gleichfalls verwitweten Tochter und mehreren Entkeltern dort lebt. Sie hat bei allen Heimvisitungen einen männlichen Rat bewiesen und erzieht die dritte Generation mit Kraft. Ich habe mich erkundigt.“

„Und Sie haben sie niemals wiedergesehen?“  
„Ebenso wenig wie ich zu den Zedern wiedergekommen bin. Als ich noch so langem Fernsein in den Libanon zurück-

kehrte, waren mir Orte und Menschen fremd geworden. Die Berge waren näher aneinandergerückt und schienen unbedeutender. Die Gesichter zeigten einen anderen Ausdruck. Man sprach nur von uninteressanten und nichtigen Dingen. Alles hatte sich verkleinert. Ich war in der Tat ein Fremder geworden. War ich es nicht? Und ich hörte nicht auf die Rufe Gamiles. Um ihretwillen war ich hergekommen und ich fand sie nicht mehr. Sie war mir näher in den afrikanischen Nächten. Ich dachte schon daran, wieder wegzugehen, da zerriß unsere gestrige Pilgerfahrt endlich die Vorhänge von Zeit und Raum, die sie meinem Blick entzogen hatten. Jetzt, nun sie da ist, will ich sie nicht mehr verlieren.“

Und er lenkte entschlossen sein Pferd vom Wege nach Bescherre ab, dessen erste Lichter wir sahen.

Khalil Khurru hielt vor einem großen, isoliert stehenden Gebäude mit Arkaden und einer Terrasse. Das mußte das einstige Kloster sein, von dem er sprach. Er fragte den uns öffnenden Diener, ob dies das Haus der Muntaha Zaher sei. Es wurde bejaht und man ließ uns ein. Wir wurden nicht einmal nach unserem Namen gefragt. Die Maroniten sind in hohem Grade gastfreundlich und ohne Mißtrauen; wir betraten das Innere eines schon dunklen Hofes, dann einen Saal, der mit Fadeln erleuchtet wurde. Der Raum hatte die Feierlichkeit eines Empfangssaales. Man fühlte sich bewogen, die Stimme zu dämpfen, nur Worte erstnen, ja frommen Charaktiers zu sprechen. Ein Knabe trat herein; ihm folgte ein Diener mit einer Platte, auf welcher man uns Zitronenlimonade anbot.

„Die Großmutter wird gleich kommen“, erklärte der kleine Mann. „Sie bittet zu warten.“

Khalil Khurru streichelte ihm die Wangen:  
„Wo hast du dein Französisch gelernt?“  
„Auf der Schule in Antura.“

„Ah, wie ich.“  
Und er nannte ihm Namen von Lehrern, die ohne Zweifel längst gestorben waren. Der junge Schüler hatte sie niemals nennen hören.

Nach wenigen Minuten trat eine schwarzgekleidete Frau mit sehr ehrwürdigem Aussehen herein; sie war betagt, das verriet die grauen Locken, die sich aus ihrer Frisur herausringelten, aber ihre große, kraftvolle Gestalt hatte eine aufrichtige Haltung bewahrt. Sie mußte schon gewesen sein; nur wiesen ihre Züge eine zu große Fülle auf. Khalil Khurru trat noch höflichem Gruß dicht an sie heran und sagte unermittelt:

„Muntaha, erkennst du mich wieder?“  
(Fortsetzung folgt.)

werden Sobel unter anderem in den der Berliner Arbeiterbewegung gehörenden August-Bebel-Kinderheim in Gohrisch untergebracht werden. Gerade für die Arbeiterbewegung aber ist es eine besondere Genugtuung nach den langen Jahren der Not, in der Dänemark unter der Führung unseres Genossen Nielsen tausenden von deutschen Kindern Zuflucht gewährte, einen kleinen Teil des Dankes durch eigene Tatkraft abtun zu können.

## Ungeheure Wohnungsnot.

Das deutsche Volk am Rande des Abgrunds.

In der Sitzung der Abteilungsleiter der S. P. D., die gestern abend im Gewerkschaftshaus stattfand, sprach der ehemalige Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Genosse Albert Kohn, über die Wohnungsverhältnisse der Berliner Arbeiter. Er beschränkte sich aber nicht darauf, das Wohnungsproblem in Berlin zu schildern, sondern zeigte an Beispielen aus dem ganzen Reich, besonders aus den Großstädten, daß das Wohnungsproblem augenblicklich stärker denn je ist. Schon Rubner hat vor 20 Jahren nachgewiesen, daß die Ausbreitung der Tuberkulose parallel mit der Wohnungsnot geht. Er stellte die Forderung, daß jeder Mensch Anspruch auf eine Logierstube habe. Die Wohnungsnot bedeute Zunahme der Geschlechtskrankheiten, der Säuglingssterblichkeit, und auch die in Großstädten, so weit ausgebreitete Rachitis ist eine Folge von nicht einwandfreien Quartieren. Großjahn hat nachgewiesen, daß die Englische Krankheit in England so gut wie nicht bekannt ist, weil dort die Wohnungsverhältnisse besser sind. Die Mietskassernen, der schlechteste existierende Wohnungstyp, in der die Einzelwohnung verschwindet, ist heute ausgebreiteter denn je. Ist schon in den Vorderhäusern die Behausung hygienisch sehr wenig einwandfrei, so ist in den Hinterhäusern die Durchlüftung unmöglich. Die Zahl derjenigen, die in diesen Mietskassernen wohnen, hat gegenüber 1913 gewaltig zugenommen. Ebenso ist die Zahl derjenigen, die direkt unter dem Dach und im Keller ihre Behausungen, die gar nicht mehr Wohnräume zu nennen sind, haben. Es ist nachgewiesen, daß die Sterblichkeit derjenigen, die in den höchsten Etagen wohnen, am größten ist. Diese Zusammenhänge geht bis in die Kreise des Mittelstandes. Der Redner schilderte dann die unhygienischen Abortverhältnisse. Für kinderreiche Mütter aus Arbeiter- und Beamtenkreisen bis tief in den Mittelstand hinein ist durch das Wohnungsproblem der Mütter ein furchtbares Martyrium. Genosse Kohn zeigte, daß dieses Wohnungsproblem, besonders die durch den Raumangel verursachte Bettentapen eine Zunahme der Geschlechtskrankheiten besonders unter den Kindern herbeiführt habe. Es ist ein Wunder, daß unser Volk bei diesem Elend nicht noch tiefer gesunken ist. Es muß endlich gebaut werden. Jede Familie muß ihre gesunde Wohnung haben. Niemand darf die Mietskassernen der Typ des neuen Wohnungsbauwerkes werden. Es muß ein Wohnraum vorhanden sein und getrennte Schlafzimmer für Eltern und männliche und weibliche Kinder. Auch Sonne und Luft müssen in die Wohnungen hineinkommen. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde eine Entschließung angenommen, in der die Durchführung der in unserem Parteiprogramm enthaltenen Forderungen zur Wohnungs- und Bodenfrage mit aller Energie gefordert wird.

## Der Kutischer-Prozess.

„Auto“, „Rihalla“ und anderer Schwindel.

Im Kutischer-Prozess gibt es Dinge, die unter anderen Umständen aufregend erscheinen würden, während man sie hier als nahezu selbstverständlich hinnimmt. Man wundert sich kaum noch, wenn man hört, daß Herr Kutischer eine Automobilfabrik gründete, wie der Zeuge Weier ausfragte, lediglich zu dem Zweck, damit seine Söhne ein Automobil nach dem anderen ruinieren könnten. „Es tut nichts, wenn mein Junge 100 000 Dollar verplempert“, meint lechzend der Herr Generaldirektor — „aber wenn Max und Alexander, die vom Geschäft nichts verstehen, jeder die Kleinigkeit von etwa 2000 M. monatlich beziehen.“

Und trotzdem, über die Praktiken der Staatsbank muß man sich doch sehr wundern. Es stellt sich heraus, daß Bartels, dessen Ladung beantragt ist, schon im August 1924 den Direktor Dr. Hellwig eindrucklich vor Kutischer gewarnt und sein Erlaunen darüber ausgesprochen hat, daß die Staatsbank überhaupt Ausländern so hohen Kredit gewährt. Das Scheitern, weshalb das Geschäft, läßt die Dr. Rube. Er sagte: Die Staatsbank habe in der Inflation ihr gesamtes Vermögen bis auf 10 Millionen Goldmark eingebüßt und wollte sich aus eigenen Kräften emporarbeiten. Deshalb habe sie eine Kreditpolitik eingeschlagen, die der Zeuge als wenig glücklich bezeichnet. Da bringt z. B. Kutischer Wechsel der „Auto“ in Höhe von 450 000 M. „Was ist das „Auto“?“ fragt Rube. — „Sie wissen nicht, Herr Direktor? Es ist die Import- und Export-Handels-Gesellschaft der Russischen Handelsvertretung.“ Diese Auskunft genügt dem Dr. Rube. In Wirklichkeit aber haust die Auto in einem Hinterzimmer, das nur mit einem Tisch, einem Stuhl und einer Schreibmaschine ausgestattet ist. ... Der Herr Kutischer bringt einen Hauswechsel, um die Michaelissen auszulösen. Darunter befinden sich auch Wechsel der nicht existierenden Zigarettenfirma, die den hübsch erotischen lautenden Namen „Rihalla“ führt. „Was ist das für eine Firma, Herr Kutischer?“ — „Ach, Sie wissen nicht, bitte hier die Zigarettenpackung.“ Der Herr Direktor probiert mal eine Zigarette dieser nicht existierenden Firma, um die Güte der Akzente zu prüfen — es genügen ihm die Zigarettenpackungen. Es waren aber Wechsel in Höhe von 450 000 M. ... Und dann erst die Buchführung in der Staatsbank. Es ist pikant, wenn ausgerechnet Herr Kutischer, der ja in erster Linie von der Inakzeptanz dieser Buchführung profitierte, jetzt ihre diese vorwirft. Für Lombardwechsel gab es überhaupt keine Wechselstempelbücher. Als dann die Staatsbank kurz vor dem Zusammenbruch stand, hat die Staatsbank diese, ihr die Aufstellung der ihr in Depot gegebenen Wechsel zu machen. Es fehlten selbst Ein- und Ausgangsbücher für diese Wechsel. So konnten ungezählte Millionen verloren gehen. Herr Kutischer behauptet sogar, daß man einmal ihm eine übrige Million aufgeschrieben hat; er sei nur zu eifrig gewesen, sie abzuholen. Was wunder, daß Herr Blodow, anstatt Kutischer Wechsel ins Depot zu nehmen, als Kutischer wieder zur Verfügung stellte und dieser sie dem mehr als kurzfristigen und saftigen Dr. Rube zum zweitenmal zwecks Disziplinierung unterließ. Herr Blodow sitzt im Gefängnis. Direktor Rube macht seine Aussagen als Zeuge.

## Fünf Revolverstöße im Gerichtssaal.

Eine aufregende Szene spielte sich gestern im Sitzungslokal der Großen Strafkammer des Landgerichts II in Moabit ab. Hier hatte sich der Detektiv Erwin Lange wegen schwerer Urkundenfälschung und Abgabe mehrerer falscher eidestattlicher Versicherungen zu verantworten. Das Schöffengericht hatte Lange mangels Beweises freigesprochen. Auf die von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Reimer eingelegte Berufung kam die Strafkammer jetzt zu einer Verurteilung. Lange, der bereits erheblich vorbestraft war, wurden ihm die milderen Umstände verjagt. Nachdem der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Peltason, das auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus lautende Urteil und zugleich die sofortige Verhaftung verkündet hatte, griff Lange in seine Hosentasche, zog einen Revolver heraus und feuerte. Glücklicherweise wurde durch das unerschrockene und energische Eingreifen des Justizwachtmeisters Ditt verhindert, daß die Schüsse Unheil anrichten konnten. Die beiden ersten Schüsse gingen in die Holzbekleidung der Anklagebank. Es entspann sich dann auf der Anklagebank ein erbitterter Ringkampf zwischen dem Justizwachtmeister und dem Angeklagten. Der Hintere konnte den Revolver noch schnell in die linke Hand nehmen und weiterschießen. Eine Kugel ging dicht am Kopf des Justizwachtmeisters Ditt vorbei und über die Köpfe der erschrockenen Zuhörer in die Wand. Blüh schnell richtete dann Lange die Schusswaffe gegen sich selbst und schoß sich in die rechte Brustseite. Blutüberströmte sank er zusammen und wurde sofort in das Bogarett des Untersuchungsgefäng-

nisses übergeführt. Dort stellte Gerichtsarzt Dr. Bürger einen anscheinend nicht lebensgefährlichen Lungenstichfuß fest, und ließ den Verletzten nach dem Krankenhaus Roabit bringen.

## Sprit-Weber und die englischen Goldmillionen.

Peters und Beiers Rollen.

In dem Brandstiftungs- und Versicherungsfall des Sprit-Weber-Prozesses kam es zu einer Erörterung darüber, ob Weber den Sprit in Brand gesetzt hat oder nicht. Interessant ist die Rolle, die Peters und Beier bei dem Versicherungsschwindel gespielt haben sollen. Beier belastet Peters schwer. Peters bestritt jede Fälschung, jede Bestechung. Wenn eine Erörterung mit seiner Unterschrift in den Akten liegen sollte, in der er bestätigte, daß von Beier eine Bestandaufnahme des Stahndorfer Bogers gemacht worden sei, so sei das eine Fälschung. In Wirklichkeit aber war es die von Beier unterschriebene Bestandaufnahme und waren es seine Erklärungen, die die englische Versicherungsgesellschaft veranlaßt hatten, die 150 000 Pfund auszuführen. Allerdings, wie der Zeuge, der Empfänger des Sprits als Experte der englischen Gesellschaften für Versicherungsschäden in Deutschland ausfragt, war ihm vieles verdächtig vorgekommen, auch der Umstand, daß Hermann Weber ihm auf seine Frage nichts davon erzählt hatte, daß er beim Ausbruch des Brandes dabei gewesen sei. Es hatte aber den Anschein, daß die deutschen Behörden interessiert seien, daß ausgezahlt werde und so zahlte die englische Versicherungsgesellschaft auch in großzügiger Weise drei Millionen Goldmark aus. Hermann Weber erklärte, von dieser großen Summe keinen Pfennig erhalten zu haben. Die Finanzbehörde habe ihm gedroht, daß sie der englischen Versicherungsgesellschaft gegen ihn Material liefern würde, wenn sie nicht eine Million bekommt und als dann Kantrap mit dem Rest des Geldes in Prag eintrat, wohin er geflüchtet war, wurde er verhaftet und auch das übrige Geld beschlagnahmt. Regierungsrat Höp hätte ihm in Prag mit einer Anzeige gedroht durch Unterlagen, die er schon lange in Händen gehabt haben wollte. Ferner habe Höp sich bereit erklärt, darauf hinzuwirken, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt werde, falls Weber sein gesamtes, auf viele Millionen bezichtigtes Vermögen der Finanzbehörde abtreten und die Beamten namhaft machen wolle. Auch in den anderen Strafverfahren wollte sich Höp um Erleichterungen für ihn bemühen. Weber will in Berlin gegen Regierungsrat Höp einen Strafantrag gestellt haben. Dabei habe es sich ergeben, daß zwischen der deutschen Behörde und den englischen Versicherungsgesellschaften ein geheimes Verträge bestanden habe. Eigentümliche Dinge. Es ist abzuwarten, was sich aus der Bemerkung ergibt.

## Der aufgeregte Volkshofrat.

Milde Sühne für Beschimpfung des Polizeipräsidenten.

Wegen öffentlicher Beleidigung von zwei Schupowachtmeistern war der Volkshofrat a. D. Dietrich v. Beihmann Hofweg vor dem Amtsgericht Mitte angeklagt. Im Januar kam er abends nach 11 Uhr aus dem Theater und wollte mit seiner Autodrohke den Weg über die geperrte Corneliusbrücke erwaizen. Als die beiden dort diensttuenden Schupowachtmeister die Durchfahrt verwehrten, sprang der Volkshofrat heraus und fuhr die Beamten mit den Worten an: „Sie sind wohl verrückt und wahninnig! Besahen Sie mir den Linnweg? Die ganze Polizei und das Polizeipräsidentium sind verrückt.“ Vor Gericht bedauerte der Angeklagte den Vorfall. In seiner großen Erregung habe er sich leider zu den beleidigenden Worten hinreißen lassen. Auf eine Frage des Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Hoffmann, war der Angeklagte jedoch bereit, unter dem Ausdruck des Bedauerns 50 M. Buße in die Kasse des Polizeipräsidenten zu zahlen, wenn die Klage zurückgenommen werde. Die beleidigten Polizeibeamten waren auch bereit, unter der Voraussetzung der Genehmigung des Polizeipräsidenten ihren Strafantrag zurückzunehmen, so daß nach Einholung dieser Genehmigung das Strafverfahren auf Beschluss des Gerichts eingestellt werden soll. Der Herr Volkshofrat, der in aller Öffentlichkeit das Polizeipräsidentium und seine Beamten in der tödlichsten Weise beschimpft, kommt in der Tat mit einer Buße von 50 M. Buße mehr als glimpflich weg.

## Ein Großfeuer unter der Erde.

Ein gewaltiger Kellerbrand, der in kurzer Zeit sehr große Ausdehnung annahm, beschäftigte in den gestrigen Nachmittagsstunden vier Löschzüge der Feuerwehr in dem Hause Bülowstr. 91. Es ist dies ein Erdhaus, unter dem sich geräumige Kellerräume hinziehen, die von den Mietern und Geschäftsleuten benutzt werden. Kurz nach 4 Uhr wurde das Feuer bemerkt und die Wehren alarmiert. Erst nach etwa zweistündigem Wassergeben gelang es, das Feuer, das an Holzwerkstoffen, Risten, Holzmasse und Gerümpel reichlich Nahrung gefunden hatte, niederzulämpfen. Durch äußerst starke Qualmentwicklung wurden die Wehrleute, die mit Rauchschutzmasken arbeiten mußten, beim Arbeiten stark behindert. Ohne Rauchschutzmasken wäre eine Löschaktion vollständig unmöglich gewesen, die noch dazu, wie bei vielen Kellerbränden, durch schlechte Angriffspunkte sehr erschwert wurde. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die Abendstunden hin. Die Entstehungsursache konnte noch nicht ermittelt werden, ist aber vermutlich auf Fahrlässigkeit zurückzuführen.

Die Direktion der städtischen Markthallen teilt mit: Am Pfingstsonnabend sind die städtischen Markthallen für den Kleinhandel munterbrochen bis 7 Uhr abends geöffnet.

## Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 21. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. Dorothea Goebeler: „Soll ich mit einer Freundin reisen?“ 5-6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sponowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theatervorstellung. 7 Uhr abends: Frits Endros, Labeck: „Lübeck 700 Jahre freie Reichsstadt“. 7.25 Uhr abends: Gustav Hochstetter: „Pfingsten von heute“ — Und zu Großvaters Zeit“. 7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Astronomische Erdkunde. Dr. Adolf Marcuse: „Einführung in die astronomische Erdkunde (Pendelmessungen und Mondbeobachtungen zur Erforschung der Erdgestalt)“. 8.30 Uhr abends: Kammermusik von Haydn bis Schönberg. 17. Abend. Havemann-Quartett: Prof. Gustav Havemann, 1. Violine; Georg Kniestadt, 2. Violine; Hans Mahlike, Bratsche. Mitwirkend: Rud. Schmidt, am Flügel. 1. Smetana (1824-1884): Streichquartett E-Moll (Aus meinem Leben): Allegro vivo appassionato — Allegro moderato à la Polka — Largo sostenuto — Vivace. 2. Rubinstein (1829-1894): Klavierquintett op. 99 G-Moll: Molto lento — Allegro moderato — Moderato — Moderato con moto — Moderato. 9.30 Uhr abends: Einakter. 1. August Strindberg: Die Stärkere (übersetzt von Emil Schering). 2. Anselma Heine: Der Hinterhältige. Gesprochen von Rosa Bertens. Anschließend: Dritte Bekantgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsensung, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Freitag, den 21. Mai.

1-1.30 Uhr nachm.: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens. 3-3.30 Uhr nachm.: Allieri und Fri. 1. Eysaers: Spanisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Rektor Karselt: Grundlagen, Ziel und Methode des volkswirtschaftlichen Rechenunterrichts. 4 bis 4.30 Uhr nachm.: Dr. Kaethe v. Horwath: Die Stellung der Landfrau und die daraus resultierenden Aufgaben. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr nachm.: Dr. Max Winkel: Genußmittel. 7.30-7.55 Uhr abends: Prof. Dr. Glaser: Arzt und Couéismus. 7.55-8.20 Uhr abends: Geh. San.-Rat Prof. Dr. Strauß: Ueber Bäder und Bäderkuren. 8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.

## Der Pfingstausflug.

Zum Wandlitzsee und zum Werbellinsee.

Nach den am der Reineckendorfer-Liebenwalde-Groß-Schönebeker Eisenbahn gelegenen beliebten Ausflugsorten Wandlitz, Wandlitzsee mit Liepnitzsee, Badorf und Schönwalde verkehren an allen Sonntagen sowie an beiden Pfingstfeiertagen ab Reineckendorfer-Rosenthal (Strecke Berlin-Stettiner Bahnhof—Hermisdorf) folgende für den Ausflugsverkehr besonders geeignete Züge: 6.15, 7.30, 8.17, 10.15, 11.50 vormittags und 1.53 nachmittags. Der Ausgangsbahnhof Reineckendorfer-Rosenthal ist auch mit der Strahlenbahnlinie 15 zu erreichen. Die Strahlenbahnlinie 23 führt bis zum Bahnhof Rosenthal. Diesen Bahnhof verlassen die bezeichneten Züge 5 Minuten später. In allen Sonn- und Feiertagen gelangen Ausflugsarten für die Hin- und Rückfahrt zu ermäßigten Preisen zur Ausgabe. Die Preise für diese Karten betragen: nach Wandlitz und Wandlitzsee 2.20 M. 2. Kl., 1.50 M. 3. Kl.; nach Badorf 1.60 M. 2. Kl., 1.20 M. 3. Kl.; nach Schönwalde 1.40 M. 2. Kl., 1 M. 3. Kl. Diese Karten, die auch auf den Bahnhöfen Stettiner Bahnhof, Geländebrunnen und Pantow-Nordb. gelöst werden können, können schon am Tage vor einem Sonn- oder Feiertage zur Hin- und Rückfahrt am Tage darauf zur Rückfahrt benutzt werden. An Donnerstagen werden gleichfalls ermäßigte Karten für die genannten Stationen ausgegeben; dazu zu dem ab Reineckendorfer-Rosenthal 8.33 vormittags verkehrenden Zuge nach Ruhlsdorf—Zerpenschulze mit Anschluß an die Dampferlinie nach dem Werbellinsee. Der ermäßigte Fahrpreis für Eisenbahn und Schiff beträgt für die Hin- und Rückfahrt 3.70 M., jedoch haben die Karten nur Geltung für den Tag der Lösung.

Verstärkter Pfingstverkehr auf den Stadt- und Vorortbahnen.

Zu unserer Mitteilung über die Vorbereitungen der Reichsbahn für den Berliner Pfingst-Fernverkehr teilt die Reichsbahndirektion Berlin weiter mit, daß auch besonders auf den von Ausflüglern bevorzugten Strecken, außer dem im Fahrplan angeführten Zügen, noch viele Sonderzüge vorgehen sind. So folgen die Züge der Strecke Potsdam—Stadtbahn—Erkner im 10-Minuten-Abstand, die Züge der Strecke Wannsee—Stadtbahn—Friedrichshagen und auf dem Nordring im 5-Minuten-Abstand. Auch den Orten an der Wannseebahn, der Strecke Potsdam—Wildpark und dem Schielowsee (über Wildpark) bis Fersch—Lienewitz bestehen nach dem neuen Fahrplan günstige Verbindungen. Auf der Strecke Wannsee—Beelitz Heilstätten verkehren die Züge mit guten Anschlüssen von der Stadt- und Wannseebahn vormittags zeitweise halbstündlich. Auch dem Scharnhülfsee sind weitere günstige Fahrgelegenheiten über Königsmusterhagen vom Gärtniger Bahnhof um 9.07 vormittags und 12.07 nachmittags geschaffen, die auch von der Stadtbahn (Friedrichstraße ab 8.33 und 11.38, Umsteigen in Niederhönneweide-Johannisthal) erreicht werden können. Für die Rückfahrt sind gleichfalls vermehrte Zugverbindungen in den Abendstunden vorgehen. Auf den nördlichen Strecken, insbesondere auf der Nordbahn, verkehren außer den bereits im Fahrplan vorgesehenen zahlreichen Zügen noch einige Sonderzüge. Nach Neuruppin werden die für den Ausflugsverkehr in Betracht kommenden Züge vom Stettiner Bahnhof doppelt gefahren. Nach der Ostbahn verkehrt am 2. Feiertag mit Rückfahrt auf die Rennen in Hoppegarten ein direkter Zug von Lichtenberg-Friedrichsfelde (Abfahrt 2.15 nachmittags) über Reulsdorf bis Strausberg, der auf allen Zwischenstationen hält.

## Sonntagsrückfahrkarten ab Freitag gültig.

Die über die Pfingstfeiertage zur Ausgabe gelangenden Sonntags-Rückfahrkarten gelten bereits von Freitag mittag 12 Uhr an. Die Rückfahrt von der auf der Karte angegebenen Zielstation oder einer Unterwegstation muß spätestens am Dienstag vormittag 9 Uhr angetreten sein, wobei eine Fahrunterbrechung nicht zulässig ist.

Das städtische Familienbad Westend kann infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten erst am Sonntag, den 20. Mai, früh 7 Uhr, der Öffentlichkeit übergeben werden. Die in den letzten Tagen herrschende kalte Witterung hat eine genügende Erwärmung des für die Füllung des Bades bedingten Leitungswassers verhindert.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Volkshochschulen für Kinderhemmteile in der städtischen Oper-Saalabende, den 20. Mai: „Die Geubertle“. Preis der Karte einschließlich Reiseüberlage und Theaterzettel 1.50 M. Karten sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, in den Vormittagsstunden, Zigarrengeschäft Perle, Engelstr. 24-25, Labatbetrieb Hinkel, Inselstr. 6, Vormittagsstunden, Lindenstr. 2, im Verband der städtischen Hilfsarbeiter, Luisenwer 33, Cafe Rittersstraße, bei den Oblieten der Bildungsausschüsse.

## Vom Zuge überfahren und getötet.

Fürstenwalde, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht). In der Nähe des Etedorfer Sees bei Fürstenwalde wurde am Donnerstag ein Fuhrwerk von einem Zug der Pieskowitzer Kreisbahn erfasst. Die auf dem Wagen sitzende Landwirtsfrau Roggisch wurde dabei überfahren und sofort getötet. Wunderbarerweise blieben die beiden Kinder der Frau, die sich ebenfalls auf dem Wagen befanden, unversehrt. Man vermutet, daß die Kreisbahn kein Signal gegeben hat.

## Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, den 20. Mai.

1. Rennen. 1. Smolnig (H. Schulz), 2. Goudier jr. (Kogoltsch), 3. Hellma (Kauf jr.). Toto: 136:10. Platz: 27, 30, 20:10. Ferner liefen: Rotula, D'Art. Beerberg, Coeur Noir, Strampeter, Champion Goud, Schwarzmalldel, Dumofel, Wilson Feing, Dümme, Quantität, Kaimä, Quiner, Rosentau.  
2. Rennen. 1. Ramico (E. Treuberg), 2. Kopels (B. Schüller), 3. Spingir I (Kauf jr.). Toto: 30:10. Platz: 13, 12, 19:10. Ferner liefen: Ingrid Halle, Crasmus, Rahmuffel, Lebmann, Latern, Stroßel, Erich E.  
3. Rennen. 1. Heibese (Kauf jr.), 2. Terraria (E. Wils), 3. Hettie (E. Gruber). Toto: 89:10. Platz: 24, 22, 36:10. Ferner liefen: Götterkate, Baffel, Hersteller, Andrian, Friedberg, Unheil, Gladiator I, Streifer, Anna Laura, Radiola, Longobardo, Juge I, Mariä, Siegleid, Rinsforn, Importeur, Barmad.  
4. Rennen. 1. Uberglaube (E. Wils), 2. Erdmann (B. Hedert), 3. Platterlo (E. Wils). Toto: 31:10. Platz: 15, 16:10. Ferner liefen: Florian, Michelangelo, True For.  
5. Rennen. 1. Barometer (Kerforth), 2. Gerrigan jr. (Mattern), 3. Ratter (Kleinau). Toto: 133:10. Platz: 50, 55, 27:10. Ferner liefen: Allgold, Blumelle, Copal, Heider's B., Interessent, Benedict, Coriolanus, Erik, Wollerfomer, Diane Adria, Prings Fortuna, Zeitgeist.  
6. Rennen. 1. Naiden IV (Herr. Schlenker), 2. Soubrette (E. Wils), 3. Jarry B. (Kauf jr.). Toto: 69:10. Platz: 17, 13, 23:10. Ferner liefen: Edig Worih, Korihren Solo, Karcel, Joff, Clematis blau, Jeld.  
7. Rennen. 1. Ragowan jr. (E. Wils), 2. Toto: 17:10. Platz: 12:10. 1. Franlet (E. Wils), 2. Toto: 10:10. Platz: 13:10. Gotta (Herr. Schlenker). Platz: 16:10. Ferner liefen: Bedra, Johannitier, Denkmale, Haming.  
8. Rennen. 1. Ratter (E. Schüller), 2. Ratter (Herr. Schlenker), 3. Franlet (E. Wils). Toto: 128:10. Platz: 38, 34, 21:10. Ferner liefen: Talna, Kathak, Jetties jr., Pringsfort Stamach, Narne, Importeur, Francico, Gassenmabel, Pringsfort, Diagonale.

Geldersparnis und elegante Packung sind nur scheinbar Gegensätze. Ein Beweis hierfür ist die neue farbenfrohe „4-Tag“-Karton-Packung des allbekanntesten Kopfmaschpulvers „Schampun mit dem schwarzen Kopf“, die nur 1.10 kostet. Den vielen Freunden des Schwarzkopfs-Schampuns ist somit Gelegenheit geboten, dieses beliebte Präparat in praktischer und besonders für die Reise geeigneter Verpackung günstig einzukaufen.

### Im Kampfe gegen die Tuberkulose.

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland leben und an einer ernsthaften tuberkulösen Erkrankung leiden, schätzt man auf mindestens 600 000. Etwa 150 000 Menschen sind von einer Tuberkulose befallen, die sich in fortgeschrittenem und anstehendem Stadium befindet. Es sterben alljährlich in Deutschland mehr Menschen an Tuberkulose als an Masern, Diphtherie, Scharlach und Ruhr zusammen. Mindestens alle 10 Minuten endet in Deutschland ein Mensch an Tuberkulose. Den Verlust an deutschem Nationalvermögen durch Tuberkulose-Todesfälle hat man auf jährlich 2½ Milliarden Goldmark berechnet.

Angesichts der erschütternden Heberzeugungskraft solcher Berechnungen und Betrachtungen müssen sich alle ernsthaften und vollstreumündigen Menschen darüber klar sein, daß es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, um beim Kampfe gegen die Tuberkulose gemeinsam vorzugehen.

Wir wissen, daß die meisten tuberkulösen Erkrankungen bei entsprechender Vorbeugung vermeidbar sind. Zahlreiche tuberkulöse Leiden lassen sich im Anfangsstadium der Erkrankung durch Fürsorge und Behandlungsmahnahmen heilen. Die Organisation der Tuberkulosebekämpfung in Deutschland wird aber in ihrer Wirksamkeit durch die jetzige Zersplitterung sehr geschwächt. Eine Zusammenfassung aller öffentlichen und privaten Einrichtungen, die sich mit der Tuberkulosebekämpfung befassen, ist dringend notwendig und ein Gebot der Stunde. Diesen Erwägungen hat sich auch der Preussische Landtag nicht verschagt, der im vorigen Jahre in einer besonderen Entschließung ausdrücklich verlangte, daß für die Bekämpfung der Tuberkulose vorhandenen Einrichtungen von Reich, Staats und Gemeinde wegen und sonstigen öffentlichen Körperschaften, sowie solche konfessioneller und privater Art zum Zweck einer planmäßigen Bekämpfung der Seuche in eine Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt werden.

Welche organisatorischen Maßnahmen muß man nun treffen, um zunächst in Preußen zu diesem erwünschten Ziele zu gelangen? Hierfür gibt der Landeshaupmann der Grenzmark, Genosse Dr. Caspari, sehr treffende und beherzigenswerte Antworten. Genosse Dr. Caspari erstattete vor einiger Zeit in einer Sitzung, die im Ministerium für Volkswohlfahrt stattfand, ein Referat über die Landesfürsorgeverbände als Träger der Tuberkulosefürsorge, das in der "Volkswohlfahrt" (1926 Nummer 6) im Druck erschienen ist. Man findet da viele Ratschläge und Empfehlungen für die Organisation der Tuberkulosebekämpfung, die praktisch große Bedeutung besitzen.

Die Arbeitsgemeinschaften müssen von unten nach oben aufgebaut und für den Bezirk eines jeden Stadt- und Landkreises als der unteren Instanz geschaffen werden. Man wird dann gut tun, sie in der Mitte in provinziellen Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen und der Gesamtsorganisation eine Spitze zu geben, indem man in das Ministerium für Volkswohlfahrt die Geschäftsstelle einer zentralen Arbeitsgemeinschaft einrichtet.

In einer ganzen Reihe von Kreisen bestehen bereits Arbeitsgemeinschaften. Provinzielle Arbeitsgemeinschaften gibt es in Westdeutschland und in Schlesien. Es muß ein Zusammenarbeiten ermöglicht werden zwischen Landesfürsorgeverbänden, Landesversicherungsanstalt, Kreiswohlfahrtsämtern und Krankenkassen; dann müssen noch die Vertreter der staatlichen Dienststellen und Vertrauenspersonen der freien Wohlfahrtspflege, soweit diese der Tuberkulosefürsorge dient, hinzutreten. Im Kreise ist die Spitze des Bezirksfürsorgeverbandes die gegebene Dienststelle für die Organisation der Tuberkulosebekämpfung. In der Provinz sollten die Landeshaupleute führend mitwirken.

Welches besondere Aufgabengebiet kommt nun den Arbeitsgemeinschaften zu? Die Arbeitsgemeinschaft soll die Sammelstelle aller Erfahrungen bilden, die auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung von den dazu berufenen Stellen gewonnen werden. Sie hat dafür zu sorgen, daß die Träger der Arbeitsgemeinschaft vor Aufstellung ihrer Haushaltspläne sich über die Höhe der für die Tuberkulose zu gewährenden Mittel und deren zweckmäßige Verwendung verständigen. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich ferner darum zu bemühen, daß private Einrichtungen, die der Bekämpfung der Tuberkulose dienen, durch die öffentlichen Träger der Arbeitsgemeinschaft in geeigneten Fällen stets nach einheitlichen Gesichtspunkten unterstützt werden.

Auf dem Gebiete der Volksaufklärung im Kampfe gegen die Tuberkulose gilt es ganz besonders, gemeinsam zu arbeiten; gerade hier sind die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft zwar schwierig, aber notwendig und erfolgversprechend. Von besonderem Wert — in medizinischer und finanzieller Hinsicht — ist die zweckmäßige Ausnutzung der bestehenden Heime und Heilstätten, die der Tuberkulosefürsorge dienen. Hier muß man für eine richtige Auswahl und Verteilung der für Heil- und Heilstätten geeigneten Tuberkulösen sorgen. Man wird auch sehr bald den Instanzcharakter vieler Lungenheilstätten und auch mancher Krankenhäuser ändern müssen. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß wir nicht nur den Typ der heutigen Lungenheilstätte brauchen, sondern auch

Tuberkulosekranken Häuser, in denen schwerer erkrankte Tuberkulöse behandelt werden. Es ist dringend notwendig, gerade auch für schwer- und schwerstkrante hinreichende Einrichtungen zu schaffen, einmütig, um diese bemitleidenswerten Mitmenschen würdig und geeignet unterzubringen, dann aber auch, um die gesunden Menschen durch Isolierung der Bazillenstreuer nach Möglichkeit vor der tuberkulösen Infektion zu bewahren und so der Ausbreitung der Tuberkulose wirksam zu steuern.

Es ist zu hoffen, daß nach Verwirklichung der Vorschläge, die Genosse Caspari gemacht hat, möglichst in allen Provinzen recht bald der Kampf gegen die Tuberkulose durch streng organisierte Arbeitsgemeinschaften aufgenommen und wirksam betrieben wird. Freilich gehören hierzu auch große Summen. Im diesjährigen preussischen Etat sind für Tuberkulosefürsorge 400 000 Mark vorgesehen. Mit so geringfügigen Geldmitteln läßt sich natürlich nicht viel anfangen. Inzwischen nagt die Tuberkulose am Rationalvermögen. Sie zerstört unendlich wertvollen Besitz: — die Bevölkerung selbst, die mit ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit den größten Schatz eines jeden Landes bildet. Genosse Caspari meint: was staatlischerseits gegen die Tuberkulose geschieht, ist in weitestgehendem Maße Selbstschuß vor weiteren Kosten. Genosse Caspari hat vollkommen recht. Es ist nur zu hoffen, daß — der Herr Finanzminister sich dieser Auffassung voll und ganz anschließt und sie beherzigt, indem er danach handelt.

Dr. med. Alfred Korach.

### 7 Bezirk — Charlottenburg.

In der Bezirksversammlung Charlottenburg am Mittwoch fand die Wahl des Stellvertreters des Bezirksamtsvorsitzenden und die Wahl eines besoldeten Bezirksamtsmitgliedes statt. Zum Stellvertreter wurde der Stadtschulrat Otto (Demokrat) gewählt. Von insgesamt 63 abgegebenen Stimmen entfielen auf Otto 39, auf Dr. Zimmermann 21 Stimmen der Rechten, drei Zettel waren unbeschrieben. Im Anschluß daran erfolgte die Wahl des Genossen Harlich zum besoldeten Mitglied des Bezirksamtes. Von 61 abgegebenen Stimmen erhielt unser Kandidat 34, 27 Zettel waren unbeschrieben. Nach der Wahl gab der Stadtverordnete Dehlschiffen, der Vorsitzende der vereinigten bürgerlichen Fraktionen, die Erklärung ab, daß seine Freunde gegen die Wahl Protest einlegen und die Bestätigung der Wahl mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern werden. Das Verhalten der Rechten bei der Wahl war außerordentlich interessant. Sie hatten sich in den vorbereitenden Sitzungen grundsätzlich gegen jede Erweiterung des Bezirksamtes ausgesprochen. Der Name ihres Kandidaten war bis zum Tage der Wahl niemand bekannt. Erst als ihre Bemühungen, die Wahl zu verhindern, ergebnislos verliefen, gaben sie plötzlich alle vorher von ihnen angeführten Gründe preis und nannten als ihren Kandidaten den jetzigen Stadtrat Dr. Zimmermann. Der stärkste von ihnen erhobene Einwand, aus Sparmaßregeln die Wahl zu unterlassen, hat für die Herren nur dann Gültigkeit, wenn er ihnen geeignet erscheint, dem politischen Gegner wirksam zu bekämpfen. Die Haltung der bürgerlichen Fraktion hat sich übrigens in dieser Frage wiederholt geändert. Vor etwa fünf Monaten vertraten sie mit den Demokraten den Standpunkt, zwei Mitglieder im Bezirksamt abzubauen. Das konnte ihnen nur gelingen, wenn sie bereit gewesen wären, auch einen ihrer politischen Freunde abzubauen. Dazu waren sie aber trotz lauteßer Betonung ihrer sachlichen Stellungnahme nicht zu bringen. Sie änderten plötzlich ihren Standpunkt und wollten sich mit dem Abbau eines Bezirksamtsmitgliedes begnügen. Das hätte natürlich ihrer Meinung nach ein Sozialdemokrat sein müssen. Dieses unehrliche Spiel wurde durch die Zusammenarbeit aller linksgerichteten Fraktionen der Charlottenburger Bezirksversammlung verhindert. Nachdem nun durch den Beschluß des Preussischen Landtages vom 26. März 1926 jeder zwangsweise Abbau sowohl von Personen wie von Stellen aufgehoben wurde, hat die Bezirksversammlung von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und die im Bezirksamt freien Stellen durch Wahl besetzt. Dieses selbstverständliche Recht hat sich die Versammlung auch nicht durch die mehr als täglichen Samentationen der Rechten nehmen lassen. Die Gut der Herren über ihren Reifegrad kann höchstens zu einem mittelbigen Lächeln Veranlassung geben.

### 14. Bezirk — Neutölln.

Die letzte Neutöllner Bezirksversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem von der Behörde genehmigten Plan, auf dem Waldgelände der Hasenheide eine Radrennbahn zu errichten. Damit verbunden wurde ein Protest gegen die von neuem beachtliche Verhandlung der Straße Hasenheide, wo zur Verbreiterung der Straße die alten Bäume und Vorgärten verschwinden sollen. Gen. Harnisch geißelte das eigenartige Verhalten des Fiskus, der, ohne überhaupt mit den maßgebenden Stellen des Bezirksamts Rücksprache zu nehmen, die Genehmigung zum Bau der Radrennbahn bereits erteilt haben soll. Schon sind über 100 alte

Bäume gefällt. Wenn man bedenkt, daß der hiesige Magistrat jahrelang gekämpft hat, um nur einen Streifen des Tempelhofer Feldes zu Spiel- und Sportplätzen zu erhalten, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß hier Kräfte am Werke gewesen sind, die nach „oben“ gute Verbindungen haben müssen. Vielleicht ist auch die Intimität des Herrn Rüt, dem Vater des Projektes, zu dem ehemaligen Kronprinzen des Kaiserreiches Lösung. Wie kann man eine Radrennbahn ganz in der Nähe eines Tuberkulose-Krankenhauses, in der Nähe zweier Friedhöfe und des Volksparks, der einzigen Erholungsstätte der Neutöllner Bevölkerung, bauen, wo diese Grünstreifen seit Jahren als Dauerfreizeitanlagen erklärt worden sind. Gegen die Verschandelung der Hasenheide wandte Genosse Harnisch ein, daß eine sehr schöne und breite Parallelschraße in der Urbanstraße besteht und daß nach der Verbreiterung des Hermannsplatzes die Straßenbahn auch durch die Urbanstraße geleitet werden kann. Der Vertreter des Bezirksamtes, Stadtrat Sude, konnte die Ausführungen des Redners nur bestätigen. Erst am 7. Mai habe das Bezirksamt vom dem Bau erfahren, nachdem die Arbeiten bereits im vollen Gange waren. Bürgermeister Genosse Scholz konnte noch mitteilen, daß sich die Bezirksamter Neutölln und Kreuzberg gemeinsam gegen eine Verschandelung der Hasenheide wenden. Stiefmütterlich, wie Berlin zu Neutölln von jeher gestanden hat, wird in Berlin in maßgebenden Stellen der Plan erwogen, erst einen Teil der Hasenheide zu verbreitern und an Stelle der alten Bäume neue zu pflanzen. Erst wenn diese jungen Bäumchen das Alter der jetzigen erreicht haben, soll mit der anderen Seite begonnen und auf der Neutöllner Seite zuerst angefangen werden. (Heiterkeit und Protestrufe.) Die Versammlung nahm dann einstimmig eine Entschließung unserer Fraktion an, wodurch das Bezirksamt aufgefordert wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Weiterbau der Radrennbahn zu verhindern. Ebenso einstimmig wandte sich die Versammlung gegen den Umbau der Hasenheide.

Die Schwarzweilrotten machten sich wieder einmal lächerlich, indem ihr Sprecher, der überböltische Professor Dr. Danike, zwar dem Protest zustimmte, aber Verwahrung gegen die Einbeziehung des ehemaligen Kronprinzen in die Debatte durch unseren Redner einlegte. Einen schlechten Wit leisteten sich zum Schluß noch die Demokraten. In einem Dringlichkeitsantrage, dem natürlich nicht widersprochen wurde, wollten sie vom Bezirksamt wissen, warum den Roten Frontkämpfern zu Pfingsten der Volkspark überlassen werden soll. Die Ausführungen des Demokraten Bornemann bei der Begründung der Anfrage ließen nur zu deutlich ihre Verlegenheit erkennen.

Stadtrat Genosse Schneider erwiderte, daß durch Besprechungen mit den Kommunisten alle Maßnahmen getroffen sind, die Partisanen zu schonen. Im übrigen steht der Volkspark jeder Partei unter den gleichen Bedingungen zur Verfügung.

Nach der „Glanzleistung“ der Demokraten verzichteten selbst die Deutschnationalen mit ihrem Anhang auf jede weitere Aussprache.

### 16. Bezirk — Cöpenick.

Die Bezirksversammlung vom 12. Mai hatte keine umfangreiche Tagesordnung. Da die Kommunisten ihre bisher geübte Praxis des Dauerredens aufgaben, wurde die Sitzung schon nach einer Stunde beendet. Bei der vorzunehmenden Wahl eines besoldeten Stadtrats, der ein Schlußmann sein sollte, hatten sich die beiden Linksparteien auf den Vorschlag des Oberstudienleiters Goh-Berlin (Komm.) geeinigt, während die Bürgerlichen den Abgeordneten Dr. Woelffel-Friedrichshagen eintraten. Bei der Stimmenabgabe entfielen 19 Stimmen auf Goh, während für Woelffel 15 Stimmen abgegeben wurden. — Unsere Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Die Bezirksversammlung ist der Auffassung, daß die Unterhaltungsstätte der Wohlfahrtspflege in der allgemeinen Fürsorge für den Lebensunterhalt in Berlin nicht genügen. Sie fordert den Magistrat auf, den Richtsatz im Satz für Einzelpersonen, der zurzeit 33 M monatlich beträgt, auf den Satz der Erwerbslosenfürsorge, gleich 46 M monatlich, zu erhöhen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Ferner wurde ein Schreiben der Erwerbslosen dem Bezirksamt zugeleitet. — Ein Antrag des Bezirksamtes, die Autosperre für den Uferweg Grünau-Karolinenhof aufzuheben, wurde von der Versammlung nach dem Ausschussbericht unserer Genossen Klein einstimmig abgelehnt. Endlich wurde dem Bauungsplan für die Siedlung an der Schöneicher Straße in Friedrichshagen, sowie den Entwürfen zum Ausbau der Rieher und Müggelheimer Straße in Cöpenick zugestimmt.

### 19. Bezirk — Pantow.

Die letzte Bezirksversammlung in Pantow brachte neue Ueber-rassungen. Die Tagung wurde von der Angelegenheit des Stadtrats Fenten beherrscht, über die wir mehrfach berichteten. Da die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen nicht vollständig vertreten waren, hatten die Linksparteien in der Versammlung die Mehrheit, konnten also die Versammlung beschlußfähig machen. Die Fraktionen der SPD. und KPD. wählten jedoch einen anderen Beza. Stadtrat Fenten war in der Versammlung nicht anwesend. Genosse Jüttner erzwang vom Bezirksamt eine Antwort, daß Fenten zu

# ZUM PFINGSTFEST

schmückt sich die Erde mit einem schöneren Kleid  
Auch wir werden von dem gleichen Wunsche besetzt.  
Darum erwirbt jeder zum Frühling ein Paar neue  
Salamander-Schuhe - weil sie bei ihrer Schönheit  
gut und preiswert sind.

Beachten Sie besonders die Preislagen:

12<sup>50</sup>

14<sup>50</sup>

16<sup>50</sup>

Strümpfe in allen Farben

# SALAMANDER





# Die Meuterei der Admirale.

## Dittmanns Antwort an Brüninghaus.

Genosse Dittmann führte im Reichstagsuntersuchungsausschuss zur Erörterung der Ursachen des Zusammenbruchs weiter aus: Abg. Brüninghaus hat es als unwahr bezeichnet, daß von den Untersuchungsführern Terror geübt worden ist. Für die Richtigkeit meiner Behauptung liegen aber viele dokumentarische Beweise vor. Korvettenkapitän Behrke, Admiraltätsrat Dr. Fellisch und Staatssekretär von Capelle haben das Verhalten des Dobring in schärfster Form gerügt. Abg. Brüninghaus geht über diese Dinge einfach hinweg. Er konnte auch nicht bestreiten, daß Kriegsgerichtsrat Dr. Loeßch vier Todesurteile gestiftet hat auf die Aussagen des Lodsipfels Adams, von dem derselbe Dr. Loeßch erklärt hat, Adams sei ein Psychopath und Hysteriker, an dessen geistiger Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln sei. Dr. Loeßch hat selbst erklärt, daß er die Angeklagten vollständig in der Hand hatte.

Mit Objektivität und Gerechtigkeit hatte das Verfahren der Dobring und Loeßch gar nichts zu tun. In raffiniertester Weise wurden die Vernehmungprotokolle so abgefaßt, daß die Leute damit herein gerissen wurden.

So stützte sich die Anklage auf die Wendung, daß der „Friede um jeden Preis“ erstrebt werde. Tatsächlich haben die Matrosen niemals einen Frieden um den Preis einer Niederlage, einen Frieden, der von den Engländern diktiert werden könnte, gewollt; sie wollten einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Das Wort vom „Frieden um jeden Preis“ ist in die Vernehmungsprotokolle geschmuggelt worden, ohne daß den Leuten die Bedeutung dieser Wendung klargemacht wurde. Aus zahlreichen zeugeneidlichen Befundungen ist bewiesen, daß Dr. Dobring durch Todesdrohungen von den Matrosen Aussagen erpressen wollte, die bezeugen für die sozialistischen Abgeordneten wären. Unter anderem hatte er dem Reichstisch erklärt: „Schon das Eintreten für den annexionslosen Frieden ist vollendeter Verleumdung, der mit dem Tode bestraft wird.“ Daran wurde dann immer die Behauptung geknüpft, dem Tode könnten die Angeklagten nur entgehen, wenn sie unabhängige Abgeordnete ernennen ließen. Abg. Dittmann legt verschiedene Befundungen dieses Inhalts vor.

Sachse habe ihm, Dittmann, persönlich in Frankfurt daselbe gesagt.

Dobring habe den Krollker hingelagt und auf dem Papier einen Galgen gemalt und gesagt: Was wollen Sie? Erschossen oder gehängt werden?

Das sei doch zweifellos Bedrohung. Dobring soll auch erklärt haben, wenn er die Macht hätte, würde er die Erschossenen ausgraben und nochmals erschießen lassen. (Zuruf des Abg. Brüninghaus: Das ist alles nicht wahr!) Die Zeugen müßten vernommen werden. Bei einer anderen Gelegenheit soll Dobring gesagt haben: Wenn es nach mir ginge, dann würde ich die Seiden ausarbeiten und sie und die ganze Bande erschließen!

Abg. Dittmann kommt dann auf die Ablehnung der Kriegsgeschichtsräte Dobring und Loeßch als Richter wegen Befangenheit in verschiedenen Verhandlungen gegen Mannschaften zu sprechen. Das Gericht gab dem Ablehnungsantrag statt. Der Redner wendet sich erregt gegen die Unterstellung, er hätte falsch zitiert, die Akten gefälscht. Der Oberheizer Zapf habe ihm geschrieben, er habe eine falsche Aussage bezüglich angeblicher Spießtätigkeit gemacht, um sich vor höherer Strafe zu retten. Das habe er, Dittmann, lediglich festgestellt, ohne die Richtigkeit der Befundung des Zapf behaupten zu wollen. Mit keinem Wort ist Abg. Brüninghaus eingegangen auf die Feststellungen über die Tätigkeit des Lodsipfels, Heizer Borkowitsch.

Selbst Dobring als Gerichtsvorsitzender mußte im schriftlichen Urteil vom 10. Oktober 1917 wörtlich schreiben, besonders ansehbar erschien die Aussage des als Provokeur tätig gewesenen Zeugen Borkowitsch. Will der Abgeordnete Brüninghaus weiter behaupten, daß eine Tätigkeit von Lodsipfels nicht erwiesen sei?

(Abg. Brüninghaus [D. Ap.]: Ja!) Es gehört eine starke Stirn dazu, nach den vorliegenden Dokumenten noch dieses „Ja“ auszusprechen. Abg. Brüninghaus behauptet weiter, es habe tatsächlich ein schriftliches Programm der U.S.P. für die Flottenmeuterei vorgelegen. Dabei ist in dem Urteil gegen Sachse, Reichpietsch und Genossen selbst gesagt: „Wenn auch ein entsprechendes Programm schriftlich nicht niedergelegt sein mag, so waren doch sämtliche Angeklagten zugestandenemmaßen die Tendenzen desselben bekannt.“ Tatsächlich ist dieses angebliche Programm von Dr. Dobring willkürlich und tendenziös aus einzelnen Befundungen zusammengestellt worden. Nicht ein einziges Dokument ist in all den verschiedenen Verfahren ermittelt worden, das auf eine Verschwörung zur Wehrlosmachung der Flotte schließen läßt. Die Unterschriften sind nur geklopft worden unter Erklärungen für einen annexionslosen Frieden. Die Leute sind wegen ihrer politischen Gesinnung zum Tode und zu Zuchthaus verurteilt worden. Nach dem Urteil der maßgebenden Juristen der Marineverwaltung war das Urteil wegen vollendeten Zustands berechtigt.

Würde man bei der gegenwärtigen Verfolgung der Rechtsprechung die damaligen Urteilsgründe anwenden, dann wären ohne weiteres alle sehr Beteiligten wegen vollendeten Zustands zu verurteilen. (Sehr wahr links.)

Admiral Scheer hat damals selbst zugegeben, daß er selbst zwei der Todesurteile für nicht berechtigt halte, aber sie doch bekräftigt, weil einmal durchgegriffen werden müsse. Der sehr ruhige Jurist Landsberg hat von dem Urteil gesagt: „Hier handelte es sich nicht um Justizmord, sondern um glatten Mord!“ Die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß die Rechtsberater der Marineleitung die Todesurteile als Fehlurteile bezeichnet haben und daß Admiral Scheer sie doch bekräftigt hat. Die von Brüninghaus zitierten Äußerungen von Scheidemann und Roste gegen die Führer der U.S.P. beweisen nur, wie groß damals die gegenseitige Feindschaft war, wie wenig irgend eine Seite geneigt war, die U.S.P. zu schonen. Wenn trotzdem gegen sie nichts erwiesen wurde, so ist das umso bezeichnender. Der jetzige Außenminister Dr. Stresemann kritisierte in einer Broschüre „Deutsche Gegenwart und Zukunft“ das Vorgehen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs v. Capelle bei der Erörterung der Wilhelmshavener Vorgänge. Er schreibt: „Was war es denn, was die Erregung jener Tage verursachte und was mit dem Namen Dittmann und was damit zusammenhängt ganz und garnichts zu tun hat, es war im Zusammenhang mit Beschwerden über das schlechte Essen die Bewegungskomitee der Flotte.“

Abg. Dittmann geht dann ein auf das vorliegende Aktenmaterial:

47 Schiffsakten, 13 Akten des Reichsmarineamts und 14 Akten des Oberreichsanwalts. In den letzteren seien alle Beschuldigungen gegen die U.S.P. sorgfältig zusammengetragen. Und diese letzteren Akten habe der Abg. Brüninghaus überhaupt nicht angesehen. (Hört, hört!) Daraus ergebe sich ein ganz anderes Bild als aus den Untersuchungsakten. Das sei nicht nur eine Allegiererei gegenüber dem Ausschuss, sondern eine bodenlose — Klugheit.

Die zusammengefaßten Vernehmungsprotokolle seien in den Urteilen meist zusammengebrochen, auch die Urteile selbst seien noch gefälscht. Das Reichsmarineamt sei sich dieser Divergenz auch bewußt gewesen. Der Oberreichsanwalt sage, ein ausreichender Verdacht gegen Zivilpersonen habe sich nicht ergeben, so schwer man auch das Verhalten der Mannschaften beurteilen mag. Daß Dittmann und Frau Abg. Nieß irgend etwas getan hätten, was als Aufforderung zur Gewalt betrachtet werden könne, sei nicht festzustellen. Dittmann könne sich vielmehr vorichtig juristisch halten zu haben. Abg. Dittmann bezeichnet es als unverantwortlich, daß man seitens der Gerichte auf den Schiffen die beschuldigten Abgeordneten der U.S.P. nicht vernommen habe, wie es von diesen gefordert worden sei. Aber auch von einer „moralischen Wilschuld“ der U.S.P. könne keine Rede sein. Er, Dittmann, sei der Ansicht, daß die Rechtsputzschiffen sich längst strafbar gemacht hätten. Die von Brüninghaus angeführten Proteste von Marinevereinen seien tatsächlich bestellte Arbeit gewesen. Die erwähnten dreißigtausend ehemaligen Marineangehörigen stellten übrigens nur einen kleinen Teil der gesamten Marineangehörigen dar. Es sei doch nicht zulässig gewesen, daß sich Marineoffiziere auf ihre Kosten eine bessere Kost verschaffen konnten. Der Abg. Dittmann verliest Befundungen einzelner Mannschaften, wonach in den Offiziersmessien geschlemmt und Feste gefeiert wurden. Ein Matrose vom großen Kreuzer „von der Tann“ bezeuge, daß es beim Besuch Rostes ausgeschiedenes Essen gab. Es sei den Mannschaften nicht möglich gewesen, bei Roste, der immer in Begleitung eines Offiziers war, Beschwerden vorzubringen. Wie der Geist der Mannschaften durch die Wirtschaft der Marineleitung verdorben wurde, beweist

die Gegenüberstellung zweier Briefe eines Matrosen, der von 1911 bis zum Ende des Krieges auf der „Dojen“ diente.

Am 1. April 1915 schrieb er seinem Onkel: „Schon acht Monate Krieg und noch immer kein Gefecht. Das ist nicht nach meinem Sinn. Ich will ran an den Feind und möchte mich am liebsten jeden Tag mit dem Gefindel herumschlagen!“ Am 14. Februar 1918 schreibt derselbe Mann seinem Onkel durch einen Ulauber einen Brief, in dem er bittere Klage führt über das ungenießbare Essen und die Propaganda für die Vaterlandspartei, von der kein Matrose etwas wissen wolle. Erst als die Mannschaften wegen des schlechten Essens einmal den Dienst verweigerten, sei es besser geworden. „Ein Glück“, so schließt der Brief, „daß unsere Offiziere so vernünftig waren, kein beizugeben, mer weiß, was jaßt posstert wäre, wir waren zum Aufstehen entschlossen!“ In einem weiteren Brief eines Deckoffiziers wird bittere Klage geführt über die mahlige Ueberhebung der Seeoffiziere und die Jurisdiktion der Fachoffiziere und der Ingenieure. Der Vorsitzende der Ingenieur-omärterkommission schreibt: „Man sollte den Ingenieurbestand nur aus dem Mittelstand und Ständen unter dem Mittelstand ergänzen. Wir werden damit erreichen, daß die Ingenieure von selbst in die untergeordnete Stelle zurückkehren, die ihnen zukommt. (Hört, hört!) Die Annahme dieser Ingenieure wird immer größer; ein verheirateter Ingenieur hat sogar bei einem Seeoffizier Besuch gemacht.“ (1) 1918 war den Feuerwerks- und Torpedoeffizieren gestattet worden, das Mittagessen im Offizierskafino einzunehmen. Bald wurde aber von den Vorgesetzten gemeldet, dieses Entgegenkommen sei schändlich gemißbraucht worden.

Die Fachoffiziere hätten die „Unerschämtheit“ befallen, noch nach dem Essen im Kasino zu bleiben und das Konzert mitanzuhören. (Hört, hört!)

So sah es mit der Kameradschaft aus, die die Seeoffiziere den Deckoffizieren und Mannschaften gegenüber übten. Abg. Brüninghaus hat während des Krieges in einem Gespräch mit dem damaligen fortschrittlichen Abgeordneten Hubrich, über das dieser berichtet, gesagt, als Weihnachtsgeschenk würden jetzt die Deckoffiziere das Recht auf die Anrede „herr“ erhalten. (Hört, hört!) Abgeordneter Dittmann weist auf die Verheerung eines Geisteslichen vom August 1917 hin über ungerechte und selbststüchtige Verteilung von für die Mannschaften bestimmten Liebesgaben, über Mißbrauch der Disziplin, schlechteres Essen von sieben Gängen usw., das untergrabe die Gebefreudigkeit und untergrabe die legensreiche Tätigkeit des Roten Kreuzes. Ein anderer Zeuge berichtete von Unterdrückungen von Menage durch einen Deckoffizier und Verschlebung an Schlemmerlokale in Wilhelmshaven. Ein anderer Zeuge, den Abg. Dittmann anführt, gibt über das Leben der Offiziere an Bord vor Zeebrügge eine anschauliche Schilderung und bemerkt, er habe sich dadurch ungewildert gefühlt, daß in der Offiziersmesse Mädchen aus Freudenhäusern mit den Offizieren aßen und tranken und von den Mannschaften bedient werden mußten. Die Mädchen wurden oft pudelmatt ausgezogen und mit Offiziersuniformen bekleidet. — Aus dem Material, das der fortschrittliche Abgeordnete Struwe erhalten hat, verliest Abg. Dittmann

eine ganze Anzahl von Berichten über Schiebereien und Gelage von Seeoffizieren. In Gegenwart der Mannschaften, die sehr schlechte Kost erhielten, hätten die Offiziere geschlemmt und in schwer betrunkenen Zustände die unfähigsten Schmutzerien getrieben.

Das Material ist vom Abg. Struwe mit allen Details und der Angabe aller Beweismittel dem Staatssekretär von Capelle übermittelt worden, aber der Erfolg war nur, daß eifrig nach den Angebern geforscht wurde. Der streng konservative Professor Birk-Labbingen macht in dem Organ seiner Butschenschaft für die Novembervorgänge in Kiel ausschließlich das skandalöse Treiben der Marineoffiziere verantwortlich.

In seinen Schlussausführungen erklärt Abg. Dittmann: In seinem vorläufigen Korreferat vertrat Abg. Brüninghaus den Standpunkt, der Flottenvorstoß von 1918 sei mit Zustimmung der Reichsregierung erfolgt. Als das widerlegt wurde, meinte er, die Zustimmung der Regierung sei staatsrechtlich gar nicht erforderlich gewesen. Tatsächlich war aber der Kern der mit der Berufung des Prinzen Max von Baden verbundenen Verfassungsänderung der Uebergang der Verfügungsgewalt bei solchen Maßnahmen an die Reichsregierung.

Schon vor dieser Verfassungsänderung aber vertrat die Admirale selbst die Meinung, daß der Einlaß der Hochseeflotte ein politischer Akt sei, über den die Regierung zu entscheiden habe.

Darum konnten sie während des ganzen Krieges die Flotte nicht einsehen. Wie sollten sie nun die Berechtigung dazu fühlen, ausgerechnet während des Waffenstillstandes. Der damalige Staatssekretär v. Beyer und der damalige Reichskanzler Max v. Baden erklärten, daß sie bei den Unterredungen mit Admiral Scheer nicht von dem beabsichtigten Flottenvorstoß unterrichtet worden sind. Auch der Besuch der Admirale Brüninghaus und Trotha beim „Vorwärts“-Redakteur Kuttner im November 1918 diene dem Zweck, die Absicht einer Schlacht mit der englischen Flotte zu verleugnen. Im Gipfelgespräch mit dem Reichskanzler Prinz Max und dem Staatssekretär v. Mann hatte der „Vorwärts“-Chefredakteur Stämper ein Flugblatt zur Verbreitung unter den Matrosen verfaßt, in dem ausgeführt wird, ein Flottenvorstoß sei gar nicht beabsichtigt.

Die Admirale hatten die Regierung belogen. Daß damals eine Seeschlacht mit England keine Siegesaussichten für die weit schwächere Flotte bot, ist von den verschiedensten Marinefachleuten zugegeben worden, auch vom Admiral Scheer, der sich damit selbst widersprochen hat.

Jetzt wird aber verständlich, warum Admiral Scheer bei der Einschränkung des U-Boot-Krieges erklärte, dann müßte der U-Boot-Krieg überhaupt eingestellt werden. Man wollte damals schon die U-Boote heimlich zusammenziehen für den geplanten Flottenvorstoß. In einem geheimen Befehl des Admirals v. Hipper vom 4. November 1918 wird immer wieder betont, daß die Marine den Befehlen der Regierung gehorcht. Den Kaiser hatte der kaiserliche Admiral damals offenbar schon über Bord geworfen. Die Admirale suchten sich damals immer hinter der Regierung zu verziehen. Erst jetzt werfen sie sich in die Heldentose und jagen, sie hätten auch ohne Zustimmung der Regierung den Flottenvorstoß unternehmen können.

Ein Schuldbekennnis ist auch enthalten in dem Brief, den Admiral Scheer am 3. Januar 1919 an den Staatssekretär Ritter v. Mann gerichtet hat.

Der Admiral dankt da dem Staatssekretär für die Unterstützung seiner Pensionsansprüche und sagt, „der Bescheid eröffnet mir einige Aussicht, mit einem blauen Auge aus der Gefechtsbeurteilung“. Admiral Scheer mußte eben, daß sein Vorgehen durchaus nicht einwandfrei war. Die Rohrenwände des Abg. Brüninghaus an den Admiralen ist mißglückt. Es bleibt bei der Rebellion der Admirale, es bleibt dabei, daß die Heizer und Matrosen sich gegen diese Rebellion der Admirale und nur gegen sie gemandt

Von Kennern vorgezogen, weil

# BESONDERS ELEGANT UND PREISWERT

12<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 18<sup>50</sup>

# MERCEDES

In Berlin: Friedrichstraße 61 / Tauentzienstraße 14 / Potsdamer Straße 55 / Brunnenstraße 194

haben und daß sie nicht daran gedacht haben, irgendwie die Verteidigung des eigenen Landes lahmzulegen.

In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Brünninghaus zunächst die Annahme zurück, daß er einen großen Teil der Aktien gar nicht durchgearbeitet habe. Er kommt dann auf seinen Besuch in der Redaktion des „Vorwärts“ zu sprechen, den er darauf hinweisen wollte, daß der im „Vorwärts“ erschienene Artikel „Wie es kam“ nicht den Tatsachen entspreche, sondern nur geeignet sei, den ins Feuer zu gießen. Er habe diesen Besuch in Begleitung von Admiral v. Trotha und nach einer Rücksprache mit Roste unternommen, um beruhigend zu wirken, er habe dann mit dem Redakteur Ruttner, der sich als Verfasser des Artikels bezeichnete, gesprochen. Für die Hebung des Deckoffizierkorps sei er seit jeher eingetreten. Tatsache sei es aber, daß viele Deckoffiziere die Anrede „Herr“ von ihren Vorgesetzten gar nicht richtig verstanden haben würden. (1) Der Sohn des Abg. Kell sei, soweit er wisse, feinerzeit von der Marine sehr begeistert gewesen. Er sei bereit, den Abgeordneten Kell über die Meinung seines Sohnes zu befragen, damit man auch ein Urteil von anderer Seite höre. Ditmann habe heute in seinem Vortrag zum größten Teil seine früheren Behauptungen wiederholt. Durch eine bloße Wiederholung könnten aber unrichtige Behauptungen nicht in richtige verwandelt werden. So komme man nicht weiter.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen. Die nächste (nicht öffentliche) Sitzung wird am 8. Juni stattfinden.

### Blücherbund und Feme.

#### Die Zeugenvernehmungen zum Fememord an Bauer.

Nach der Vernehmung Ernst Bergers, über die wir schon berichteten, wurde in der gestrigen Sitzung des Femeausschusses des Reichstags dessen Bruder Johann Berger vernommen, der wegen Begünstigung des Nordes an Bauer unter Zuerkennung von Bewährungsfrist 7 Wochen Gefängnis verbüßt. Seine Vernehmung ergibt nichts Wichtiges. Den Blücherbund bezeichnet er als militärische Organisation. Der Zeuge erklärt, selber nie jemand eidlich verpflichtet zu haben. Er selber sei vom Vorsitzenden Schäfer durch Handschlag verpflichtet worden. Die Verpflichtung habe nur darin bestanden, etwaige Waffenbestände der Einwohnerwehr zu verschweigen. Ueber die Folgen eines Bruches dieser Verpflichtung sei nie etwas gesprochen worden.

Zeuge Felig Kumüller erklärt über die Statuten des Blücherbundes, daß bei Abzweigung einer Gruppe Schleißheim allerdings von Bestrafung des Verrats die Rede war. Die Formel: „Verräter verfallen der Feme“, sei von einem Kaufmann Hug beantragt worden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Sache erledigte sich durch den Prozeß Nachhaus. Der Vorsitzende fragt, was der Zeuge unter „Feme“ verstehe. Der Zeuge erklärt, er verstehe darunter Beseitigung mihliebig gewordener Personen im Interesse der Sache. Diese Anschauung habe man allgemein im Bunde gehabt. Dr. Ruge habe ausdrücklich die Feme empfohlen und auch die Gründung einer „Feme“ befürwortet, die über dem Bund stehe als Gericht, dem sich auch die Führer zu unterwerfen hätten. Im Fall Bauer sei davon gesprochen worden, daß ein Fememord vorliege.

Die Zeugen werden vereidigt. Die nächste Sitzung findet am 4. Juni statt.

### Preußens Hauszinssteuer.

#### Beschlüsse des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß des Landtages nahm am Donnerstag zur neuen Hauszinssteuervorlage Stellung. Der Finanzminister teilte mit, daß man für dieses Jahr mit einer Hauszinssteuereinnahme von 850 bis 860 Millionen rechnen könne. Die von sozialdemokratischer Seite geforderte Heranziehung der Landwirtschaft wurde mit 16 gegen 11 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Für Einfamilienhäuser wurden bei einer Wohnfläche von nicht mehr als 90 Quadratmeter unter bestimmten Voraussetzungen verschiedene Steuererleichterungen beschlossen. Zugunsten der Winderkernmittelten wurde ein Antrag angenommen, wonach der Finanzminister die Steuer, wenn deren Einziehung eine unbillige Härte darstellt, ganz oder teilweise zu erlassen oder zu stunden hat. Insbesondere ist die Steuer zu stunden oder niederzuschlagen bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen, soweit der Ruhungsberichtigte und die ihren Haushalt teilenden Familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder Einkommen von nicht mehr als 1200 M. beziehen. Bei Vorhandensein von Familienangehörigen tritt eine Erhöhung der 1200 M. um je 100 M. pro Angehörigen ein. Ferner hat die Stundung und Niederschlagung bei Sozialrentnern, Kleinrentnern, Kriegsbeschädigten usw., soweit sie Mieter sind, zu erfolgen.

Die Geltungsdauer des Gesetzes wurde bis zum 31. März 1928 begrenzt. Vom 1. Juli 1928 ab dürfen die Gemeinden Zuschläge zur Hauszinssteuer nicht mehr erheben.

## Gewerkschaftsbewegung

### Der Streik im Großkraftwerk Rummelsburg.

#### Die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Am Donnerstag hielten die Streikenden vom Großkraftwerk Rummelsburg eine Versammlung ab, in der sie zu dem Ergebnis der Verhandlungen am Dienstag, unter Vorsitz des Stadtrats Schlichting, Stellung nahmen. Genosse Fuchs vom Metallarbeiterverband gab den Bericht von der Verhandlung. Danach hat sich der Verband der Berliner Metallindustriellen zuerst hartnäckig geweigert, Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Auch bei den Verhandlungen selbst hat er noch erklärt, daß jedes Verhandeln zwecklos sei. Wenn die Verhandlungen nicht gescheitert sind, so deshalb, weil der den Vorsitz führende Stadtrat und die Verhandlungskommission der streikenden Arbeiter immer wieder versuchten, zu einem Ergebnis

des Streiks abzubrechen, sondern mit Rücksicht auf die mit der Niederaufnahme der Arbeit und die Fortführung des Streiks der Bergarbeiter verbundenen Schwierigkeiten fortzusetzen. Der Generalrat hat sein Mitglied H. H. Bursell beauftragt, mit verschiedenen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen wegen Beschaffung weiterer Mittel zu verhandeln.

### Generalstreik in Luxemburg?

Luxemburg, 20. Mai. (W.F.B.) Die luxemburgischen Gewerkschaften haben laut „Luxemburger Tageblatt“ beschlossen, nächsten Dienstag den Generalstreik zu proklamieren, wenn bis dahin ihre Lohnforderungen nicht bewilligt sind. Die Erzarbeiter von Aulus und Griencee haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen eine zehnprozentige Lohnaufbesserung zuerkannt wurde.

### Zur Lage in England.

London, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter haben in ihrer Delegiertenkonferenz am Donnerstag die Baldwin'schen Vorschläge beraten. Die Konferenz nahm eine Resolution an, in der erklärt wird, daß die Bergarbeiter mit dem von Baldwin in Uebereinstimmung mit dem Kohlenbericht gemachten Reorganisationsvorschlägen in weitem Maße übereinstimmen. Die Delegierten erklären jedoch, daß sie nicht imstande seien, den Bergarbeitern die Regierungsvorschläge auf Herabsetzung der Löhne zu empfehlen, da bereits die gegenwärtigen Löhne kein menschenwürdiges Dasein für die Bergarbeiter ermöglichen. Ferner protestieren die Bergarbeiter gegen den von Baldwin geplanten Lohnausgleich wegen seiner Befugnis, das nationale Lohnminimum durch eine bezirksweise Mindestlohnregelung zu ersetzen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, nachdem die Delegierten aus dem Munde ihrer Führer eine Darstellung der Baldwin'schen Vorschläge erhalten hatten, wie sie sich im Lichte der von der Regierung den Bergarbeitern gegenüber abgegebenen Erklärung darstellte.

Auch die Bergbauunternehmer haben am Donnerstag verhandelt. Es verlautet, daß sie Gegenvorschläge aufgesetzt haben. Es ist zu erwarten, daß am Freitag mit der Exekutive der Bergarbeiter verhandelt wird. Die Bergarbeiterkonferenz hat sich auf Freitag vertagt, um die finanziellen Streitfragen zu erörtern.

### Die Hafnarbeiter nehmen die Arbeit wieder auf.

London, 20. Mai. (F.P.) In Bristol wurde nach einer zehntägigen Konferenz zwischen Arbeitgebern und den Transportarbeitern beschlossen, daß die Hafnarbeiter heute, Freitag, die Arbeit wieder aufnehmen werden.

### Die Arbeitslosigkeit in England nach dem Streik.

London, 20. Mai. (Z.N.) Wie das englische Arbeitsministerium bekannt gibt, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien in der am 10. Mai endenden Woche 1576000, das sind 470084 mehr als in der Vorwoche und 891749 mehr als vor einem Jahr. Außer diesen 1576000 Arbeitslosen sind noch weitere 825000 Ansprüche von Leuten angemeldet worden, die infolge des Bergarbeiterstreiks arbeitslos geworden sind. Daneben liegen noch 200000 weitere Ansprüche aus anderen Industrien vor.

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

## Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Bezugs-geld für den kommenden Monat zu bezahlen, sobald die Post mit der Einziehung beginnt. Für Abonnementserneuerungen nach dem 24. erhebt die Post eine Verspätungsgebühr von 20 Pfennig.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

zu kommen. Nach stundenlangen Verhandlungen ist es dann zu dem Resultat gekommen, das im „Vorwärts“ am Mittwoch bereits mitgeteilt wurde. Besonders umstritten war Punkt 8 der Vereinbarungen, der besagt, daß alle Arbeiter bei Beendigung des Streiks wieder eingestellt werden, wovon die Unternehmer durchaus nichts wissen wollten.

Nachdem Genosse Fuchs noch mitgeteilt hatte, daß die Verhandlungskommission nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis gekommen sei, der Belegschaft die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge zu überlassen, setzte eine sehr lebhafte Diskussion ein, in der nur Stimmen für Ablehnung laut wurden. Es wurde bemängelt, daß die geforderte Gehaltszulage nicht bewilligt worden sei; für die qualifizierten Arbeiter sei auch nichts herausgekommen und die Kesselschmiede sollen ganz leer ausgehen. Daß der Einstellungslohn um fünf Pfennig heraufgesetzt worden sei, sei wichtig, genüge aber nicht. Die darauf vorgenommene geheime Abstimmung ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 469 Stimmen. Davon stimmten 347 für Fortsetzung des Streiks und 118 dagegen. Der Streik soll weitergehen, obwohl die Zweidrittelmehrheit, an der allerdings nur 19 Stimmen fehlen, nicht erreicht ist.

### Gegen die Brutalität der bayerischen Unternehmer.

Wie wir im gestrigen Morgenblatt berichteten, haben die Unternehmer in der bayerischen Großindustrie und im Großhandel zum 30. Juni sämtlichen etwa 25000 Angestellten gekündigt, um ihnen „den Brotkorb höher zu hängen“, Gehälter und soziale Tarifbestimmungen gründlich abzuhauen.

Wie uns aus München mitgeteilt wird, hat diese brutale Maßnahme bei den Angestellten und den Arbeitern ungeheure Erregung ausgelöst, da bei Aufrechterhaltung der Kündigung die Stilllegung der gesamten bayerischen Wirtschaft droht. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb im Landtag eine Interpellation eingebracht, worin die Regierung gefragt wird, welche Schritte sie zu unternehmen gedenkt, um die drohende Katastrophe abzuwenden.

### Internationale Unterstützungsfaktion für England.

(Z.N.B.) Der Generalrat des englischen Gewerkschaftsbundes hat nachträglich den Wunsch ausgesprochen, die Unterstützungsfaktion für England nicht wie üblich mit Beendigung

## Verdauung und Schlaflosigkeit.

Es ist ganz unmöglich, daß Sie gut schlafen können, wenn Ihre Verdauung nicht gut ist. Wenn Ihre Nachtruhe durch Schlaflosigkeit oder Alpträumen gestört wird und Sie sich beim Aufwachen matter als beim Zubettgehen fühlen, so liegt das oft an Ihrer Verdauung. Fast bei allen Verdauungsstörungen ist ein Uebermaß von Säure im Magensaft vorhanden, und um diese Säure zu neutralisieren ist Biferite Magnesia unübertroffen. Ein halber Kaffee-löffel Biferite Magnesia in etwas Wasser eingenommen läßt saures Aufstoßen, Blähungen, Sodbrennen, Schwere im Magen und noch viele andere Beschwerden, welche Ihnen Ihre Ruhe stören können und Sie manchmal so nervös machen, sehr schnell verschwinden. Biferite Magnesia ist in allen Apotheken käuflich und ein kostbares Mittel für alle, welche an Magen leiden, denn sie heilt alle Krankheiten der Verdauungsorgane.

Biferite Magnesia kommt in Flaschen gefüllt zum Verkauf und ist daher unbegrenzt haltbar.

# Zum Pfingstfest Kaiser's Fest-Kaffee

## Im Geschenkbeutel

zu den ermäßigten Preisen M. 3.20, 3.60, 3.80, 4.00, 4.20, 4.40 das Pfund

Kaiser's Kaffee

M. 2.40, 2.60, 2.80 das Pfund

Kaiser's Tee

M. 4.00, 4.60, 5.20, 6.00, 7.00, 8.00 das Pfd.

feine Mischungen, lose und in Paketen zu 100 u. 50 g

## Unsere Sonder-Angebote

täglich bis zum Fest

Kaiser's Kaffee „Marke Kaffeekanne“ 1/2-Pfd.-Paket M. 1.65

Kaiser's Kaffee „Sorte Ausnahme“ . . . . 1/2 Pfd. M. 1.30

Kaiser's Tee „Ceylon-Spez.-Mischung“ 1/10-Pfd.-Pak. 60 St. 1/8-Pfd.-Pak. M. 1.20

Kaisers Schokolade  
Kakao, Pralinen und Keks

### Unsere Filialen:

<b>N.</b> Badstr. 13 Brunnenstr. 76 Chausseestr. 39 Danziger Str. 20 Greifswalder Str. 1 Kastanienallee 28 a Landberger Allee 20 Müllersstr. 106 Reinholdenfelder Str. 18 Schönhofener Allee 110 Treskowstr. 18	<b>W.</b> Culmb. 1 Genöliner Str. 26 Gleditschstr. 65 Lützowstr. 80 <b>NW.</b> Alt-Moabit 112 Bismarckstr. 29 Luisenstr. 43/44 Stephanstr. 42 Turmstr. 47 a Wilhelmstr. 30 <b>C.</b> Alte Sobhanauer Straße 30 <b>Charlottenburg</b> Augustenburger Str. 54 Süde Passauer Str. Berliner Str. 115 Dankolmannstr. 56 Grimmanstr. 14 Holtzendorferstr. 4 Kaiser-Friedr.-Str. 56 Kantstr. 36 Kneipstr. 19 Koenigsplatz 8 Krausenstr. 15 Taschengarten Str. 12 Ullmannstr. 82 Wilmersdorfer Str. 71	<b>Spendau</b> Breite Straße 40 Hamburger Str. 35 Jägerstr. 1 Neuendorfer Str. 5 Potsdamer Str. 1a Schönwalder Str. 28 <b>Berlin-Lichtenberg</b> Bachgarden Str. 65 Frankfurter Allee 181 Frankfurter Allee 224 Wilhelmstr. 10 <b>Berlin-Wilmersdorf</b> Berliner Str. 131 Nürnberger Str. 20/24 Olivar Platz 2 Weststr. 20 <b>Neukölln</b> Bergstr. 140 Hermannstr. 48 Hermannstr. 119 Kaiser-Friedrich- Straße 242 <b>Berlin-Steglitz</b> Koblenzstr. 85 Koblenzstr. 85 <b>Berlin-Schöneberg</b> Kolonnenstr. 48 Tempelhofer Str. 21	<b>Berlin-Oberschöneberg</b> Edlmannstr. 38 Wilmannsplatzstr. 41 <b>Berlin-Adlershof, Himmelsstr. 25</b> Baumsehofweg, Baumsehof- straße 79-99 <b>Britz, Chausseestr. 47</b> Friedrichstraße, Berliner Str. 48 Hermesstr. Bahnhofsstr. 17 Hohenschönhausen, Berliner Str. 113 Lichterstraße-W. Hinderburgdamm 55 Markenstraße, Chausseestr. 34 Pankow, Schönholzer Str. 1 Reinholdenfelder, Reichenstr. 109 Reinholdenfelder, Reichenstr. 109 Südende, Steglitzer Str. 25 Südkreuzerstr., Breite Str. 23 a Tegel, Berliner Str. 9 Tempelhofer, Gärtners Str. 55 Waldowstr., Berliner Allee 242 <b>Weitere Filialen in</b> Cöpenick, Schillerstr. 1 Friedrichshagen bei Berlin, Fried- richstr. 21 Neuzelle, Friedrichstr. 38 Pankow, Baumsehofstr. 28 - Himmelsstr. 28
--	---	--	--

# KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Troubadour  
Schauspielhaus  
8 Uhr: Moders  
Schiller-Theater  
8 1/2 Uhr: D. Geschwister.  
Der zerbr. Krug

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 Uhr:  
**Lohengrin**  
Abonn.-Turnus II

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-35  
Zum 15. Male  
8 Uhr:  
**Viktorie**

**Kammerspiele**  
Norden 10334-35  
8 Uhr:  
**Week-end**  
(Heber's Sonntag)

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 7510  
8 Uhr:  
**Theater!...**

**Residenz-Theat.**  
8 1/2 Uhr: Verbotene  
Küsse  
Eugen Rex, Metelka  
Pr.: 75 Pl. bis 4 M.

**Theat. d. Westens**  
8: Gräfin Mariza  
Operet. v. Kaiman  
50 Pfg. bis 6 Mk.  
(Keine Bons)

**SCALA**  
8 Uhr:  
**Internat. Varieté**

Sonntags 8.30 zu  
ermäß. Preisen d.  
volle Programm  
Theaterkasse:  
Lützow 7557

**Sarowky-Bühne**  
Theater  
Königsplatz 2110  
8 Uhr:  
**Dr. Schmidt**

**Homödienhaus**  
Tel.: Norden 6304  
8 Uhr:  
**Der Garten Eden**

**Die Tribüne**  
Tel.: Wilhelm 5365  
8 1/2 Uhr:  
**Der Rubikon**

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr: Lili  
muh  
betrauen

**Volksbühne**  
Theater am Dillowplatz  
7 1/2 Uhr:  
Uraufführung  
**Das trunkschiff**  
Morgen 8 Uhr:  
**Das trunkschiff**

**Die Freier**  
Morgen 8 Uhr:  
**Die Freier.**

**Großes Schauspielhaus**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Alt-Heidelberg**  
Gastspiel Alfred Braun  
Verlängert bis 31. Mai 1926

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: Dir. James Klein  
**BERLIN**  
ohne  
**HEMD!**  
Die gewaltigste Revue  
200 Mitwirkende  
Sommerpreise

**Circus Busch**  
An allen 3 Pfingst-Festtagen:  
3 je 2 gr. Festvorstellungen { 7 1/2  
Uhr. ermäß. Pr. Klein. Abendpreise  
25 Pf. b. 25 M. I. Last 50 Pf. bis 4 M. I. Last  
Das große Circus-Programm u. z. Schluß:  
Es klappert die Mühle von Sanssouci  
Jahrd. der Spielzeit: 30. Mai wieder!

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr und an beiden  
Pfingstfesttagen nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Neu! „Ein Hausball bei Meyer's“  
Berliner Beiträge von Myral  
Neben. halbe Preise, volles Programm.  
Donner-Brettel (Saal u. Gart.)  
Varieté! - Konzert! - Tanz!

**Deutsches Kunst-Theater**  
8 Uhr:  
**Ein Walzertraum**  
Th. u. Kurfürstendamm  
Tägl. 8 Uhr:  
**Robbun od. Die neue Fassade**

**Wallner-Theater**  
8 Uhr:  
**Der heilige Brunnen**  
Blanco Posnets  
Erweckung

**Metropol-Theat.**  
Gastsp. des Th. am  
Kurfürstendamm.  
8 1/2 Uhr: Die  
**Nacht der Nächte**

**Casino-Theater**  
Täglich 8 Uhr  
Nur noch wenige  
Auführungen  
**Das verlorene Paradies**  
(D. Recht auf Arbeit)  
u. das bunte Prog.

**Central-Theater**  
8 Uhr: Eva Bonheur  
Ilka Grünlog

**Pfingst-kuchen!**  
Kartkuchen,  
Stollen,  
Torten,  
gefüllte  
Kuchen  
Berlins!  
Nur Dresdener  
Butter-Bäckerei, Konditorei u. Café  
**Richard Richter**  
Berlin SW., Zimmerstraße 84  
u. d. Friedrichstr. Tel. Ztr. 1365.

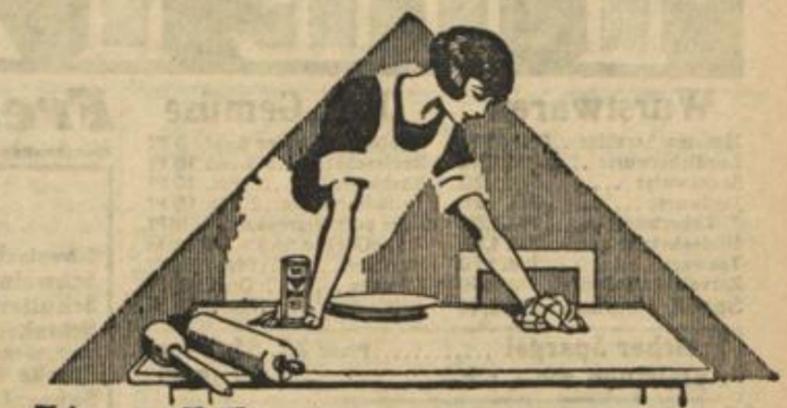
**ULAP**  
PFINGSTEN GEÖFFNET  
1. und 2. Feiertag  
Beginn 8 Uhr früh  
**Früh-Konzert**  
1. 2. 3. Feiertag  
Beginn 4 Uhr nachm.  
Mittler-Doppelkonzert  
Brilliant - Feuerwerk  
Belustigungen  
verschiedener Art.  
Eintritt 30, Kinder 20 Pfg.  
DER VERGNÜGUNGS-PARK  
DER BERLINER AM LEHDTOR, BAMMEL

**Theater a. Kottb. Tor**  
Tägl. 8 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
Baumbotte  
in Werder

**Damitt**  
Rosen-  
thaler Str.  
46-47  
Was ich bietet, kann Sie nur  
Ihr Besuch überzeugen!  
Tausende Familien machen von  
meinem Kreditystem Gebrauch.  
Gesamtfläche in 4 Etagen  
**Auf Teilzahlung**  
mit geringer Anzahlung  
**Herren-Kleidung**  
**Sport-Kleidung**  
**Damen-Kleidung**  
**Kinder-Kleidung**  
Gardinen, Teppiche, Stoppdecken  
Wäsche, Oberbekleid., Hüte, Stühle  
**Riesen-Möbellager**  
Vertrags-Lieferant von  
Beamten-Verbindungen

**Oberpostdirektion Frankfurt (Oder)**  
Fahrplan der Kraftpost  
**Calau Bf. - Vetschau - Burg (Spreewald)**  
(am 16. Mai eröffnet)

Eisenbahnschüsse:		Kraftwagenfahrt:	
608	144	ab Cottbus . . . . . an	1007 328
—	1220	ab Lübbenau . . . . . an	1011 421
945	217	ab Dobrilugk-Kirchhain . . . . . an	1057 503
900	133	ab Senftenberg . . . . . an	1110 498
Kraftwagenfahrt:		Eisenbahnschüsse:	
950	390	an Cottbus . . . . . ab	806 118
955	315	an Lübbenau . . . . . ab	952 326
1020	330	an Berlin, Görl. Bf. . . . . ab	— —
—	542	an Dobrilugk-Kirchhain . . . . . ab	1007 632
625	1014	an Senftenberg . . . . . ab	1110 498
—	100	an Cottbus . . . . . ab	806 118
—	100	an Lübbenau . . . . . ab	952 326
—	708	an Berlin, Görl. Bf. . . . . ab	— —
—	1015	an Dobrilugk-Kirchhain . . . . . ab	1007 632
531	909	an Senftenberg . . . . . ab	1110 498
Kraftwagenfahrt:		Eisenbahnschüsse:	
725	1040	an Cottbus . . . . . ab	806 118
745	1100	an Lübbenau . . . . . ab	952 326
—	410	an Berlin, Görl. Bf. . . . . ab	— —
—	430	an Dobrilugk-Kirchhain . . . . . ab	1007 632
—	12	an Senftenberg . . . . . ab	1110 498
950	250	an Cottbus . . . . . ab	806 118
—	1240	an Lübbenau . . . . . ab	952 326
—	730	an Berlin, Görl. Bf. . . . . ab	— —
—	815	an Dobrilugk-Kirchhain . . . . . ab	1007 632
—	620	an Senftenberg . . . . . ab	1110 498



**Ihre Küchengeräte**

müssen ebenso wie Ihr Koch- u. Tischgeschirr stets sauber und appetitlich aussehen. Putzen Sie deshalb alles, was zu Ihrer Kucheneinrichtung gehört, mit VIM, das Ihre Sachen schon und Ihnen die Arbeit erleichtert. VIM putzt Holz, Porzellan und Metall; prächtig reinigt es nach schmutziger Arbeit auch Ihre Hände. Preis der handlichen Streudose 30 Pfg.



**Kredit**  
mit kleinster Anzahlung  
**Garderobe**  
für  
Damen, Herren u. Kinder  
**Kredithaus Anders**  
Reinickendorfer Straße 16,  
größtes Haus am Nettelbeckplatz  
am Bahnhof Wedding  
**Riesen-Möbel**  
Auswahl  
Bequemste  
Ratenzahlung.

**Auf Teilzahlung**  
**Garderobe**  
In guten Qualitäten zu niedrigsten Preisen  
bei kleinster Anzahlung  
und leichtester wöchentlich, oder monatlich, Teilzahlung

**HERREN:** Anzüge, Smoking, Fracks, Paletots, Uster, Gestr. Hosen, Regenmäntel  
**DAMEN:** Mäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Kasaks, Jumper, Strickwesten

**Norden: BEISER** **osten:**  
Lothringer Str. 67 :: Frankfurter Allee 336

**Berliner - Elektriker - Genossenschaft**  
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf  
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4, Tel.: Pfalzburg 9531  
Anstellungs- und Lager  
Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.  
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges  
zu kulantem Zahlungsbedingungen.  
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

**Kavalier-Garderobe**  
Anzüge, Mäntel, Fracks, Smoking  
auf Seide, von feinsten Herrschaften und Kavalieren  
nur ganz kurze Zeit getragen, für jede Figur passend  
**Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe**  
aus besten Maßstoffen, auf reinem Leinen und Roh-  
haar gearbeitet. Eigene Selbst-Anfertigung,  
daher konkurrenzlos billig!  
Jede Größe, ob dick, ob dünn, am Lager.  
**Leihhaus Lewkowitz**  
nur 5 Brunnenstraße 5  
Lassen Sie sich nicht von der Konkurrenz irreführen. Ich  
wohne nur Nummer 5. - Haltestelle: Invalidenstrassen-Ecke  
Vorzeiger der Annonce 10 Proz.

**OPEL!**  
Fahrräder  
Die Weltmarke  
Nur wöchentlich 3 Mr. Teilzahl  
Vorführung kostenlos.  
**SHERLOCK-GES. m. b. H.**  
OPEL-NIEDERLAGE  
Alexanderstr. 27a, II. Hof, Tel. Kgst. 9610-12

**Blauband**  
im Volksmunde:  
**Nur das Gute**  
bricht sich Bahn,  
**Blauband wie Butter**  
hat's längst getan.  
**Blauband**  
**Butter**  
50 Pfennig 1/2 Pfd.  
Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis

**Pfingst-Angebote Leihhaus Moritzplatz 58a**

Keine Lombard-ware!  
Gr. Posten Anzüge, Serie I, früher bis 45.— jetzt 15.—, Serie II, elegant, jetzt 26.— Kavalier-Garderobe, Frack- u. Smoking-Anzüge, teils auf Seide, enorm billig! Regenmäntel von 12.— Sport- und Gabardine-Anzüge, große Auswahl! Paletots, Uster, Complots, Kleider, Damen-Mäntel, Schuhwaren.



## Debs' Traum.

Von Jack London.

47

Und siehe, als die Verfolgung eingestellt war und wir das Auto erreichten, fanden wir das Kalb, das sich vor Schrecken hinter dem Wagen versteckt hatte. Brentwood ermahnte uns zur Vorsicht und fiel wie ein Wolf oder Tiger darüber her. Die Messer hatten wir liegen lassen, aber Brentwood hatte noch seine Hände, und er rollte mit dem armen Kalbchen auf den Boden und erwürgte es. Wir warfen den Leichnam in den Wagen, bedeckten ihn mit einem Mantel und fuhren los, um nach Hause zu kommen. Aber unter Unglück hatte erst begonnen. Ein Reifen plätschte. Wir hatten keine Möglichkeit, ihn zu reparieren, und es begann schon zu dämmern. Wir verließen den Wagen, Brentwood stolperte leuchtend mit dem vom Mantel bedeckten Kalb auf dem Rücken. Wir trugen das Kalb abwechselnd, und es brachte uns fast um. Dazu verließen wir uns noch. Und dann, nach stundenlangem, mühseliger Wanderung, trofen wir eine Bande Halbstarker. Es waren keine I.W.B.-Leute, aber sie schienen ebenso hungrig wie wir zu sein. Kurz, sie belagerten das Kalb und wir die Prügel. Brentwood raste den ganzen Heimweg wie ein verrückter, und mit seiner zerrissenen Kleidung, seiner geschmolzenen Nase und den blauen Augen sah er auch so aus.

Mit dem Aufsteigen war es jetzt aus. General Hollem schickte seine Truppen aus und beschlagnahmte alle Rüge, und seine Soldaten oßen mit Hilfe der Witzig selbst das meiste Fleisch. General Hollem konnte man nicht tabeln; es war seine Pflicht, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten, und er tat es mit Hilfe seiner Soldaten, die er natürlich in erster Linie füttern mußte.

Ungefähr zu diesem Zeitpunkt brach die große Panik aus. Die Reichen ergriffen die Flucht, der Pöbel wurde angehetzt, und alles verlief in wilder Flucht die Stadt. General Hollem freute sich. Man schätzte, daß etwa 300 000 Menschen San Franzisko verlassen hatten, und das Ernährungsproblem war entsprechend erleichtert. Ich entsinne mich noch recht gut dieses Tages. Am Morgen hatte ich ein Stückchen trockene Brotkruste gegessen. Den halben Nachmittag hatte ich um Brot angestanden, und bei Einbruch der Dunkelheit war ich, müde und elend, nach Hause zurückgekehrt, ohne etwas anderes als eine Handvoll Reis und ein Stückchen Schinken ergattert zu haben. An der Tür traf ich Brown. Seine Züge waren verfallen und bittend. Er berichtete, daß meine Diensthaken gestohlen waren. Er allein war geblieben. Ich war von seiner Treue gerührt, und als ich erfuhr, daß er den ganzen Tag nichts gegessen hatte, teilte ich das Stückchen, das ich hatte, mit ihm. Wir kochten die Hälfte des Reises und die Hälfte des Schinkens, teilten es ehrlich und sparten die andere Hälfte für den nächsten Morgen auf. Ich ging hungrig zu Bett und wälzte mich die ganze Nacht rastlos im Bett herum. Am nächsten Morgen sah ich, daß auch Brown mich verlassen, und noch schlimmer, daß er den Rest des Reises und Schinkens gestohlen hatte.

Es war eine trübselige Handvoll Männer, die diesen Morgen im Klub zusammentamen. Bedienung gab es nicht mehr. Der letzte Diener hatte sich aus dem Staube gemacht. Ich bemerkte, daß das Silber fort war, und erfuhr, wo es hingekommen war. Ich glaube, daß die Dienerschaft es nur nicht mitgenommen hatte, weil die Klubmitglieder ihnen zugeworfen waren und es selbst gelast hatten. Die Art, wie sie über das Silber disponierten, war ganz einfach. Im südlichen Teil der Market Street, in den Behausungen der I.W.B., hatten die Frauen der I.W.B. ihnen Essen dafür verabreicht. Ich ging wieder nach Hause. Ja, mein Silber war auch fort, außer einem schweren Wasserzug. Den packte ich ein und trug ihn nach der Market Street.

Nach der Wahlzeit fühlte ich mich besser und kehrte in den Klub zurück, um zu hören, ob es etwas Neues gäbe. Hanover, Collins und Dagon wollten gerade aufbrechen. Sonst war niemand da, wie sie mir sagten. Sie forderten mich auf, sie zu begleiten. Wie sie sagten, waren sie im Begriff, die Stadt zu verlassen, und zwar auf Dakons Fierden, und es war noch eines für mich übrig. Dakon hatte vier prächtige Russenpferde, die er reiten wollte, denn General Hollem hatte ihn verstehen lassen, daß am nächsten Morgen alle Pferde, die noch in der Stadt waren, zu Ernährungszwecken beschlagnahmt werden sollten. Es waren nicht mehr viele Pferde übrig, denn Zehntausende waren in den ersten Tagen, als Heu und Hafer knapp zu werden begannen, aufs Land gebracht und losgelassen worden. Ich weiß noch, daß Vierdel, der an großen Fuhrunternehmungen beteiligt war, dreihundert Kollimogepferde loslich. Bei einem Durchschnittswert von 500 Dollar machte das 150 000 Dollar aus. Er hatte zuerst gehofft, die meisten der Pferde nach Reenidung des Streiks wiederzubekommen, aber er erhielt nicht ein einziges zurück. Sie wurden alle von den Flüchtlingen aus San Franzisko aufgekauft. Nebenbei hatte man auch schon angefangen, die Maultiere und Pferde der Armee zu schlachten.

Glücklicherweise hatte Dakon einen reichlichen Vorrat an Heu und Hafer in seinen Ställen. Es gelang uns, vier Sättel aufzutreiben, und wir fanden die Pferde in gutem Stande und munter, wenn sie auch nicht gewohnt waren, geritten zu werden. Ich erinnere mich noch an das San Franzisko des großen Erdbebens, als wir durch die Straßen ritten, aber dies San Franzisko war nichts gegen das jetzige gewesen. Keine Verheerung der Natur hatte dies verursacht, nur die Tyrannei der Gewerkschaften. Wir ritten durch den Union Square und die Theater, Hotel- und Geschäftsgegenden. Die Straßen lagen darüber da. Hier und dort standen Automobile, die man verlassen hatte, wo sie verlagert hatten, aber wo das Benzin ausgegangen war. Kein Lebenszeichen war zu spüren, wenn man nicht die Schutzleute und die Soldaten rechnete, die die Banken und öffentlichen Gebäude bewachten. Einmal kamen wir an einem I.W.B.-Mann vorbei, der den letzten Ausruf anstieß. Wir hielten an. „Wir streiken weiter“, rief er; „und wir werden weiter streiken bis zum Ende. Das Ende ist gekommen, wenn man unsere Forderungen befriedigt hat, und unsere Forderungen sind befriedigt, wenn wir unsere Arbeitgeber durch Hunger zur Unterwerfung gezwungen haben, wie sie früher uns durch Hunger unterworfen haben.“

„Meinere eigene Worte“, sagte Collins. „Und ich meinerseits bin bereit, mich zu unterwerfen, wenn sie mir nur eine Möglichkeit geben würden. Ich möchte wohl wissen, wie Vierdel sich schmeckt?“

Wir hielten wieder an, um einen anderen Ausruf zu lesen: „Sobald wir der Ansicht sind, daß die Arbeitgeber bereit sind, sich zu unterwerfen, werden wir alle Telegraphenlinien wieder instandsetzen und die Arbeitgeber-Vereine verständigen. Aber wir werden nur Rücksichten, die sich auf die Beendigung des Kampfes beziehen, kurzschließen.“

Wir ritten weiter, kreuzten die Market Street und kamen kurz darauf in das Arbeiterviertel. Hier waren die Straßen nicht verlassen. Die I.W.B.-Leute lehnten sich über die Gitter oder standen in Gruppen beisammen. Frohe, gut genährte Kinder spielten, und viele Frauen saßen auf den Treppentufen und schwappten miteinander. Alle blickten uns belustigt an. Kleine Kinder liefen uns schreiend nach: „He, herr, sind Sie nicht hungrig?“ Und eine dicke Frau, die ihr Kind an der Brust hielt, rief Dakon zu: „Hör, Dicker, ich geb' dir Essen für deinen Gouf — Schinken und Kartoffeln, Stachelbeergelee, Weißbrot, eingefalzene Butter und zwei Tassen Kaffee.“

„Haben Sie bemerkt“, wachte Hanover sich an mich, „daß in den letzten Tagen nicht ein verlaufsener Hund mehr in den Straßen zu sehen ist?“

Ich hatte es wohl bemerkt, aber nicht darüber nachgedacht. Es war hohe Zeit, diese unglückliche Stadt zu verlassen. Jetzt erreichten wir den San Bruno-Berg, den wir in südlicher Richtung

einschlugen. Ich hatte einen Hundstich in der Nähe von Menlo, und dahin wollten wir uns begeben. Bald aber entdeckten wir, daß das Land noch schlechter daran und noch gefährlicher war als die Stadt. Dort hielten die Soldaten und die I.W.B.-Leute Ordnung; aber auf dem Lande herrschte Anarchie. Zweihunderttausend Menschen hatten San Franzisko verlassen, und zahlreiche Spuren zeigten, daß ihre Flucht dem Verheerungszuge eines Heuschreckenschwarmes geglichen hatte.

Alles war labilgefallen. Es hatte Raub und Kampf gegeben. Hier und dort stehen wir auf Beichen am Begrunde und sehen die rauchgeschwärtzten Ruinen von Bauernhäusern. Die Belege waren niedergebissen, das Korn von der Menge niedergedrampelt. Alles Gemüße war von den ausgehungerten Herden aus den Weiden herausgerissen worden. Rüge und andere Haustiere waren geschlachtet.



„Lassen Sie mich los! — Sonst verfolge ich Sie wegen Freiheitsberaubung.“

Und so sahen alle Wege aus, die von San Franzisko fortführten. Hier und dort, abseits von den Wegen, verteidigten die Farmer ihren Besitz nach mit Büchsen und Revolvern. Als wir vorbeikamen, verschauten sie uns und weigerten sich, auch nur mit uns zu reden. Und alle diese Zerstörungen und Gewalttaten waren sowohl vom Pöbel wie von der Oberklasse begangen worden. Die I.W.B.-Leute waren mit ihrem reichen Vorräten ruhig in der Stadt geblieben.

Schon bald erhielten wir auf unserem Ritt Bemerkung dafür, wie verzwiebelt die Situation war. Rechts von uns hörten wir Schreien und Schießen. Die Kugeln piffen in gefährlicher Nähe vorbei. Es kroch im Gebüsch; dann setzte ein prächtiges Wagenpferd über den Weg und verschwand. Wir hatten kaum Zeit zu sehen, daß es flutete und lahmt. Es wurde von drei Soldaten verfolgt. Die Jagd verlief sich unter den Bäumen zur Linken. Wir konnten hören, wie die Soldaten sich gegenseitig zuriefen. Ein dritter Soldat humpelte von rechts auf den Weg, legte sich auf einen Stein und wischte sich den Schweiß aus dem Gesicht.

„Willy“, kifferte Dakon. „Deferteure.“  
Der Mann grinst uns an und bei um ein Streichholz. Auf Dakons Frage, was es gebe, erzählte er uns, daß die Militärposten desertiert seien. „Kein Probrant“, erklärte er. „Sie verflüchten alles an die Regulären.“ Wie wir auch von ihm erfuhr, waren die Militärgefangenen von Marraz Island freigelassen worden, weil man sie nicht mehr ernähren könnte. (Schluß folgt.)

Das soziale Problem in der neuesten spanischen Literatur. In Deutschland sind weiten Kreisen die Dichter der sechszehnten Periode spanischer Dichtung bestens bekannt; die Werke eines Cervantes, Calderon und Lopez de Vega haben ihren Ruhm und ihre Befeh. Dagegen sind die Modernen nur in einem kleinen Kreis gedrungen. Gerade sie verdienen aber gelesen zu werden; hat sich doch ein großer Teil von ihnen mit sozialen Problemen beschäftigt. Wohl in keinem Lande Europas prallen noch heute die Gegensätze zwischen arm und reich so hart aufeinander wie in Spanien. Die deutschen Verleger haben es bisher verstanden, gute deutsche Uebersetzungen herauszubringen, erst in allerletzter Zeit begann der Verlag Meyer u. Jessen, München, mit der Herausgabe einzelner Werke Miguel de Unamunos, des schon längst in seinem Vaterlande anerkannten und gefeierten Dichters und Philosophen.

Im Gegenlag zu Unamuno, der seine Ideen philosophisch fundiert, befaßte sich heute in Spanien am meisten gelehrte Pío Baroja mit satirischer Ironie die sozialen Zustände sowohl der Masse als auch des Palastes. In seinen beiden Büchern „Die Rasse“ und „Die Städte“ bricht eine Situation immer wieder von neuem hervor, die als der Spiegel seines eigenen Lebens zu bewerten ist.

Benito Perez Galdos, — 1920 verstorben —, ist vor allem berühmt durch seine „Episodas nacionales“, ein historisches Werk, das die Geschichte Spaniens von der Zeit Napoleons bis in die Gegenwart behandelt. Sein vielmals gespieltes Stück „Marianela“ veranschaulicht den wahren Nutzen der Arbeit, und in einem Roman „Torquemada“ schildert er prächtig die Gestalt eines Buchhändlers, der zuletzt konterattor Marques wird.

Der Kern seines Schaffens sind soziale Ideen und die menschliche Seele blickt für ihn der Mittelpunkt aller Probleme.  
Mit seinem naturwissenschaftlichen Arbeiterroman „Der Rebell“ schildert uns José Pous das in den Zündholzfabriken Cataloniens herrschende Elend.

Als Haupt der Naturalisten ist der von Jola am meisten beeinflusste Vicente Blasco Ibañez, ein aufrichtiger Beschädeter freierlicher Bestimmung, anzupreisen. Ihm ist die Handlung in keinen Worten Mittel zum Zweck, die Verkündung freierlicher und antihierarchischer Ideen durch den Mund seiner Protagonisten ist sein Ziel. (Der „Vorwärts“ hat mehrere seiner realistischen Romane, darunter „Die Arena“ abgedruckt. Die Red.) In der „Harde“ entwickelt er die Tendenz, daß der Wille zum Leben meistens ausfichtlos gegen das unabwendbare Schicksal kämpft.

Zu erwähnen sind noch Armando Galafco Talles und der Radiker Philosoph Professor José Ortega y Gasset.

Es alle sind in ihren Schriften Verfechter freierlicher Ideale; ein wahrer Kämpfer der Tat war der vor einigen Monaten gestorbene Pablo Iglesias.

## Kann man die Pole erreichen?

Von Professor H. Bergé.

Der Pol ist erreicht — der Traum der arktischen und antarktischen Forscher in dem Punkt, in dem die Längengrade der ganzen Erdoberfläche zusammenkommen, die Fahne ihres Vaterlandes aufzurichten, Wirklichkeit geworden. Aber noch hat kein Menschenfuß diesen mathematischen Punkt betreten, noch wird er es je tun können — denn die Pole sind unerreichbar.

Wie die wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, ist dieser Punkt, den man Pol nennt, gar nichts Festes, da er seinen Ort in der Gegend fortwährend ändert. Die Ursachen für diese Ortsänderung sind die beiden Grundbewegungen der Erdoberfläche: die fortschreitende Bewegung um die Sonne und die Drehung der Erde um ihre Achse. Bei dieser Umdrehung legt jeder Punkt auf dem Äquator 450 Meter in der Sekunde zurück, und die Erdoberfläche bekommt infolge ihrer Geschwindigkeit und ihrer Stabilität im All das stabile Gleichgewicht des Kreislaufs. Es ist jedoch nur scheinbar absolut, als die verschiedenartigen Stoffe, aus denen sie besteht, ihre Verteilung auf der Erdoberfläche unveränderlich beibehalten.

Das tun sie aber gerade nicht. Unter der Erdoberfläche, die die formlosen, wechsellahenden Stoffmassen umhüllt, vollziehen sich so starke Bewegungen, daß die Erdbeben und Vulkanausbrüche nur schwache Vorstellungen davon geben. Andererseits finden über der Erdoberfläche fortwährend Verschiebungen von riesigen Zusammenballungen geschieblicher, atmosphärischer Massen statt. Im Winter ballen sich die atmosphärischen Gase über den kältesten Teilen der Kontinente zusammen, im Sommer verschieben sie sich nach den Ozeanen zu, die um diese Zeit wärmer sind als das Land. Diese Gegenbewegungen vom Ozean zum Kontinent und zurück scheinen auf den ersten Blick bei der Wichtigkeit der Luft keine große Rolle zu spielen. Aber das ist nicht richtig: Diese Verschiebungen stellen riesige Kräfte dar, die Millionen von Tonnen wiegen, so daß sie zusammen mit den Bewegungen im Erdinneren alljährlich Schwankungen der Erdoberfläche verursachen. Deshalb behält die Drehungsachse unserer Erdoberfläche in dem Raum keine unveränderliche Richtung, sondern schwankt ununterbrochen.

Wie konnte man denn nun beweisen, daß die Verschiebung des Pols wirklich geschieht, und die Größe dieser Verschiebung messen? Der Beweis wurde sehr einfach erbracht, und zwar auf eine Weise, die bewies, welche Vollkommenheit die astronomischen Apparate besitzen und welche Genauigkeit die Astronomen mit ihnen erreichen können. Im Laufe der Jahre 1889/90 haben die Astronomen der drei Observatorien in Prag, Potsdam und Berlin bemerkt, daß die mit größter Genauigkeit festgestellten Breitengrade jeder der genannten Observatorien sich fortwährend veränderten, und zwar in allen drei Observatorien in derselben Richtung, nämlich: der Nordpol schien sich ihnen zu nähern! Und da diese Verschiebung einige Zehntel Sekunden erreicht hatte, so konnte man sie nicht zufälligen Fehlern zuschreiben. Die Verschiebung vollzog sich systematisch.

Die Internationale Geodätische Vereinigung begann sich für diese Frage zu interessieren und beschloß, sie experimentell zu prüfen. Sie wählte zwei Punkte, Berlin und Honolulu auf den Sandwicheinseln, und ließ nach denselben Methoden mit gleichen Instrumenten ausgeführte Messungen anstellen, die über ein Jahr dauerten und die die Bestätigung brachten: Wenn die Breitengrade sich in Honolulu vergrößerten, verringerten sie sich in Berlin um genau dieselbe Strecke.

Da beschloß man, die Frage noch genauer aufzuklären und dazu nicht nur die Verschiebung des Pols in einer Richtung zu beobachten, sondern eine Karte der sich vollziehenden Veränderungen festzustellen. 1893 wurden auf ein und denselben Breitengrad sechs Stationen in gleichmäßigen Abständen errichtet. Gleichzeitig damit wurden zwei Beobachtungspunkte von verschiedenen Seiten des Südpols aufgestellt, und das Ergebnis des Experiments bestätigte die theoretische Annahme: die Pole der Erdoberfläche bewegen sich fortwährend, und zwar in einem Turnus von 430 Tagen. Mit anderen Worten kehrt der Pol alle vierzehn Monate zu demselben Breitengrad der Erdoberfläche zurück. Die Verschiebung ist ziemlich unbedeutend, denn in der Periode von 1900 bis 1910 betrug die stärkste Verschiebung drei Binkelsekunden. Die Kreisbahnen, die der Nordpol beschreibt, können in einem Quadrat von ungefähr zwanzig Meter Seitenlänge — die ungefähre Größe eines Tennisplatzes — Platz finden. Dabei sind aber die Kurven, die der Nordpol auf der Oberfläche der Erde beschreibt, keine geschlossenen Kreise, denn nach Ablauf der 430 Tage kehrt der Pol zwar zu demselben Breitengrad, aber nicht zu demselben Punkt des Längengrades zurück.

Wie mer nun diese sonderbare Erscheinung zu erklären? — Das Unverständliche an ihr ist die Zeit des Turnus — 430 Tage —, in dem diese Umrückung sich vollzieht. Aber es gelang festzustellen, daß diese Periode mit einer astronomischen Erscheinung zusammenfällt, die von der erregenden Wirkung des Mondes kommt: nämlich sich der Anziehung der Erdoberfläche am Äquator, die ihrerseits durch die Abplattung der Erdoberfläche an den Polen erklärt wird. Weiter haben die Beobachtungen an der Meeresoberfläche, wie sie in Holland und Kalifornien angestellt wurden, gezeigt, daß in diesen beiden Ländern periodisch in vierzehntägigen Abständen ein Steigen und Fallen des Meeresspiegels sich vollzieht.

Mit dem Augenblick der Feststellung der Schwankungen des Pols, d. h. jenes Punktes, von dem aus die Breitengrade auf der Erde gemessen werden, verloren aber auch diese ihre Genauigkeit. Der Breitengrad war eine veränderliche Größe geworden. Kann man nun wenigstens die Längengrade als unveränderlich bezeichnen oder unterliegen auch sie der wahnwichtigen Verdrängung der Verschiebung? — Eine interessante Theorie von Professor Wegener über die Bewegung der Kontinente wirft Licht auf diese Frage. Nach dieser Theorie erscheinen die Kontinente gleichsam schwimmend im Raum. Dieses Schwimmen gibt den Kontinenten die Möglichkeit — gegenwärtig außerordentlich langsam —, sich zu verschieben. Diese ganz bestimmten langsamen Verschiebungen der Kontinente sind gegenwärtig noch Wegener nur Vorlesungen solcher, viel bedeutenderer Verschiebungen in den vorhistorischen Zeiten. Wenn diese Theorie sich bewahrheiten wird, so werden auch die Längengrade sich als unbeständig erweisen. Der Meridian, der jetzt z. B. durch New York geht, würde sich von dem Meridian, der jetzt durch Greenwich geht, entfernen. Und der letzte dient als Ausgangspunkt für die ganze Erdoberfläche.

Kann man nun diese Verschiebung der Längengrade beweisen und ihre Größe messen? — Ja. Jetzt ist es dank der Radiotelegraphie und der internationalen Zeitübergabe durch das Radio des Äquators möglich geworden. Da der Unterschied der Längengrade zwischen zwei Punkten an dem Unterschied der Zeit zwischen den beiden Punkten gemessen wird, kann man dank dem Radio sehr leicht die Zusammenhänge der Längen bestimmen.

Wie sind nun die Ergebnisse? — Die Breiten zeigen sich unbeständig, die Längen wahrscheinlich auch. Und die Erdoberfläche, die festen Punkte, die Schwerkraft so vieler berühmter Namen in den Annalen der Wissenschaft erweisen sich auch als „unterwegs“. Und wenn zufällig ein glücklicher Forscher die Fahne seines Vaterlandes auf diesem erlesenen Punkt aufpflanzt, so wird sich schon am nächsten Tag erweisen, daß diese Fahne nicht mehr auf dem Pol selber steht. Der Pol ist von ihm weggegangen, wie um sich nie endgültig unterjochen zu lassen.

Ja, alles, was man in der Suche nach dem Pol machen kann, ist: vier Pfähle in Entfernung von 20 Meter von einander um den Berg, an dem sich der Pol befinden muß, einzuschlagen und über den Eingang in diese umzäunte Fläche zu schreiben: „Hier befindet sich der Nordpol.“

# Brauchen wir Holz aus dem Ausland?

## Die Holzversorgung der deutschen Wirtschaft.

Deutschland gehört seit etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zu den Ländern, die mehr Holz verbrauchen als der heimische Wald erzeugt. Es teilt in dieser Beziehung das Schicksal der meisten europäischen Staaten. Bei dem heutigen Stand der Technik sind zur Deckung des Holzbedarfs der Bevölkerung 30 bis 35 Hektar Wald für je 100 Einwohner erforderlich. In diesem Maßstab gemessen ist Deutschland ein holzarmes Land; auf je 100 Einwohner kommen nur 22 Hektar Wald. Deutschland hatte vor dem Weltkrieg eine Waldfläche von 14,2 Millionen Hektar mit einem jährlichen Ertrag von 28,8 Millionen Festmeter Kuchholz. Außerdem wurden noch rund 15 Millionen Festmeter Kuchholz eingeführt. Zusammen macht das 43,8 Millionen Festmeter. Von dieser Kuchholzmenge wurden 1 Million Festmeter ausgeführt, den Rest von rund 43 Millionen Festmeter verbrauchte die deutsche Wirtschaft.

### Hat Deutschland zuviel Holz?

Durch den Weltkrieg hat Deutschland 1,5 Millionen Hektar seiner Waldfläche verloren, so daß diese heute nur noch 12,7 Millionen Hektar beträgt. Angenommen, unser Wald könnte heute pro Hektar die gleiche Menge Kuchholz liefern wie früher, dann kommt man auf 25,4 Millionen Festmeter im Jahr, also 3,4 Millionen Festmeter weniger als 1913. Ueber den heutigen tatsächlichen Kuchholzertrag des deutschen Waldes gibt es keine zuverlässige Statistik, sondern nur rohe Schätzungen. Während des Weltkrieges mit seinem riesigen Holzverbrauch hat in Deutschland (wie übrigens in allen europäischen Staaten) ein anormal starker Einholzschlag stattgefunden. Auch in den Inflationsjahren grenzte der Einholzschlag fast an Raubbau. Das bleibt natürlich nicht ohne fühlbare Wirkung auf die spätere Ertragsfähigkeit des Waldes. Wir müssen damit rechnen, daß der deutschen Wirtschaft auf längere Zeit wesentlich weniger heimisches Holz zur Verfügung steht als in den letzten Jahren und im Augenblick. Auf der anderen Seite ist mit einer starken

### Steigerung des Holzbedarfs

der deutschen Wirtschaft zu rechnen. Mit vollem Recht wies der Reichsforstwirtschaftsrat, die, wenn auch nicht gesetzlich, so doch tatsächlich öffentlich-rechtliche Unternehmerorganisation der Forstwirtschaft, in seiner 1921 herausgegebenen Denkschrift über Stand und Aufgaben der Forstwirtschaft im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft darauf hin, daß die stärkere Umschichtung unserer Bevölkerung von der Stadt auf das Land eine entschiedene Dezentralisation unseres Wirtschaftslebens und damit erhöhten Holzbedarf mit sich bringt. Auf Grund eingehender Untersuchungen der Holzherzeugung und des Holzverbrauchs kommt der Reichsforstwirtschaftsrat zu folgender Feststellung:

„Zusammenfassend ergibt sich also, daß zahlreiche Umstände zusammenwirken, in Deutschland auf lange Zeit hinaus einen empfindlichen Mangel an Holz — man kann geradezu sagen: eine Holznot zu erzeugen.“

Die Waldbesitzer geben in dieser Denkschrift nicht nur zu, daß der deutsche Wald außerstande ist, den heimischen Holzbedarf zu decken, sie betonen auch, daß es nicht möglich sein wird, die fehlenden Mengen immer zur rechten Zeit aus dem Auslande beziehen zu können. Auf dem Internationalen Holz-Kongress 1924 in Lyon wurde ja selbst von solchen europäischen Staaten, die heute noch als Holzüberschüssländer gelten, die Ansicht vertreten, daß Europa mit einer allgemeinen Holzkrise rechnen muß, da in den meisten Staaten mehr Holz eingeschlagen wird, als der jährliche Zuwachs ausmacht. Wenn die Dinge so liegen, und daß sie so liegen, kann ernstlich nicht bestritten werden, dann hat Deutschland alle Ursache, die Holzeinfuhr mit ganzer Kraft zu fördern, damit seine große Holzindustrie ständig ausreichend mit billigem Rohstoff versorgt ist.

### Zollforderungen der Waldbesitzer.

Der Reichsverband Deutscher Waldbesitzerverbände ist anderer Meinung. In einer völligen Einfuhrperre für Holz ist ihm ja weniger gelegen, er ist zufrieden, wenn ein so hoher Einfuhrzoll auf Holz erhoben wird, daß er seine Rundholzpreise ganz nach Belieben ohne Rücksicht auf den Preisstand anderer deutscher Rohstoffe festsetzen kann. Daran ist er gebündelt, wenn größere Mengen Auslandsholz zum Weltmarktpreis nach Deutschland hereinkommen.

Bei der Zollhöhung im Sommer vorigen Jahres haben die Zollforderungen der Waldbesitzer noch keine Berücksichtigung gefunden. Der Reichsverband Deutscher Waldbesitzerverbände läßt aber nicht locker, und bei seinem großen Einfluß bei den bürgerlichen Parteien und deren Regierungsmännern ist zu befürchten, daß die Holzeinfuhrzölle über kurz oder lang doch wesentlich erhöht werden. Was das für die deutsche Wirtschaft bedeutet, die seit Jahren über hohe Holzpreise klagt, kann sich jeder selbst klarmachen. Wenn die deutschen Holzpreise heute nicht ganz mehr so stark über den Preisstand der anderen Rohstoffe hinausragen, so ist das die Folge einmal der überaus schlechten Geschäftslage in den Holz-

verarbeitenden Industrien, zum anderen des augenblicklich stärkeren Angebots von verhältnismäßig billigem Auslandsholz. Der Reichsverband Deutscher Waldbesitzerverbände spricht von einer

### „Ueberschwemmung Deutschlands mit ausländischem Holz“.

1925 sei „fast“ soviel Kuchholz eingeführt worden wie vor dem Weltkrieg, nämlich 13,4 Millionen gegen 15 Millionen Festmeter 1913. Das bedeute eine „Ueberschwemmung“, zumal der Holzverbrauch heute wesentlich kleiner sei als vor dem Kriege. Was zu der letzteren Behauptung zu sagen ist, wurde bereits oben ausgeführt. Wie steht es nun mit der „Ueberschwemmung“? Die Waldbesitzer vergessen zu sagen, daß der deutsche Wald infolge seiner verkleinerten Fläche heute mindestens 3,4 Millionen Festmeter Kuchholz weniger liefert als 1913. Rechnet man hierzu den Rückgang der Einfuhr von 1,6 Millionen Festmeter, dann ergibt sich bei normalem Verbrauch ein Fehlbetrag von 5 Millionen Festmeter.

Der deutschen Wirtschaft steht heute also wesentlich weniger Holz zur Verfügung als in der Vorkriegszeit. Wenn man die Einfuhrmengen von 1913 und 1925 vergleicht, dann ist alles andere festzustellen, nur keine „Ueberschwemmung mit ausländischem Holz“. Von den schmittholzerarbeitenden Betrieben ist allgemein bekannt, daß ihre Holzlager leer geleert sind. Ueber den Holzvorrat der Holzhandlungen und Sägewerke gehen die Meinungen auseinander, in den meisten Unternehmerrichtungen des Holzhandels und der Sägewerkindustrie wird aber in letzter Zeit wiederholt bekannt, daß die Holzbestände nicht übermäßig groß sind.

### Die zu hohen Preise.

Rur die Waldbesitzer klagen über große Holzbestände. Es ist zuzugeben, daß die Waldbesitzer in früheren Jahren um diese Zeit auf wesentlich kleineren Mengen festsetzen als in diesem Jahr. Das ist weniger eine Folge der Holzeinfuhr, als die Folge unvernünftiger Preispolitik der Waldbesitzer im letzten Winter. Die Waldbesitzer waren all die Jahre her gewöhnt, für ihr Holz den Preis zu bekommen, den sie forderten, manchmal auch noch viel mehr. Die Rundholzkäufer zahlten jeden Preis, um nur überhaupt Holz zu erhalten. Die Folge waren unheimlich hohe Holzpreise. Im letzten Winter lehnten die Rundholzkäufer die Forderungen der Waldbesitzer ab. Wo diese mit den Preisen heruntergingen, kamen Abschlüsse zustande, im anderen Falle verzichteten die Käufer auf das Rundholz.

Auf diesem, wegen zu hoher Preisforderungen unvertauschten Rundholz sitzen nun heute die Waldbesitzer fest.

Um die Wirtschaft zu zwingen, dieses Holz zu kaufen, fordert der Reichsverband Deutscher Waldbesitzerverbände die Einfuhrperre zunächst für polnisches Rundholz. Für Schmittholz aus Polen ist die deutsche Grenze mit Beginn des Jahres, also schon seit dem 2. Juli 1925, gesperrt. Wahr ist an der Denkschrift, daß in letzter Zeit aus Polen größere Mengen Rundholz (Säge-, Gruben- und Papierholz) eingeführt worden sind. 1925 betrug die polnische Einfuhr im Monatsdurchschnitt 977 222 Doppelzentner, 1926 im Januar 1 221 079, im Februar 1 691 602, im März 1 069 579 Doppelzentner. Polen hat seine Rundholzausfuhr nach Deutschland erhöht, das steht fest. Wie steht es nun aber mit der Einfuhr aus anderen Ländern? Das sagen die Waldbesitzer nicht, würden sie das tun, dann bliebe von ihrer Behauptung, daß Deutschland mit ausländischem Holz überschwemmt wird, auch rein gar nichts übrig. Die Gesamteinfuhr von Rundholz ist von 3 581 848 Doppelzentnern im Monatsdurchschnitt 1925 auf 2 309 473 im Januar, auf 2 584 512 im Februar und auf 1 242 375 Doppelzentner im März zurückgegangen. Trotz der polnischen Rehereinfuhr kommt jetzt insgesamt wesentlich weniger ausländisches Holz nach Deutschland als im Vorjahr. Die Waldbesitzer aber reden von einer „Ueberschwemmung“.

Nach ein anderes verältereigen die Waldbesitzer, nämlich die starke Zunahme der Rundholzausfuhr. 1925 betrug die Ausfuhr im Monatsdurchschnitt 273 353 Doppelzentner, 1926 im Januar 255 680, im Februar 271 818 und im März 361 469 Doppelzentner. Diese starke Ausfuhrsteigerung wäre nicht möglich gewesen, wenn Polen uns nicht größere Mengen Rundholz zu annehmbarem Preis geliefert hätte. Den Waldbesitzern freilich sind die polnischen Rundholzpreise zu niedrig, sie bezeichnen diese als Schleuderverpreise. Richtig ist, daß Polen teilweise Preise verlangt oder erhält, die niedriger sind, als die deutschen Holzpreise im allgemeinen sein können. In den meisten Fällen ist eine Anpassung der deutschen Preise an die polnischen aber sehr wohl möglich. Die Waldbesitzer würden auch dann noch auf ihre Kosten kommen. Gehen sie mit ihren Preisen herunter, dann werden auch die Waldbesitzer der übrigen Randgebiete, die besonders stark über die „Ueberschwemmung mit ausländischem Holz“ klagen, das bisher unvertauschte Rundholz loswerden. Die Anpassung der deutschen Holzpreise an die der Konkurrenzländer ist das letzte Mittel gegen eine unerwünschte starke Holzeinfuhr. Wir sind allerdings der Meinung, daß nie genug und vor allem billiges Holz eingeführt werden kann. Das liegt im Interesse der deutschen Holzindustrie und der ganzen deutschen Wirtschaft.

### Der Aufbau der Staatsbank ist auch unter der neuen Leitung unverändert geblieben; ein Beweis, daß Gründung und Organisation zweckmäßig waren. Die Thüringische Staatsbank ist Zentralbank für den Thüringischen Staat, Kreditbank für private Bankgeschäfte und Hypothekendarlehen zugleich. Als Kreditbank vereinigt sie heute die Geschäfte von elf Landesreditanstalten der früheren Thüringischen Einzelstaaten; die früher selbständigen Banken sind Filialen der Thüringischen Staatsbank geworden. Als letzte der Kreditanstalten wurde die Landesreditkasse in Sondershausen mit Wirkung vom 1. Januar 1926 der Staatsbank als Filiale angeschlossen. Da das Gesetz die Trennung bankmäßiger Kreditgeschäfte von den Hypothekengeschäften forderte, mußte die Hypothekendarlehenbank der Landesreditanstalten in einem Sonderinstitut vereinigt werden. Das geschah noch unter der Leitung Voeb's im Jahre 1923 durch die Gründung der Goldkredit A.-G. in Weimar, die Anfang 1925 auch äußerlich in eine reine Hypothekendarlehenbank umgewandelt wurde unter dem Namen Thüringische Landeshypothekendarlehenbank A.-G. Weimar. Das Kapital dieser Bank ist heute voll im Besitz der Thüringischen Staatsbank.

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1924 erschien so spät, fast volle 12 Monate nach Jahresabschluss, daß eine Kritik der absolut veralteten Bilanz damals überflüssig war. Im Vergleich mit dem Geschäftsbericht für das Jahr 1925 ergeben sich einige für die Entwicklung der Bank sehr beachtliche Momente. Sehr auffällig ist die verschiedene Art, wie für die beiden Jahre die Gewinn- und Verlustrechnung aufgemacht wurde. Diejenige für 1924 schloß mit Gesamteinnahmen von 2,84 Millionen Mark. Obwohl in dem Kommentar zu einer Zwischenbilanz zum 31. August 1925 gefügt wurde, daß der Geschäftsumfang sich verdreifacht habe, werden für 1925 Einnahmen im Betrage von nur 1,59 Millionen ausgewiesen. Das sind 1,25 Millionen weniger als im Vorjahre. In der Gewinnrechnung für 1924 erfolgten nun sehr beträchtliche Verlustabreibungen, und zwar offen als Minderbewertung zweifelhafter Außenstände mit 850 000 Mark und verlorene Außenstände mit 496 000 Mark. Diese Offenheit wäre an sich sehr lobenswert gewesen; denn die heutigen Bankbilanzen sind gerade deshalb fast wertlos für die Offenheit, weil diese Verluste in aller Regel vollständig verschwiegen werden, obwohl sie sehr beträchtlich waren. Diese „Offenheit“ erscheint aber in einem sehr merkwürdigen Licht, wenn man in der Gewinnrechnung für 1925 überhaupt keinen Posten für verlorene Außenstände und für

zweifelhafte Außenstände nur einen Betrag von 147 000 Mark findet. Dabei verrät der Geschäftsbericht gerade für 1925, daß tatsächlich große Verluste vorhanden waren. So stieg die Zahl der Wechselproteste von Januar bis Ende Dezember von 3,1 auf 16 Proz. sämtlicher von der Staatsbank hereingenommenen Wechsel. Dem Betrag nach entsprach das im Dezember 1925 6 Proz. der Wechselsumme. Die meisten Wechsel gingen im August, im November und Dezember zu Protest: 11,7 bzw. 18,7 bzw. 16 Proz. der Stückzahl. Gleichzeitig waren die Wechselgeschäfte sehr umfangreich. Der Wechselbestand stieg von 1,78 Millionen im Januar auf 6,23 Millionen am 31. August und auf 4,99 Millionen Ende Dezember. Nicht alle Proteste führen zu Vollverlusten. Beträchtliche Verluste sind aber da. Ebenso ergeben sich, wie bei allen Banken, auch bei der Staatsbank Verluste aus den Lauffristen. Diese Verluste sind für 1925 im Gegenlag zum Vorjahr aber offenbar von den Zins- und Provisionseinnahmen vorweg in Abzug gebracht. Sonst wäre, trotz der starken Geschäftsausdehnung, der Rückgang der Zins- und Provisionseinnahmen von 2,12 auf 1,37 Millionen nicht zu erklären. Die „Offenheit“, mit der für 1924, das letzte Jahr der Tätigkeit des Staatsbankpräsidenten Voeb, Verluste ausgewiesen wurden, nimmt sich äußerst merkwürdig neben der Verschwiegenheit aus, mit der sie für 1925 verdeckt worden sind.

Die Thüringische Staatsbank bleibt auch für 1925 ohne Dividende. Der Reingewinn von 124 016 Mark geht mit 120 000 Mark an die ordentliche Reserve. Der Umsatz betrug 1,46 Milliarden Mark. Die Bilanzsumme ist mit 35,79 gegen 18,93 Millionen fast verdoppelt. Die Einlagen sind um das 2½fache, von 1,90 auf 4,91 Millionen, erhöht. Sonstige Gläubiger (hauptsächlich wohl Staatsgelder) sind mit 10,25 Millionen um über 3 Millionen niedriger als im Vorjahr.

Die angeschlossene Thüringische Landeshypothekendarlehenbank A.-G. (frühere Goldkredit A.-G.) zeigt wie alle Hypothekendarlehen eine günstige Entwicklung. Der Reingewinn ist mit 154 700 Mark für das Grundkapital von 1 Million Mark (davon nur 500 000 Mark eingezahlt) sehr hoch. Als einziger Aktionär hat die Thüringische Staatsbank aber auf die Dividendenauszahlung verzichtet, um die Reserven der Bank zu stärken.

### Großhandelsindex.

Die auf den Strich des 19. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 12. Mai von 123,5 auf 123,1 oder um 0,3 Proz. zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarzeugnisse auf 123,5 und die Industriegüter auf 124,1 nachgegeben.

Lage der Reichsbank. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Mai hat die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 31,7 Millionen auf 1347,3 Millionen Mark zugenommen. Die Bestände an Wechseln und Schecks sind mit 1249,0 Millionen Mark ausgewiesen, haben sich also um 29,1 Millionen erhöht. Die Lombardbestände zeigen eine Zunahme um 2,6 Millionen auf 9,3 Millionen Mark. Der Umlauf an Reichsbanknoten verringerte sich um 158,2 Millionen auf 2783,2 Millionen Mark, während der Umlauf an Rentenbankscheinen um 2,1 Millionen auf 1133,1 Millionen Mark zugenommen hat. Die fremden Gelder zeigen eine Vermehrung um 49,6 Millionen auf 671,7 Millionen Mark. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben insgesamt um 75,3 Millionen auf 1763,9 Millionen Mark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein befürte sich von 50,7 Proz. in der Vorwoche auf 53,6 Proz., die durch Gold und bedienungsfähigen Devisen von 62,5 Proz. auf 65,4 Proz.

Krise an einer unruhigen Aussparung. Die von uns gekennzeichnete Lohn- und Bilanzpolitik der Aktiengesellschaft Ritz u. Genest war auch in der Generalversammlung der Gegenstand sehr scharfer Kritik. Ein Aktionär verlangte Angaben über die Kosten des Streiks, der 14 Tage gedauert habe und bei dem 2400 Arbeiter ausgespart wären. Wegen der geringen Summe, die die Gesellschaft für höhere Löhne hätte ausgeben müssen, hätte ein Unternehmen, das nach seinen eigenen Angaben so stark beschäftigt sei, es nicht zu Differenzen mit der Arbeiterschaft kommen lassen dürfen, zumal man von Seiten der Verwaltung sonst in der Bezahlung von Arbeiten (der Aktionär wies dies an den Honoraren des bei der Gesellschaft antretenden Rotars nach) nicht kleinlich sei. Der Aktionär behauptet, daß die Gesellschaft in kostspielige Patentprozesse verwickelt sei. Die Verwaltung schätzte die Streikkosten sehr gering, da sie es erreicht habe, daß die Ausständigen sich mit anderen Lohnmethoden, nämlich mit der Akkordbezahlung, zufrieden geben, die angeht, obwohl der einzelne dabei etwas mehr verdienen, wegen der höheren Arbeitsleistungen einen Vorteil für die Gesellschaft bringe. Derartige Prozesse, wie sie der Aktionär anführte, hätten alle größeren Unternehmungen. Die ganze Angelegenheit stünde für die Gesellschaft sehr günstig. Im laufenden Jahre sei eine erhebliche Erhöhung der Umsätze und Aufträge im Aemter- und Anlagenbau festzustellen, dagegen wäre die Abteilung Apparate unbefriedigend beschäftigt, ebenso ließen die Aufträge aus dem Auslande zu wünschen übrig. Aber dank der erwähnten günstigen Lage bei dem Aemter- und Anlagenbau habe das Unternehmen für die etwas reduzierte Belegschaft für ein volles Jahr Beschäftigung.

Erweiterung des Montantrusts — Abbau des Stamm-Konzerns. Seit der Stamm-Konzern in Schwierigkeiten gekommen ist, befindet er sich beinahe ausschließlich wie seinerzeit der Stinnes-Konzern, unter der stillen Geschäftsaufsicht der Großbanken. Schulden von mehr als 50 Millionen Mark, deren Eintreibung zum Zusammenbruch des Konzerns geführt hätte, wurden von einem Stützkonferatium der Großbanken gestundet, das sich für die Stundung auch eine Garantie des Rechts über 25 Millionen Mark zu sichern wußte. Für diese Garantie sollte Preußen ein zweijähriges Optionsrecht auf die Jeché Albenbach und die Stamm-Beteiligung an der Jeché „König Wilhelm“ erhalten. Das Stützkonferatium der Banken scheint den Zeitpunkt zu einer weitgehenden Eintreibung ihrer Forderungen durch die Liquidation großer Konzernteile für gekommen zu erachten. Käufer für einen beträchtlichen Teil des Stamm-Bestandes ist die Vereinigte Stahlwerke A.-G., der neugegründete Montantrust. Nach den Vereinbarungen, deren Genehmigung durch die Vereinigte Stahlwerke bevorsteht, sollen an diese folgende Stamm-Beteiligungen übergeben: am Eisenwerk Kraft in Duisburg, am Wittern Oxydationswerk, an der Firma Renden und Schwerte und an der Westf. Drahtindustrie in Langendreer. Uebernommen werden auch die Vorräte, und soweit durch diese Schulden gedeckt sind, auch entsprechende Schuldenbeträge. Ritz übernimmt nun werden die Gesellschaften Oxydationswerke. Bezüglich der Norddeutschen hätte bestehen noch Zweifel. Der Montantrust scheint zweierlei Absichten zu verfolgen. Einmal die Ausdehnung seiner Quoten in den verschiedenen Montanverbänden, sodann die technische Abrundung seiner Produktion. Man erwartet eine bedeutende Verringerung der Bankschuld und eine starke finanzielle Entlastung des überlebenden Stamm-Bestandes. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß die Reichsgarantie und das Optionsrecht des Fiskus in Wegfall kommen wird.

Im April die niedrigste versteuerte Wechselsumme für 1296. Im April betragen die Reicheinnahmen aus der Wechselstempelsteuer nur 2,86 Millionen Mark, gegen 3,15 Millionen im März, 2,99 Millionen im Februar und 3,01 Millionen im Januar. Die Stempelsteuer beträgt 1 pro Mille. Die versteuerte Wechselsumme beläuft sich im April also auf 2,86 Milliarden Mark, in den vorhergehenden Monaten auf die entsprechenden obigen Ziffern in Milliarden. Danach kann man annehmen, daß im Monat April der inländische Warenverkehr seinen bisher tiefsten Stand seit Beginn der Krise erreicht hat.

## Manilaufträge

Überholt man nur den Kundendienst der Reichs-Restaurantbesitzer, Berlin O 27, Ende April 21 (Adressbuch 4310, 4049), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

### Das Begräbnis der Preisabbauvorlage.

Der Reichsrat beging gestern, Donnerstag, das Begräbnis der feinerzeit von der Regierung Luthers so pomphaft angepriesenen Preisabbauaktion. Von dem großen Gesehntwurf ist lediglich ein Beschluß übrig geblieben, wonach die Geschäftsaufsicht durch den bereits im einzelnen bekannten Zwangsvergleich abgedeckt werden soll. In allen übrigen Punkten hat sich die Regierung den Interessenten unterworfen, die sich gegen eine schärfere gesetzliche Regelung des Bindungswesens, der Kartellbestimmungen und der Gewerbeordnung ausgesprochen haben. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius begründete eingehend die Zurückziehung des Gesehntwurfes. Er kündigte dabei auch Sondermaßnahmen an, die einige Einzelheiten der gesetzlichen Regelung erfassen sollen; überdies stellte er auf dem Gebiete des Kartellwesens noch Gesehntwürfe in ferne Aussicht und behielt sich auch vor, zur Gewerbeordnung besondere Gesehntwürfe zu machen, wenn die Zwischenmaßnahmen nicht genügend Erfolg bringen.

Die Ankündigung des Preisabbaugesetzes hat eine Senkung der Preise nicht gebracht; daß die Zurückziehung des Gesehntwurfes die Preise ins Banke bringen wird, dürfte wohl auch niemand glauben. Deutlicher aber als mit diesem letzten Schritt der Reichsregierung konnte der Fehlschlag der ganzen Preisabbauaktion und auch das Entgegenkommen der Regierung an die Interessentenverbände kaum gekennzeichnet sein.

### Thüringische Staatsbank.

Die Thüringische Staatsbank ist die jüngste der deutschen Landesbanken. Sie wurde durch Gesetz vom Dezember 1922 gegründet und stand bis zum September 1924 unter der Leitung ihres Begründers Genossen Voeb. Wie der frühere sozialdemokratische Staatsminister Herrmann wurde auch Staatsbankpräsident Voeb grundlos das Opfer äußerst gebührender politischer Tendenzprozesse, die trotz aller reaktionärer Machenschaften mit dem Freispruch des Beklagten endeten. Diese Erinnerung ist zur richtigen Würdigung der Geschäftsberichte für die Jahre 1924 und 1925 notwendig.